

Heider können wir des Raummanagements wegen nicht nochmals das ganze Blatt aus der Nr. 24 des „Vorwärts“ abdrucken. Wir müssen es dem Leser überlassen, obige Sätze an den markierten Stellen einzufügen. Er wird dann sehen, daß diese Behauptung der Korrespondenz genau so einseitig und albern ist, wie ihre übrigen.

Englisch-deutsche Beziehungen.

London, 4. Februar. (Fig. Ber.)

Der bevorstehende Besuch des Königs von England beim deutschen Kaiser bringt sie den Augenblick die englisch-deutschen Beziehungen wiederum in den Mittelpunkt des politischen Interesses. Neues läßt sich über diese Frage nicht sagen und sie wird durch die Monarchenbegegnung nicht im geringsten beeinflusst werden. Der Verlauf der englisch-deutschen Beziehungen hängt von den Flottenetats ab und die kapitalistischen Parteien beider Länder betrachten Flotten, Armeen und deren Waffensysteme als die sichersten Förderer ihrer Interessen. Die deutsche Regierung ist entschlossen, neben einer Armee ersten Ranges auch eine Flotte ersten Ranges zu schaffen, während England wohl eine Flotte ersten Ranges besitzt, aber im besten Falle nur eine Armee von 150 000 Mann in einen kontinentalen Krieg schicken könnte. Das ist in kurzen Worten das Problem der englisch-deutschen Beziehungen. Es könnte nur gelöst werden durch ein freundschaftliches Uebereinkommen zwischen den beiden Mächten, mit den Rüstungen einzuhalten und ein gewisses Gleichgewicht zwischen ihren Kriegskräften herzustellen. An ein derartiges Uebereinkommen ist indes nicht zu denken, wenigstens nicht in den nächsten Jahren.

Wie wenig die Königstreue nach Berlin die Politik beeinflusst, zeigen die Unstimmigkeiten im englischen Kabinett, über die gegenwärtig allerlei Gerüchte verbreitet werden. Die „Daily Chronicle“ teilt heute, wie es scheint, aus offiziellen Quellen folgende Nachrichten hierüber mit:

Die innere politische Welt beschäftigt sich gestern lebhaft mit Gerüchten über eine ernste Kabinettkrise, die zum Abtritt von drei Ministern führen könnte. Glücklicherweise ist die Lage nicht so schlimm. Aber es ist ohne Zweifel eine scharfe Meinungsverschiedenheit im Kabinett vorhanden betreffend den Flottenetat für das Finanzjahr 1900/10. Das Kabinett ist einmütig in seinem Entschluß, die Flottenübermacht aufrechtzuerhalten, allein es herrscht keine Uebereinstimmung in Bezug auf das neue Bauprogramm. Das Marineministerium (Admiralty) verlangt ein Bauprogramm, das — nach Ansicht einiger Minister — übermäßig hoch ist. Es würde allerdings im kommenden Finanzjahre nur eine Mehrausgabe von 25 Millionen Pfund Sterling erfordern, dafür aber in den folgenden Jahren Mehrausgaben von 5 Millionen und 6 Millionen Pfund Sterling nötig machen. Die Meinungsverschiedenheit im Kabinett dreht sich um die Frage, ob Bauprogramme von solcher Größe wirklich erforderlich sind. Einige der Mächte, besonders Deutschland, geben sehr bedeutende Summen für ihre Flottenprogramme aus. Im gegenwärtigen Augenblick ist unsere Flottenübermacht unbestritten. In Linien Schiffen und Kreuzern sind wir über den Zwei-Mächte-Standard hinaus. Aber es ist jetzt Gebrauch, die Flottenstärke in Dreadnoughts auszudrücken. Aber auch nach diesem Maßstabe gemessen, steht unsere Flotte an der Spitze. Der Flottenetat fürchtet indes, daß, wenn wir uns nicht beeilen, wir im Jahre 1912 nur 14 Dreadnoughts gegen 13 deutsche haben werden. Im selben Jahre wird Japan 10, die Vereinigten Staaten von Amerika 6 und Frankreich 4 Dreadnoughts besitzen.“

Wie man sieht, dreht sich das unmittelbare Problem der englisch-deutschen Beziehungen um Flottenrüstungen. Monarchen gehen und kommen, halten Reden und erteilen Interviews; Minister orakeln und gackern, allein das Problem bleibt und die wachsenden Flottenetats verschärfen die Lage. Und nicht nur die der äußeren Politik. Auch die innerpolitische Lage wird tief dadurch beeinflusst. Hier äußert es sich auf dem Gebiete der Steuerpolitik. Deutschland führt schon seit Jahren eine Defizitwirtschaft; in England beginnt sie sich erst in diesem Jahre bemerkbar zu machen. Wie aber England seine Defizite decken wird, geht auch Deutschland an. Denn die englischen Defizite bedrohen den englischen Freihandel aufs ernsteste.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. Februar 1900.

Fortsetzung der sozialpolitischen Debatte.

Aus dem Reichstage. (6. Februar.) Wie die Agrarier bei jeder Gelegenheit jetzt forscht aufstrumpfen, so machen sie es auch im Reichstage. Dem Grafen Kanitz war diese, ihm nicht ungewohnte Aufgabe zugefallen. Neues brachte er nicht vor, wenigstens nichts aus seinem Spezialgebiete, der Verantwortung agrarischer Forderungen, mit denen er auch stets eine Polemik gegen das Kohlen Syndikat verbindet. Neu war nur sein Argument gegen die sozialdemokratische Forderung eines Reichsberggesetzes. Er unterstellte der Sozialdemokratie die aberwitzige Idee, durch ein Reichsberggesetz ließen sich alle Unfälle im Bergbau verhüten. Da das nun doch unmöglich sei, glaubte er die Unmöglichkeit eines Reichsberggesetzes hinreichend bewiesen zu haben. Man kann an diesem Beispiel kanitzischer Argumentation den geistigen Tiefstand des ostelbischen Junkertums ermessen; denn dieser ostpreussische Graf gilt als dessen hervorragendster Theoretiker.

Als gemilderter Agrarier, gemilderter Schuhhändler und gemilderter Vertreter der Fertigungsindustrie stellte sich dann der nationalliberale Herr Strefemann vor. Auf den Blig geglätteten Wogen seiner pastoragefärbten Suada hielt er den Kurs der mittleren Anie, um weder einerseits nach andererseits anzustößen, aber er vergaß doch nie, daß er als Wortführer der Fertigungsindustrie in den Reichstage geschickt wurde.

Genosse Zubeil hatte es übernommen, eine Anzahl Spezialbeschwerden der Arbeiter besonders gefährlicher Betriebe an der Hand von zahlreichen Beispielen vorzubringen. Besonders zeigte er, daß trotz wiederholter Nachweise über die Entbehrlichkeit von Bleiweiß von der Reichsregierung noch keine Maßregeln ergriffen seien, um die Verwendung dieses giftigen Stoffes im Malergewerbe zu inhibieren. Des Staatssekretärs mehr und mehr unternehmerfreundlicher gewordene Haltung unterzog er einer scharfen Kritik. Als er schließlich auch auf die Zustände im Betriebe der Firma Carstens in Elmshorn, die von dem freiständigen Abgeordneten Carstens selbst vor einiger Zeit im Reichstage angeklagt waren, einging, wurde er vom Vizepräsidenten Baasche daran gehindert.

Herr Carstens (Freis.) der darauf zum Wort kam, forderte Zubeil zu einem Rededuell in Elmshorn heraus, welche Herausforderung unser Genosse auf der Stelle mit Freuden akzeptierte. Zur Verteidigung des Herrn v. Bethmann-Hollweg stimmte dann Herr Carstens seinen so glühenden Lobgesang an, daß selbst das entzückte Jünglingsherz des Herrn Siegfried Gedjcher darob hätte

neidisch werden können. Mit schönem Pathos versicherte Herr Carstens, es sei doch noch sehr fraglich, ob Zubeil oder Herr v. Bethmann-Hollweg dem deutschen Volke größere Dienste geleistet hätte. Das schien einen so wohlwütenden Eindruck auf den Herrn Staatssekretär zu machen, daß wir demnächst sicher eine Denkschrift aus dem Reichsamt des Innern über diese Carstenssche Preisfrage zu erwarten haben.

Die Debatte wurde auf Montag vertagt.

Klassenjustiz.

Endlich einmal hat die Klassenjustiz, die von der Tribüne des Reichstags herab so oft kritisiert ist, auch im preussischen Dreiklassenparlament, dem Parlament des Staates, in dem die Klassenjustiz in voller Blüte steht, die ihr gebührende Würdigung erfahren. Schonungslos hat Genosse Leinert als fraktionsredner zum Justizetat am Sonnabend das Märchen zerlegt, als ob es im Klassenstaat eine Justiz gäbe, die ohne Ansehen der Person und des Standes urteilt. Ausgerüstet mit einem reichhaltigen Material wies er die unterschiedliche Behandlung von Arbeitern und Angehörigen der Bourgeoisie vor Gericht nach, zeigte er, wie wenig die sozialen Verhältnisse den Richtern berücksichtigt werden, wie die ganze soziale Beschaffenheit der Staatsanwahlen ein Buch mit sieben Siegeln ist, wie Staatsanwälte und Richter bemüht sind, durch eine kühne Interpretation des § 153 der Gewerbeordnung freireisende Arbeiter zu verurteilen, und wie es allmählich dahin gekommen ist, daß „Arbeitswillige“, weil sie wissen, daß die Gerichte sie schützen, organisierte Arbeiter geradezu zu potrozierten suchen. Die fortgeschrittenen Zwischenrufe, die auf Seiten der Konservativen ertönen, waren ein deutlicher Beweis dafür, wie unangenehm den Stützen von Thron und Altar die Worte unseres Redners waren. Noch mehr steigerte sich ihr Verger, als Leinert im zweiten Teil seiner Rede Kritik daran übte, daß Schulheuten vor Gericht immer mehr Glauben beigemessen wird, als Privatpersonen, und als er weiter den Minister aufforderte, dafür zu sorgen, daß die Polizei, die am letzten Sonntag in Hannover unter Mißbrauch ihrer Amtsgewalt unter friedlichen Passanten ein Blutbad angerichtet hat, zur Rechenschaft gezogen wird. Mit allem Nachdruck betonte der sozialdemokratische Redner, daß die Justiz das fürchterlichste Werkzeug der bestehenden Klasse ist, die von diesem Werkzeug den rückwärtslichsten Gebrauch macht.

Der Justizminister Dr. Weseler machte sich seine Erwiderung ungeheuer bequem; er erging sich in einigen Allgemeinplätzen und persönlichen Ausfällen; von Einzelfällen aber berührte er nur den von Leinert vorgebrachten Fall Markwald in Königsberg, und zwar bezeichnete er die Verurteilung Markwalds zu 14-jähriger Gefängnisstrafe als eine „glückliche Lösung“. Wenn solche Auffassungen an der höchsten Stelle Platz greifen, dann sind allerdings die Zukunftspläne, die Leinert angezogen hatte, kein Wunder! Da Herr Weseler nichts weiter zu sagen mußte, wiederholte er seine vorjährige Aufforderung an die „Veranstalter“ der Streikdemonstrationen, sich zu melden, damit sie abgeurteilt werden können. Ein naider Herr, diese Erzählung Weseler!

Statt sich des hilflosen Mannes in christlicher Nächstenliebe anzunehmen, liehen die Konservativen Herrn Stroffer los, der gegen die Sozialdemokratie tobte, die Todesstrafe und die Prügelstrafe empfahl, aber schließlich wie ein begossener Pudel abzog, als Adolf Hoffmann laut durch den Saal rief, der Rednerworte der Prügelstrafe müßte die erste Portion bekommen. Zwar versuchte Herr Stroffer noch eine Erwiderung aber er erreichte dadurch nur, daß Hoffmann Gelegenheit zu einer neuen Bemerkung fand, durch die er die Lächer aus allen Parteien auf seine Seite zog.

Die Weiterberatung des Justizetats soll erst nach Erledigung des Lehrerbeförderungsgesetzes, der Pfarrebeförderungsgesetze und der Steuererlagen erfolgen, deren zweite Lesung am Montag beginnt.

Eine volle Million

wird im Etat für den Geheimfonds des Auswärtigen Amtes gefordert. Eine Erläuterung ist dazu nicht gegeben; die Regierung nimmt eben an, daß der Reichstag diese Summe wie immer glatt bewilligen werde, denn den bürgerlichen Parteien ist dreimal heilig, was die Regierung mit dem Schleier des Geheimnisses zu umgeben beliebt. Angesichts der namentlich vom Zentrum zuerst als eine Art Mittelmittel gegen den Finanzdauers empfohlenen und von den übrigen bürgerlichen Parteien akzeptierten Sparsamkeit im Kleinen sollte man jedoch annehmen, daß die Budgetkommission, die beim Auswärtigen Amt um des Sparprinzips willen die Lächerlichkeit auf sich nahm, statt der für Heizung und Beleuchtung, Schreibgebühren, Dienstanzüge usw. angeforderten 250 000 M. nur 249 000 M. zu bewilligen, von der vollen Million erst recht einen erheblichen Teil abstreicht. Das darf man wohl um so eher erwarten, als die Herren ganz genau wissen, daß dieser Fonds wohl zum größten Teil, wenn nicht ganz, Korruptionszwecken dient. Herr Erzberger, der doch sonst so mancherlei zu fragen hat, und dem die Sorge wegen der Wüsthire die Nachtruhe raubt, sollte hier um so energischer — zugreifen und aufstumpfen, da er als Parlamentarier weiß, daß der größere Teil des Geldes zur Unterstützung — besser gesagt zur Verschönerung — der Presse dient. Als Journalist dürften ihm sicherlich mehrere dieser aus dem genannten Fonds gezeichneten Depeschenblätter im In- und Auslande und vielleicht auch einige ihrer unsauberen Vertreter bekannt sein. Daß Herr Erzberger sich etwa dazu aufschwingt, mit uns die Abschaffung dieses Korruptionsfonds aus Reichsleitungsgründen zu fordern, erwarten wir weder von ihm noch von einem anderen bürgerlichen Abgeordneten. Aber wenn lediglich aus Sparsamkeit Wüsthire an Positionen gemacht werden, wo es sogar zweifelhaft ist, ob die bewilligte Summe nicht überschritten werden muß, dann darf man nicht einer hohen Forderung zustimmen, wenn ihre Ablehnung neben der gemachten Ersparnis einen hohen stillen Wert in sich schließt. Und daß es etwas Unstüßiges ist, den Zeitungsläser zu täuschen, der glaubt, in seinem Blatte die Meinung einer unabhängigen Redaktion zu finden, während er in Wirklichkeit Artikel der Regierung vor sich hat, unterliegt doch keinem Zweifel. Es ist das direkt ein Betrug an den Leser, der mit Recht in höchsten Grade entrüstet sein würde, wenn er wüßte, daß der Artikel, in dem die Weisheit und Gerechtigkeit der Regierung markthareitlich gelobt wird, von eben dieser Regierung selber herkommt.

„Altpreussische Sparsamkeit.“

Das Wort Balow's von der altpreussischen Sparsamkeit — deselben Willows, der einstens Millionen für einen Palast in Rom ausgegeben hat — wird zurzeit von Junkern und Junkerengenossen in allen Variationen wiederholt. Ueberall da, wo die Herrschaften möglicherweise zu einem, sei es auch nur minimalen Beiträge zu den Staatslasten herangezogen werden könnten, verschanzten sie sich hinter dies anerbotliche Wort. Wie es mit der altpreussischen Sparsamkeit bei unserem Militarismus aussieht, schildert nun drastisch folgende Geschichte, die die nationalliberals „Magdeb. Ztg.“ erzählt:

Im Jahre 1884 trat der Fahnenjunker v. R. in ein Berliner Garde-Fußartillerieregiment ein und wurde dort Offizier — Equipierung Nr. 1, die dank der Stiderei, weisem Büffelhaarbusch usw.

nicht eben billig war. Das Jahr 1887 brachte die Verschönerung des jungen Zeutnants in das Seebataillon — völlige Equipierung Nr. 2, denn nur Handschuhe und Stiefel blieben die gleichen, während Hosenrock, Leberrock, Weinleider, Fichale, Mäße, Degen andere Farbe und Form zeigten. Nach vier Jahren kam die Rückversetzung in das Regiment Hamburg — Neu-equipierung Nr. 3. 1892 trat der Offizier zur Kavallerie über und kam zu einem Monenregiment am Rhein — Equipierung Nr. 4; nur die langen Weinleider waren weiterzutragen. 1899 bekommt unser Freund eine Schwadron und zwar bei den 12. Dragonern in Gnesen — also (hellblaue) Equipierung Nr. 5. Ein Jahr später fällt die Chinaexpedition; v. R. wird Stabsdronechef im Ostasiatischen Reiterregiment — gänzliche Umequipierung in Stahl und braunes Schuh und Lederzeug; Nr. 6. Nach wiederum einem Jahr wird das Expeditionskorps aufgelöst; der mit einem Schwertorden geschmückte Chinese kehrt heim und wird blauer Husar in Mainz. Sein Schneider freut sich, equipiert ihm von der Pelzmäße bis auf die silberbesetzten Stiefel zum liebenden Wale neu und verspricht ihm, an dem er nun genug verdient zu haben meint, eine Gratiansanktion, sollte er nochmals verlegt werden. Das aber kommt bald genug. Schon 1901 wird aus dem hellblauen Husar (mit Silberbesatz) ein Stendaler grüner Husar (mit goldenen Distinktionen) ergo — Equipierung Nr. 8, denn nur die Hosen und Stiefel (aber nicht einmal ihr Treppenbesatz) blieben die gleichen. Jetzt nun, am 27. Januar, ist aus dem grünen Stendaler Husarenrittmeister ein Stiefelblauer Husar geworden, mit silbernen Abzeichen, anderer Säbeltasche und Schabrade usw. — also die neunte vollständige Reuaustrichung in 25 Dienstjahren! Eine Kavallerieequipierung ist durchschnittlich nicht unter 3—4000 M. zu beschaffen. Der hier beschriebene neunmalige Uniformwechsel stellt also eine private Kapitalanwendung des betroffenen Offiziers bereits über 30 000 M. dar.“

Diese 30 000 M. mußte allerdings der betreffende Offizier aus eigenen Mitteln aufbringen. Aber sein Herr Papa oder auch Schwiegerpapa mußte sich für die überflüssigen Luxusausgaben seines Sohnsens oder Schwiegersohnsens wieder an seinen Arbeiters (schablos halten! Am letzten Ende ist es stets die Lohnarbeitende Klasse in Stadt oder Land, die für solche Extravaganzen aufzukommen hat!

Der Bund der Industriellen und das Gastrecht.

Der Bund der Industriellen, dessen Syndikus der national-liberale Abgeordnete Strefemann ist, hat am Donnerstagabend im Hotel Adlon, Unter den Linden, gelagt, wozu auch eine Anzahl Parlamentarier eingeladen und erschienen waren. Es handelte sich um den Gesetzentwurf über die Arbeitskammern, über den, so heißt es in der Einladung, die Vertreter der deutschen Industrie mit den Mitgliedern des Reichstags über die Grundgedanken und Einzelheiten derselben Rücksprache nehmen wollen. Weiter heißt es wörtlich:

„Für die Industrie, die doch von dem geplanten Gesetze sehr eng berührt wird, wäre es jedenfalls in hohem Maße erwünscht, wenn an dieser Besprechung möglichst zahlreich Herren aus dem Parlament teilnehmen und wenn ein gründlicher Meinungsaustausch zustande kommt. Deshalb hoffen wir, Sie bei unserer Besprechung begrüßen zu dürfen.“

Diese Einladungen waren auch einigen wenigen Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion wohl in der Annahme zugesandt worden, daß von ihnen wohl doch niemand kommen werde. Doch siehe, es kam etwas anders. Einer unserer Genossen hatte nach längerer Ueberlegung es doch über sich gewonnen, der Wissenschaft wegen und als höflicher Mann, der eine erhaltene Einladung zu schätzen weiß, seine Schritte nach dem erklaffigen Hotel zu lenken. Doch der Empfang war nicht besonders herzlich. Die zahlreich anwesenden Reichsverbändlerschnitten Grimassen, als sie einen leidhaftigen Sozialdemokraten in den Saal treten und sich seelenruhig in die ausgelegte Liste einzuschreiben sahen. Bald aber sezten die Herren die Köpfe zusammen. Von einer Gruppe löste sich dann eine Gestalt los, um unseren Genossen einem Verhöre zu unterziehen. Das Resultat war, daß der Vertreter des Bundes der Industriellen erklärte: die sozialdemokratischen Mitglieder des Reichstags hätten keine Einladungen erhalten sollen, wären ihnen aber solche doch zugegangen, so sei das ein Irrtum seitens des Reichstagsbureaus, durch das der Bund die Einladungen habe besorgen lassen. Froh, einer vermeintlichen und unangenehmen Pflicht überhoben zu sein, verließ unser Genosse die in diesem Falle ungünstigen Räume des Adlon-Hotels.

Azew und die Berliner Polizei.

Das Pariser „Journal“ erzählt heute, daß sich Azew, als er ohne Wissen der revolutionären Partei nach Petersburg fuhr, um Popuchin aufzusuchen, in Berlin bei einem Zimmervermieter namens Tschernomordik aufgehalten habe, der nichts anderes sei als ein Beamter der preussischen Polizei. Es werde angenommen, daß dieser Besuch außer dem Zweck, ein Alibi zur Verheimlichung der Petersburger Reise zu schaffen, noch andere Zwecke hatte.

Daran fügt das Blatt die Mitteilung, unsere Fraktion wolle den Fall in einer Interpellation im Reichstag zur Sprache bringen und feststellen, doch zwischen der deutschen Polizei und den Angestellten der russischen politischen Polizei nahe Beziehungen bestehen. Es würde bewiesen werden, daß die russische und deutsche Polizei beständig Verbindungen unterhalten. So hätte sie in diesem Falle den Lockspitel Azew schützen wollen. Es sei nicht unmöglich, daß die Dokumente, die in der Duma nicht verlesen werden können, im deutschen Reichstag zur Sprache kämen.

In diesen Mitteilungen mischt sich sehr viel Falsches mit sehr wenig Wahrem. Es ist falsch, daß die sozialdemokratische Fraktion über den Fall Azew eine Interpellation eingebracht hat oder demnächst einbringen wird. Daß die russische und preussische Polizei in intimen Beziehungen zueinander stehen, ist richtig, aber nicht neu. Das dieses freundschaftliche Verhältnis auch im Fall Azew sich bewährt hat, ist richtig, aber die von dem Pariser Blatt gegebene Darstellung entspricht dem Sachverhalt nicht. Auf die Einzelheiten des angeblichen Berliner Aufenthalts des Azew einzugehen, halten wir heute noch nicht für angezeigt.

Reichsvereinsgesetzliches.

Die Verordnungen über das Halten von Latenzeden auf Kirchhöfen sind durch das Reichsvereinsgesetz außer Kraft gesetzt. Es entschied am Donnerstag der 1. Strafsenat des Kammergerichts.

Eine Polizeiverordnung vom 24. September 1896, die auf Grund des § 6 des preussischen Polizeiverwaltungs-Gesetzes erlassen ist, verbietet den Laien das Halten von Grabreden auf den Kirchhöfen und läßt Ausnahmen nur mit Genehmigung der Ortspolizeibehörde zu. Wegen Uebertretung dieser Polizeiverordnung war der Genosse Stach vom Landgericht Breslau zu einer Geldstrafe verurteilt worden.

Auf die Revision des Angeklagten hob das Kammergericht im wesentlichen den Ausführungen des Rechtsanwalts Dr. F. Behrend folgend, das Urteil auf. In der Begründung hieß es:

Der § 9 des Reichs-Vereinsgesetzes, der im Absatz I von den nach § 7 genehmigungspflichtigen öffentlichen Aufzügen und öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel spricht, handle auch von den Leichenbegängnissen. Der § 1 unterfrage aber, die Materie des Vereinsgesetzes und Vereinsgesetzes durch nicht reichsgerichtliche Bestimmungen zu fördern. Daraus folgt, daß die auf Grund des § 6 des Polizeiverwaltungsgesetzes erlassenen Polizeiverordnungen der hier fraglichen Art nicht mehr anwendbar seien. Das bedeutet jedoch nicht, daß der Angeklagte freigesprochen werden müsse. Es müsse geprüft werden, ob nicht das Reichsvereinsgesetz anzuwenden sei. Allerdings bestraft § 10 Absatz 1 nur den, der ohne die vorgeschriebene Genehmigung (§§ 7, 9) eine Versammlung unter freiem Himmel oder einen öffentlichen Aufzug beziehungsweise ein außergewöhnliches Leichenbegängnis veranstaltet oder leitet. Der Angeklagte (der 3 Minuten am Grabe geredet hat), wäre danach als Redner nicht strafbar. Es wäre jedoch möglich, daß er als Veranstalter eines außergewöhnlichen Leichenbegängnisses in Frage käme. Das Kammergericht verteilte den Standpunkt, daß ein an sich gewöhnliches Leichenbegängnis durch besondere Umstände, besonders durch die Rede eines Laien am Grabe, zu einem ungewöhnlichen werden könne, das genehmigungspflichtig sei. Der Senat ist weiter der Meinung, daß derjenige, der willkürlich oder absichtlich die ganze Form eines Leichenbegängnisses umgestaltet, so daß es ein außergewöhnliches wird, so wohl als Veranstalter dieses anders gearteten Leichenbegängnisses angesehen werden könne. Aufgabe des Landgerichtes in der neuen Verhandlung sei es nun, nachzuprüfen, ob der Angeklagte der Fall sei und nicht der Angeklagte als Veranstalter eines gewöhnlichen Leichenbegängnisses bestraft werden könne.

Zu dem Attentat auf das oldenburgische Landtagswahlrecht

wird uns geschrieben, daß Montag, den 8. Februar, die Beratung des Wahlrechts im Landtage fortgesetzt werden soll. Trotz der Annahme der Pluralwahlrechtsanträge werde die endgültige Entscheidung doch erst in der zweiten Sitzung fallen. Leider sei die Besichtigung nicht abzuweisen, daß der Ausgang der eingeleiteten Wahlrechtsreform ein durch das Pluralwahlrecht kompliziert gestaltetes reaktionäres Nachwerk sein werde. Der Kampf um das gleiche Wahlrecht ist damit allerdings nicht zu Ende; er hat nunmehr erst recht begonnen!

Folgen des Brotzollens.

Seltene Zustände werden in den badisch-schweizerischen Grenzorten durch den deutschen Zolltarif geschaffen. Aus der Schweiz dürfen täglich gewisse Mengen von Mehl und Brot — jedoch nicht mehr als 6 Pfund — zollfrei nach Baden gebracht werden. Die Bewohner der badischen Grenzorte lassen sich vom Bürgermeister eine Brotkarte ausstellen und fügen sich nach der Schweiz, um das billigere Brot herüberzubefördern. In Kleinlaufenburg war bis jetzt der Väter am Orte der einzige, der noch keine Brotkarte gelöst hatte — aus sehr naheliegenden Gründen. Jetzt hat auch der entdeckt, daß sich das Schweizer Brot noch billiger einführen als selbst backen läßt, und er holte sich vom Bürgermeister auch eine Brotkarte. Die Schweizer Väter sind ob dieses Schupes der „einheimischen deutschen Produkte“ gar nicht schlecht auf den deutschen Zolltarif zu sprechen.

„Messina und der Gottesglaube.“

Ueber dieses Thema redete in Aachen, der frommen Grenzstadt, ein gotteskundiger Mann, Herr Dr. Loenarz, vor katholischen Männern und Jünglingen. Nach dem Bericht des ultramontanen „Volksfreunds“ sieht der Redner in der gewaltigen Katastrophe in Unteritalien „eigentlich etwas ganz Mittägliches“, denn jeden Tag sterben 90 000—100 000 Menschen und ebensoviele verlieren täglich Hab und Gut. Außerdem:

„Gerade die Gegend von Messina ist so oft von Erdbeben heimgesucht. Gott gab hierin den Menschen das Zeichen, solche gefährliche Gegenden zu erkennen und sich danach einzurichten, aber man hat der Gefahr stets gespart und hohe Paläste gebaut.“

Für den gläubigen Christen ist also an dem Untergang Messinas nichts weiter zu verwundern. Die Menschen sind schuld, daß es ihnen übel ergangen ist. Und schließlich, was liegt an einigen hunderttausend Menschen, wenn ihnen nur das Himmelreich sicher ist! „Denn,“ so meinte der Redner,

„es gibt ein Gut, das keinen Schatten werfe, und dieses sei der Besitz Gottes, die ewige Seligkeit. Und das Gegenteil, das Schicksal, ist der Verlust Gottes, das Eiserliche, die Hölle. Alles, was zum Himmel führe sei gut, und alles, was zur Hölle führe, sei schlecht. Ein neues Glück auf Erden gäbe es nicht. Die Krankheit und die Armut ist ein Unglück und wie vielen hilft sie doch zum wahren Glück. Und der Reichtum und die Gesundheit, wie vielen ist dieser Besitz zum Unglück geworden. Krieg, Erdbeben, große Unglücke usw. haben viele Menschen in den Himmel gebracht und viele in die Hölle. An wem lag es nun bei Messina? Jeder ist seines Glückes Schmied. Und wenn wir das Ziel nicht erreichen wollen, dann haben wir selbst die Schuld. Gott gibt Glück und Unglück. Und er gibt es dazu, damit die Menschen es richtig gebrauchen sollen. Logisch gedacht, gibt es für die Menschen kein Unglück. Und nun zurück nach Syllien. Gott gab allen noch Zeit zur Bekehrung. Wer dieses nicht verstanden, der habe selbst Schuld. Gott wolle noch seine Gnade spenden im letzten Augenblick. Gott ließ das Unglück aus Liebe zu.“

Derartige Reden beweisen, daß gerade die frommsten Leute die ärgsten Gotteslästerer sind! —

Aus dem Bereich der Militärjustiz.

Welche Ergebnisse die sogenannten „Erziehungsanstalten“ zeitigen, zeigte sich in aller Deutlichkeit in einer Verhandlung vor dem Kriegsgericht der 3. Division zu Stettin. Wegen „lässlichen Sichergreifens“ an einem Vorgesetzten war der 17-jährige Bader angeklagt. Der junge Mensch kam in seinem sechsten Lebensjahre in eine dieser „Erziehungsanstalten“, wo er indes weder Schreiben noch Lesen lernte. Auch in moralischer Beziehung scheint jene Erziehung völlig versagt zu haben, denn als er ins Heer eintreten mußte, hatte er bereits eine nicht unerhebliche Zeit im Gefängnis zubringen müssen. Diesen in geistiger Beziehung so arg vernachlässigten, bedauerndwerten Menschen zu ärgern und zu vernichten, scheint beim Kommissar das erstrebenswerte Ziel vieler seiner Kameraden gewesen zu sein. Am 8. Januar hatte er die Tür seines Spindes offen gelassen, was einigen „Spahbügeln“ Anlaß gab, das ganze Spind in schweizerischer Weise zu verunreinigen, indem man ihm Kohlen zwischen die Sachen und sogar in dort befindliche Schwären warf. Gander vermutete als Täter einen Unteroffizier, den er zur Rede stellte. Von diesem unaufrichtig zur Seite gestochen, ließ er sich in der Erregung dazu hinreißen, einen Vesen zu nehmen und zweimal noch dem Unteroffizier zu schlagen. Der eine Schlag ging fehl, der andere wurde mit der Hand abgewehrt. Diese aus den Umständen heraus ganz begriffliche Veleidigung ahndete das Kriegsgericht „nur“ mit der Mindeststrafe von zwei Jahren Gefängnis, weil die „miserable und spottische Erziehung“ des Angeklagten strafmildernd in Erwägung gezogen werden müsse. —

„Gerechtigkeit muß sein und sollte die Welt darüber zugrunde gehen“, sagte die holländische Justiz und klagte die

bisher unbestrafte 50jährige Arbeiterfrau Göze an, die dem Magistrat der Stadt Halle einen Sad Pferdeäpfel vom einem Rehrichthausen „entwendet“ hat.

Die arme Proletarierin verlor sich mit ihren Kindern, so berichtet man uns unterm 5. Februar aus Halle a. S., mit dem Erlös aus dem Sammeln und Verkaufen von Pferdemist zu ernähren. Da die Frau zur Zeit der Tat ein schwer krankes Kind gehabt, das inzwischen verstorben ist, ihr Mann keine Arbeit bekommen konnte und die Familie in bitterer Not lebte, ging sie an den Stadtgerichtsrichter und nahm sich dort einen Sad Pferdemist, um diesen als Düng zu verkaufen. Ein gewissenhafter Magistratsbeamter entdeckte die Tat und zeigte die Frau an, weil sie, so versicherte er vor Gericht, schon öfter von der Strafe Pferdeäpfel, die doch dem Halleischen Magistrat gehörten, „entwendet“ hätte. Der Gerichtsbescheid richtete die ursprüngliche Frage an den Magistratsbeamten, ob es in Halle denn eine Polizeiverordnung gebe, nach der nur der Magistrat an dem in den Straßen Gassen lagernden Pferdemist das Besitzrecht geltend machen könne. Die Frage wurde verneint. Der Magistrat läßt aber den Ratrat in den Straßen zusammenkehren, ihn auf einen Haufen bringen und verkauft ihn dann pro zweipfündige Fuhre mit 75 Pf. Danach kann man ermesen, wieviel Pfennige Wert der Sad Düng gehabt haben muß.

Der Amtsanwalt beantragte gegen die Frau einen Tag Gefängnis. Das Gericht zog sich zu einer sehr langen Beratung zurück und verurteilte die Frau zu der niedrigst zulässigen Strafe von einem Tage Gefängnis mit der Begründung, daß das Gericht eingehende Erwägungen darüber angestellt habe, ob sich nicht eine Konstruktiv zur Freisprechung finden lasse. Nach Lage der Sache sei dies aber nicht möglich gewesen. Dem heißt es in der juristisch scharfsinnigen Urteilsbegründung weiter: Der Pferdemist, der auf der Strafe liege, sei zwar eine „herrenlose Sache, die sich jeder aneignen könne“, von dem magistratischen Risthausen dürfe sich aber niemand etwas nehmen.

Die Balkankrise.

Ein türkischer Gegenanschlag.

Die Türkei hat den russischen Vorschlag insofern akzeptiert, als sie bereit ist, die Entschädigung, die sie von Bulgarien zu fordern hat, von Rußland anzunehmen. Sie will aber die Gelegenheit benützen, um die sofortige Erledigung der türkischen Kriegsentchädigung an Rußland vorzunehmen. Es soll also die Entschädigungssumme gegen die Kriegsschuld aufgerechnet werden und der Rest der Kriegsschuld durch Aufnahme einer Anleihe an Rußland bezahlt werden. Die russische Entschädigungssumme beträgt 120 Mill. Frank.

Fortdauernde Rüstungen.

Salonik, 6. Februar. Das Ministerium ordnete Vorkehrungen zur Einberufung von Reservetruppen an, die beim Eintreffen des ersten Befehls marschfertig sein sollen.

Konstantinopel, 6. Februar. Antiklichen Berichten zufolge setzt Bulgarien seine militärischen Vorkehrungen an der türkischen Grenze in verstärktem Maße fort. Auch erhält die bulgarische Grenzbevölkerung Waffen und Munition aus Bulgarien.

Oesterreich.

Ein Rechtfertigungsversuch der Regierung.

Wien, 6. Februar. Eine Kundgebung der Regierung führt folgendes aus: Nur unter dem äußersten Zwange der Verhältnisse entschloß sich die Regierung, von der erteilten Vollmacht Gebrauch zu machen. Sie ließ vorher nichts unberücksichtigt, das Abgeordnetenhause in normale Bahnen zurückzuführen und bot der Volksvertretung reiches Material zu ersprießlicher, schöpferischer Tätigkeit im Interesse großer Bevölkerungsschichten, wie des Staates selbst. Wissend, wie schwer der nationale Provit in Wäldern auf allen Völkern und dem Reiche lastet, gab die Regierung in sorgfältig vorbereiteten Gesehwörten einen kräftigen Antrieb zur Abschleifung der Schären und zur Ausgleichung der Gegensätze. Alle diese Anregungen blieben unbeachtet oder wurden verkannt. Durch mühsame Dringlichkeitsanträge, welche gestillt eine Hemmung der Arbeitsfähigkeit des Volkshauses bezweckten, wurde die Zeit vergeudet. Auch die Einbringung der Sprachenvorlage tat diesem Beginnen keinen Einhalt, obwohl sie in der gesamten Öffentlichkeit als eine brauchbare Verhandlungsgrundlage anerkannt wurde. Die Abneigung gegen die sachliche Behandlung all dieser wichtigen Fragen seien nur noch gesteigert zu werden. Denn auf die wahrhaft nicht dringlichen Dringlichkeitsanträge folgten so unerquickliche Sturmjagen mit grundlosen Angriffen auf die Regierung, daß dem ein jähes Ziel gesetzt werden mußte, sollte das Ansehen des Parlamentes im In- und Auslande nicht vollständig untergraben werden. Erst in diesem Augenblick entschloß sich die Regierung zur Schlichtung. Der Schritt war unerlässlich, um das Parlament selbst vor arger Gefährdung zu behüten und von ihm das Keucherste abzuwenden. Nur das volle Bewußtsein der mit Notwendigkeit eintretenden Folgen eines Rückfalles kann Rettung bewirken. Nicht gegen, sondern für das Abgeordnetenhause erwirkte die Regierung den Schluß der Session. In absehbarer Zeit wird dem Abgeordnetenhause Gelegenheit gegeben, seine Einsicht zu bekunden und sein Interesse an sich selbst zu betätigen. Die Regierung will mit ihren Maßnahmen die Umkehr vorbereiten und fördern. An den Parteien ist es, durch ausnahmslose Rückkehr zur Pflicht den Bestand des Volkshauses zu sichern, dessen weiteres Schicksal in ihre Hände gegeben ist.

Der böhmische Landtag ist am 6. Februar gleichfalls geschlossen worden.

Italien.

Neuwahlen.

Rom, 6. Februar. Der Ministerrat beschloß in seiner heutigen Sitzung, den Belagerungszustand in den Bezirken Messina und Reggio di Calabria aufzuheben. Ferner sagte er den Vorschlag, dem Könige die Auflösung der Kammer vorzuschlagen, und dem Ministerpräsidenten die Ermächtigung zu erteilen, den Zeitpunkt für die Neuwahlen und für den Wiederzusammentritt der Kammer festzusetzen.

Schweden.

Ein Begnadigungsgesuch für Anton Nilsson.

91 Abgeordnete der Zweiten Kammer, unter ihnen 34 Sozialdemokraten, haben für den zum Tode verurteilten Bombenattentäter Anton Nilsson ein Begnadigungsgesuch an den König gerichtet, in dem hervorgehoben wird, daß schon bei der Annahme des jetzt geltenden Strafgesetzes die Erwartung auf baldige Abschaffung der Todesstrafe ausgesprochen wurde, daß das Begnadigungsrecht des Königs seitdem wesentlich in der Richtung auf dieses Ziel angewandt worden sei und daß sich jetzt in weiten Volksteilen eine bestimmte Meinung gegen die Todesstrafe geltend mache. Außerdem wird in dem Gesuch selbstverständlich auch auf die besonderen Widerstandsgründe hingewiesen, wie auf den heftigen sozialen Kampf, der den Hintergrund der Tat bildete, und auf den Umstand, daß nach dem Urteil hervorragender Sachverständiger die volle Zurechnungsfähigkeit des ja noch sehr jungen Attentäters angezweifelt werden muß.

Holland.

Die Arbeitslosigkeit.

Rotterdam, 6. Februar. Etwa tausend Arbeitslose durchzogen nach einer Versammlung die Stadt. Als die Polizei eine

Verhaftung vornehmen wollte, wurde sie mit Steinen beworfen. Die Demonstranten verwundeten zwei Polizeibeamte und schlugen mehrere Fensterhebel ein. Die Polizei zerstreute sie mit blanker Waffe. —

Rußland.

Der russische Galgen.

Aus Petersburg meldet man uns: Der bekannte Arzt Schbankow veröffentlicht auf Grund genauere Daten eine genauere Statistik über die Entwicklung der Todesstrafe in Rußland. Im Jahre 1905 hatte es 96 Todesurteile gegeben, 1906 zählte man 1333, 1907 waren es schon 1610, das Jahr 1908 aber schlug den Rekord mit 2889, wobei nur 323 Begnadigungen bekannt geworden sind. Die Entwicklung der Todesstrafe steht im umgekehrten Verhältnis zur Volksbewegung und ist lediglich ein Ausdruck für- und maßloser Reaktion.

Die demoralisierende Wirkung der Hängensurteile äußert sich in der Ausbreitung grauenerregender Lynchjustiz, die im Jahre 1908 830 Fälle zählte, und im Wachsen der Mordtaten gegen Angehörige (728 Morde und Verwundungen). Der Einfluß dieser Zustände auf die Volksseele drückt sich sodann in der unheimlichen Vermehrung von Selbstmorden, deren es im Jahre 1908 in Petersburg 8705 gab (gegen 1808 im Jahre 1907), aus.

Afrika.

Die Vereinigten Staaten von Südafrika.

In den letzten zwei Monaten berieten die Delegierten der südafrikanischen Kolonien Englands über die Herstellung und die Verfassung eines südafrikanischen Bundesstaates. Die schwierigste, aber keineswegs wichtigste Frage bestand in der Wahl einer Bundeshauptstadt. Um diese Ehre stritten Kapstadt und Pretoria. Schließlich kam folgender Ausgleich zustande: Kapstadt soll das Bundesparlament beherbergen, Pretoria die Bundesverwaltung, Bloemfontein das Bundesgericht.

Amerika.

Die Japaner-Gesche.

Sacramento, 5. Februar. Gouverneur Gillette wandte sich an den Senat mit der Aufforderung, die vom Unterhaus angenommene Bill, wonach die japanischen Kinder von den öffentlichen Schulen ausgeschlossen werden, aufzuheben. Er erklärte, das Gesetz verleihe die Vertragsrechte der Japaner. Die japanische Regierung würde ein derartiges Gesetz als ein unfreundliches Vorgehen ansehen.

Salem (Oregon), 6. Februar. In dem Senat des Staates wurde eine Resolution eingebracht, in welcher der Kongreß ersucht wird, das Gesetz betreffend den Ausschluß der Chinesen auch auf Japaner und Hindus auszudehnen.

Parlamentarisches.

Die Finanzkommission des Reichstages

kam auch in der Sonnabend Sitzung noch nicht über die Generaldiskussion des § 1 der Nachlasssteuervorlage hinaus. Der Finanzminister von Württemberg erklärte heute — genau so wie gestern seine Kollegen aus Preußen, Bayern, Sachsen und Weimar — das Einverständnis seiner Regierung mit der Nachlasssteuervorlage und polemisierte scharf gegen die vorliegenden Anträge. Ihm schloß sich der Reichsschatzsekretär mit der Versicherung an, daß der Bundesrat nicht aus Eigensinn an der Nachlasssteuer festhalte, sondern weil durch die Annahme des Entwurfs alle Schwierigkeiten beseitigt, durch Annahme eines der auf Vermögenssteuer bezug. Erhöhung der Ratifikationsbeiträge lautenden Anträge nur neue Schwierigkeiten geschaffen würden.

Genosse Ulrich erklärte gegenüber Camp, der behauptet hat, daß die Vorlage einzig bei den Sozialdemokraten Freude erregt habe, daß diese Freude doch nur eine sehr mühsame sei, weil sie ihm und seinen Freunden nicht weit genug gehe. Warum bleibe die ohnehin ungenügende Progression bei 3 Proz. bei einem Nachlaß von 1 Million und mehr stehen und steige nicht, wie in England, bis zu 15 Proz. oder wenigstens wie in Frankreich bis zu 7 Proz. Hierzu komme noch die gänzlich unumkehrte Begünstigung des Großgrundbesitzes. Vor dessen Veranziehung nach Gebühr aber sei die Regierung ängstlich zurückgewichen, freilich, wie die Debatte zeige, ohne vor den Herren Agrariern Gnade gefunden zu haben. Wenn unsere Forderungen bezüglich der Nachlasssteuer angenommen werden würden, so seien mit einem Schläge alle Schwierigkeiten gehoben, ja man könne dann das schwere Unrecht, das durch die indirekten Steuern den Armen der Armen zugefügt werde, beseitigen. Gerecht habe er sich aufrecht über die Reden der Finanzminister, die erkennen lassen, daß es auch in Regierungskreisen zu tagen anfangen. Wenn von seiten der Konservativen geäußert worden sei, daß die Aufbringung der ganzen Summe durch indirekte Steuern etwa 8 M. auf den Kopf der Bevölkerung ausmache, so komme in Betracht, daß dies für eine fünfköpfige Familie 40 M., d. h. für Arbeiterfamilien im Durchschnitt zwei volle Bodenlöhne mache. Gegenüber den mehrfach gebrauchten Schlagwörtern von der „Zerstörung des Familiensinn“, „Loderung der Familienbände“ usw. weist Ulrich auf die Tatsache hin, daß die Nachlasssteuer, wie sie in der Vorlage gefordert wird, seit Jahren in Hamburg und Bremen erhoben werde, und da sei doch der Nachweis notwendig, daß die Familienbände und der Familienstern in den Junker- und Agrarierfamilien anders geartet seien, als in denen der Arbeiter und Kaufleute in den Hansestädten. Mit aller Entschiedenheit erklärte sich der Redner gegen die mit der Nachlasssteuer verknüpfte Mehrsteuer, die er und seine Freunde grundsätzlich ablehnen, da sie in ihr nur den Versuch erblickten, die Kruppelsteuer auf Umwegen durchzuführen. Was ihm und seinen Freunden ferner an der Vorlage nicht gefalle, sei die gänzliche Ausschließung Landesbäuer- und mütterlicher Nachlässe, bei denen sich doch fast immer um Millionen handle. Die verachteten Landesbäuer mächten es eigentlich als eine Veleidigung empfinden, daß man sie von dem patriotischen Opfer der Sanierung der Reichsfinanzen ausschließen wolle. Jedenfalls würden es die Sozialdemokraten sich angelangen sein lassen, alle Mängel im Gesetz auszugleichen. Außer der Nachlasssteuer rabe sei ihm auch der Antrag auf eine Reichsvermögensteuer sympathisch, und seine Freunde würden auch diesem zustimmen, den Antrag Camp und Genossen aber ablehnen, da er den Zweck, die großen Vermögen entsprechend zu treffen, verfehle.

Der Antisemit Raabe verteidigt den Gedanken der Mehrsteuer, ist aber gegen die Verknüpfung mit der Nachlasssteuer. Dietrich rüffelt seinen freisinnigen Vlodbruder wegen der Verjudung, die Interessen der kleinen Grundbesitzer als mit denen der großen in Widerspruch stehend hinzustellen. Er ist Gegner der Nachlasssteuer wie der ganzen Erbschafts- und Vermögenssteuer. Den Klagen der Finanzminister legt er nicht das geringste Gewicht bei und erklärt, daß die Konservativen trotzdem auf den ablehnenden Standpunkt verharren.

Herold bekämpft die Anschauung, daß das Zentrum aus der augenblicklichen politischen Situation heraus gegen die Nachlasssteuer sei. Durch Verlesung der Rheinischen Nachrichten Rede gegen den sozialdemokratischen Nachlasssteuer. Antrag bei der Finanzreform von 1906 bereitete er diesen Herren eine sehr unangenehme Viertelstunde. Die Rede enthält nämlich sämtliche Schlagwörter, die von den Gegnern gegen die jetzige Vorlage gebraucht werden, und schließt mit der dieser Tage auch wieder benutzten Phrase: „Meine Herren, das ist der Weg, der in den Zukunftsstaat führt!“ So denke das Zentrum auch heute noch wie damals der preussische Finanzminister, und es erblicke auch heute noch in einem Gesetz im Sinne des Entwurfs ein Gesetz für Konfiskation des Eigentums! Wenn die Finanzminister sämtlich mit den Sozialdemo-

kraten Arm in Arm gingen, so soll man künftig dem Zentrum seinen Vorwurf daraus machen, wenn es wieder einmal mit den Sozialdemokraten übereinstimme.

Herr v. Rheinbaben fühlte sich veranlaßt, auf die Anzuspornung Herolds zu erklären, daß er aus patriotischem Pflichtgefühl seine Gedanken von vor drei Jahren geopfert und übrigens getan habe, was in seinen Kräften stand, um die Gefährdung und drückende Belastung des ländlichen Grundbesitzes, die er damals hauptsächlich im Auge hatte, aus der Vorlage fernzuhalten.

Von konservativer Seite wird beantragt, die Abstimmung über den § 1 auszufragen bis nach der Durchberatung der ganzen Erbschaftsteuervorlagen.

Die Konkurrenzklause in der Gewerbeordnungskommission.

Nach zweitägiger lebhafter Debatte wurde in der Gewerbeordnungskommission die Frage des Konkurrenzklauselverbotes in erster Beratung erledigt. Die Regierungsvorlage will den § 133 f, Abs. 1, der besagt:

„Eine Vereinbarung zwischen dem Gewerbeunternehmer und einem der im § 133 a bezeichneten Angestellten, durch die der Angestellte für die Zeit nach der Beendigung des Dienstverhältnisses in seiner gewerblichen Tätigkeit beschränkt wird, ist für den Angestellten nur insoweit verbindlich, als die Beschränkung nach Zeit, Ort und Gegenstand nicht die Grenzen überschreitet, durch welche eine unbillige Erschwerung seines Fortkommens ausgeschlossen wird.“

Beibehalten und ihm als Absatz II zufügen:

„Die Beschränkung kann auf einen Zeitraum von mehr als drei Jahren von der Beendigung des Dienstverhältnisses an nur dann erstreckt werden, wenn vereinbart wird, daß während der Dauer der Beschränkung dem Angestellten das zuletzt von ihm bezogene Gehalt bezahlt wird.“

Demgegenüber beantragten unsere Genossen **Mollenhuth**, **Robert Schmidt** und **Stadthagen**: die Konkurrenzklausel strikt zu verbieten, eventuell dem Absatz 1 des geltenden § 133 f zuzufügen:

„Die Beschränkung ist nur bei solchen Angestellten zulässig, deren Gehalt 3000 M. übersteigt. Sie kann ferner auf einen Zeitraum von mehr als einem Jahre, von der Beendigung des Dienstverhältnisses an gerechnet, nicht erstreckt werden. Für die Zeit der nach diesem Paragraphen zulässigen Beschränkung der gewerblichen Tätigkeit des Angestellten ist das Gehalt fortzuführen.“

Endlich verlangten unsere Genossen unter Darlegung der ungeheueren Ausdehnung der Konkurrenzklause auf Verträge mit einfachen Arbeitern das Verbot oder die Beschränkung der Konkurrenzklause, wie immer sie für Werkmeister festgelegt werden würde, auf alle Arbeiter auszudehnen. Von den bürgerlichen Parteien beantragten die **Abgg. Schack** und **Behrens** (wirtsch. Bg.) gleichfalls das Verbot, eventuell einen ähnlichen Eventualantrag. Das Zentrum wünschte eine Beschränkung der Konkurrenzklauselverträge auf Fälle, in denen der Angestellte eine Vertrauensstellung einnimmt oder in denen die Verträge zur Verhütung des Verrats von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen dienen könnten. Das Zentrum wünschte noch fernere Einengungen der Konkurrenzklausel, hielt aber ein Verbot zurzeit für zu weitgehend. **Abg. Lang** (fr.) will Konkurrenzklauselverträge auf zwei Jahre und auf die Fälle beschränkt wissen, in denen mehr als 1500 M. Gehalt gezahlt wird. Von nationalliberaler und konservativer Seite wird die Regierungsvorlage als das weitgehendste Zugeständnis gegen den durch die Konkurrenzklausel getriebenen Terrorismus Arbeitswilliger erachtet. Schließlich gelangte mit den Stimmen des Zentrums, der Sozialdemokraten, der Polen sowie der **Abgg. Schack** und **Behrens** folgende Fassung des § 133 f zur Annahme:

„Eine Vereinbarung zwischen dem Gewerbeunternehmer und einem der im § 133 a bezeichneten Angestellten, durch die der Angestellte für die Zeit nach der Beendigung des Dienstverhältnisses in seiner gewerblichen Tätigkeit beschränkt wird, ist für den Angestellten nur verbindlich, wenn die Vereinbarung bezweckt und geeignet ist, den Gewerbeunternehmer vor solchen Schäden zu bewahren, welche durch die Bekanntgabe von Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen entstehen können. Die Vereinbarung ist ferner nur insoweit verbindlich, als die Beschränkung nach Zeit, Ort und Gegenstand nicht die Grenzen überschreitet, durch welche eine unbillige Erschwerung seines Fortkommens ausgeschlossen wird.“

Die Beschränkung kann auf einen Zeitraum von mehr als einem Jahre von der Beendigung des Dienstverhältnisses an nur dann erstreckt werden, wenn vereinbart wird, daß während der Dauer der Beschränkung der Angestellte die zuletzt ihm gewährten vertragsmäßigen Leistungen des Gewerbeunternehmers weiter erhält und diese mindestens 3000 M. betragen.

Die Vereinbarung ist nichtig, wenn der Angestellte zur Zeit des Abschlusses minderjährig ist oder wenn sein Arbeitsverdienst die Summe von 1500 M. für das Jahr nicht übersteigt.“

Die durch Fettdruck ausgezeichneten Stellen heben die Änderungen gegenüber dem heutigen Zustande hervor. Der Anregung unserer Genossen, diese Bestimmung auch auf alle Arbeiter auszudehnen, die heute gegen Konkurrenzklauselverträge durch kein Sonderverbot geschützt sind, wurde zugestimmt.

Druckwesen.

Aus dem preuß. Abg.-Haus. (Nr. 112, I und III.) Bericht der XI. Kommission über den Gesetzentwurf zur Abänderung des Gesetzes, betreffend das Dienstverhältnis der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen vom 3. März 1897 nebst Zusammenstellung der endgültigen Kommissionsbeschlüsse.

Gewerkchaftliches.

Die Gewerkschaften im Zeichen der Krisis.

Es ist Pflicht der Gesellschaft, des Staates, der Kommunen, die schuldlosen Opfer der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit zu schützen. Wie aber die herrschende Gesellschaft dieser Pflicht nachkommt — oder besser nicht nachkommt, ist zu bekannt, um in diesem Rahmen ausführlich erörtert zu werden. Die Kommunen lassen in größerem oder kleinerem Maße Kostenträger verdrängen und glauben damit ihrer sozialen Verpflichtung nachgekommen zu sein. Schließlich wird auch, wie in Frankfurt a. M., eine Kommission zur Prüfung der Arbeitslosenfürsorgefrage eingesetzt — die aber seit ihrer Wahl vor bald zwei Monaten noch keine einzige Sitzung hatte! — oder, werden gar in Ausnahmefällen, wie in Straßburg, an die gewerkschaftlichen Arbeitslosenklassen Zuschüsse bezahlt. Aber im Grunde sind diese Maßnahmen, um die durch Arbeitslosigkeit verursachte Not zu lindern, so gering, daß nur ein kleiner Bruchteil der Arbeitslosen wirkliche Vorteile davon verspürt. Und der Staat, das Reich, hat bisher noch gar nichts in dieser Frage.

Demgegenüber ist es von Interesse, zu vergleichen, in welchem Maße die Gewerkschaften die Pflichten der Gesellschaft übernehmen und die Opfer des Kapitalismus unterstützen. Und da ist zu konstatieren, daß die gegenwärtige Wirtschaftskrisis in finanzieller Hinsicht ungeheuer hohe Anforderungen an die Gewerkschaften stellt. Noch ehe der 14. der größten Verbände in Frankfurt a. M. aufgenommenen Statistik stiegen die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung bei 11 dieser Organisationen (drei da-

von haben keine Arbeitslosenunterstützung) von 10 076,21 M. im 4. Quartal 1906 auf 17 407,81 M. im 4. Quartal 1907 und auf 29 945,97 M. im 4. Quartal 1908. Das ist eine Steigerung der Ausgaben im 4. Quartal 1908 um 72 Proz. gegenüber den Ausgaben im gleichen Quartal 1907 und gar um 196 Proz. der Ausgaben von 1906. Dabei ist die Unterstützungssumme für 1908 durch den Umstand herabgedrückt, weil viele arbeitslose Mitglieder vor Ende des 4. Quartals schon ausgezahlt waren. — Die Anforderungen für Krankenunterstützung, die ja mit der Arbeitslosenunterstützung sehr verwandt ist, waren in den gleichen Zeitabschnitten noch höher als die für Arbeitslosenunterstützung. Sie betragen pro 4. Quartal bei den 14 Gewerkschaften 19 820,72 M., 1907 28 448,61 M. und 1908 40 900,71 M. Noch gravierender wirken die Zahlen, wenn wir eine der von der Krisis am meisten betroffenen Organisationen herausgreifen. Der **Metallarbeiterverband** (Verwaltung Frankfurt a. M.) zählte beispielsweise aus:

Arbeitslosenunterstützung: im Jahre 1907 5741,71 M., im Jahre 1908 32 875,20 M.

Krankenunterstützung: im Jahre 1907 31 552,70 M., im Jahre 1908 65 711,10 M.

Hier beträgt die Steigerung der gesamten Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung im Jahre 1908 gegenüber dem Jahre 1907 27 133,49 M., was einem Prozentsatz von 472 gleichkommt! Die Steigerung bei der Krankenunterstützung beträgt 31 158,31 M. = 90 Proz.

Während nun die Ausgaben für diese Unterstützungen gewaltig in die Höhe gingen, sanken die Einnahmen an Mitgliederbeiträgen der Haupt- und Lokalkassen dieser Gewerkschaften vom 4. Quartal 1907 gegenüber demselben Quartal 1908 um 27 333,06 M. Dies ist freilich erklärlich, denn die Mitgliederzahl der Organisationen ging von 30 011 am Ende des Jahres 1907 (die Mitgliederzahl sämtlicher Frankfurter Gewerkschaften betrug um diese Zeit 35 646) auf 26 273 Ende 1908, also um 3739 zurück. Dieser Rückgang der Mitgliederzahl in einer Zeit derartigen starken wirtschaftlichen Niederganges kann allerdings nicht als Rückschritt bezeichnet werden. Man muß berücksichtigen, daß die Zahl der Beschäftigten in den einzelnen Industriezweigen erheblich zurückgegangen ist — in der Frankfurter Metallindustrie allein um 1500 — und wenn man noch die Krisis in Betracht zieht, dann kann man sagen, daß die Gewerkschaften die Belastungsprobe bestanden haben. Und in finanzieller Hinsicht haben sie ungeheuerlich viel zur Linderung der durch die Arbeitslosigkeit hervorgerufenen Not beigetragen.

Berlin und Umgegend.

Achtung! Buchbinder! In der Buchbinderei und Kartonnagenfabrik von **Maximilian Waier** in Krefeld ist ein Streik ausgebrochen. Zugang ist fernzuhalten.

Lebius brüht sich.

Nach dem Muster seiner Brotgeber, der Unternehmerverbände, versuchte **Lebius** durch Beleidigungssagen seinen Wegern unbenommen zu werden, wenn sie sein arbeiterfeindliches Treiben in gebührender Weise kennzeichneten. Das hat er bekanntlich dem „Vorwärts“ gegenüber versucht und damit einen „Erfolg“ erzielt, der ihm gewiß recht unangenehm ist. Auch den Redakteur **Scherer** von der „Metallarbeiter-Zeitung“ hatte **Lebius** verklagt. Er fühlte sich dadurch beleidigt, daß **Scherer** schrieb, **Lebius** habe an Unternehmer Bettelbriefe geschickt, seine Broschüren seien Schmähschriften, er betrachte es als sein Privilegium, die Arbeiterbewegung anzuschmähen.

Am Sonnabend sollte die Beleidigungsklage vor dem Schöffengericht Charlottenburg verhandelt werden. Rechtsanwalt **Holfgang Heine** war als Vertreter des verklagten **Scherer** zur Stelle. **Lebius** wurde vergebens aufgerufen. Er sowohl wie sein Anwalt glänzten durch Abwesenheit. Auf Ersuchen des Rechtsanwalts **Heine** wartete das Gericht noch fast eine Viertelstunde auf den Kläger. Der ließ sich jedoch nicht blicken. Länger wollte der Richter nicht mehr warten. Das Gericht wies nunmehr die Klage auf Kosten des Klägers ab.

Daß der klageklüfftige **Lebius** mit seinem Anwalt aus Versehen den Termin versäumt hat, ist nicht anzunehmen. In höchstem Grade wahrscheinlich ist dagegen, daß **Lebius** sich gedrückt hat. Rechtsanwalt **Heine** wollte nämlich den Beweis führen, daß **Lebius** Bettelbriefe an Unternehmer geschrieben hat, daß die Broschüren des **Lebius** Schmähschriften sind, und daß **Lebius** die Arbeiterbewegung anschmähet. — Dem **Lebius** mag sein „Sieg“, den er in seiner Beleidigungsklage gegen den „Vorwärts“ vor einigen Wochen davongetragen hat, noch schwer genug im Magen liegen. Er hat deshalb alle Ursache, jeder Gelegenheit aus dem Wege zu gehen, wo sein Treiben vor Gericht beleuchtet werden kann. Eine solche Ursache aber bot auch die Klage gegen **Scherer**. Das hat sich **Lebius**, als er die Klage einreichte, freilich nicht gedacht. Er glaubte, wenn er nur wegen „formaler“ Beleidigung klage, so würde jeder Beweis über sein Treiben und seine persönliche Qualität unterbleiben. Darin aber hat er sich geirrt. Das Gericht hätte den angebotenen Wahrheitsbeweis auch in diesem Falle zulassen müssen. **Lebius** hatte natürlich Grund genug, dem aus dem Wege zu gehen. Deshalb ließ er das von ihm eingeleitete Klageverfahren im Sande verlaufen.

Achtung, Schuhmacher! Die Differenzen bei der Firma **Sally Rosenbergs**, Dirschenstr. 47, sind beendet. Der Lohnabzug wurde zurückgenommen und wird die Arbeit im Laufe der Woche wieder aufgenommen.

Verband der Schuhmacher (Ortsverwaltung Berlin).

Deutsches Reich.

Sum Kampf der Grubenbeamten um das Koalitionsrecht wird aus Oberschlesien weiter berichtet, daß Geheimrat **Uthemann** neuerdings eine Verfügung erlassen hat, in der die Einstellung von Steiger-Stellvertretern angeordnet wird. In dieser Verfügung heißt es u. a.:

„Zur Bedingung für die Anlegung mache ich auf jeden Fall, daß die Steigerstellvertreter nicht Mitglieder des Bundes der technisch-industriellen Beamten sind, und daß sie, falls sie mit dem Bunde verkehren, entlassen werden würden. Das ist den Leuten bei der Einstellung zu eröffnen.“

Man ersieht daraus, daß Herr Geheimrat **Uthemann** es auf einen planmäßigen Vernichtungskampf gegen die Organisation der Angestellten abgesehen hat. Die alten erfahrenen Grubenbeamten werden „ausgemergelt“ und durch Heren ersetzt, denen, so tüchtig sie auch an sich sein mögen, doch noch die nötige Erfahrung im Steigerdienst fehlt. So wird u. a. auch behauptet, daß z. B. auf den Grube-Gruben in den letzten Tagen ein Oberhauer die Qualifikation erhalten hat, dem sie früher mehrmals aus berechtigten Gründen verweigert worden war.

Tarifkündigung im Töpfergewerbe Breslauer.

Der Verband der Breslauer Ofenfabrikanten und Ofenbrennsteller sowie die Töpferinnung zu **Weslau** haben den bestehenden Tarifvertrag gekündigt.

In einem Schreiben an den Zentralverband der Töpfer (Zahlstelle Breslau) erklären die Unternehmer, daß sie sich gezwungen sehen, den am 31. März dieses Jahres ablaufenden Lohnvertrag in Anbetracht der von der Gesellschaft auf alle Positionen des alten Lohnvertrages gewünschten Lohnerhöhung zu kündigen, denn die heutige Lage im Vaugewerbe und im besonderen in der Ofenbranche ist derart ungünstig, daß auch die geringste Erhöhung nicht denkbar ist.“

Eine Mitgliederversammlung des Zentralverbandes die hierzu Stellung nahm, beschloß nach eingehender Diskussion, vorläufig eine

abwartende Stellung einzunehmen, bis daß sich die Fabrikanten noch weiter zu dieser Maßnahme geäußert haben.

Erfolgreiche Lohnbewegung.

Zwischen der **Bäder (Zoo) - Innung in Feuerbach** (Württemberg) und dem **Gehilfenausschuß** ist soeben ein Tarifvertrag abgeschlossen worden, der in der Hauptsache folgendes festsetzt:

„Die Arbeitszeit ist nach der Bundesratsverordnung eine zwölfstündige, einschließlich der notwendigen Essenspausen. An Sonntagen ist die Arbeitszeit eine solche nach den gesetzlichen Bestimmungen.“

Der Mindestlohn beträgt für **Schiefer** 12 M. die Woche; für **Teigmacher** 10 M.; für einen Dritten 8 M. nebst Kost und Logis. Jeder Gehilfe, der ein halbes Jahr bei seinem Meister in Arbeit steht, erhält eine wöchentliche Lohnzulage von 50 Pf. Nach einjähriger Tätigkeit weitere 50 Pf. wöchentlich.

Höhere Löhne als im Tarif vorgegeben, dürfen nicht gekürzt werden.

Die Lohnzahlung findet wöchentlich und zwar Sonnabends statt. Lohninbehaltungen sind nicht zulässig.

Ueberstunden sind zu vermeiden.

Kranken- und Invalidenversicherungsbeiträge werden vom Arbeitgeber bezahlt.

Als Ersatz für die Sonntagsarbeit erhält jeder Gehilfe nach einjähriger Beschäftigungsdauer drei Tage Ferien unter Fortzahlung des Lohnes, jedoch sind Freinächte an den drei hohen Festtagen nicht in Anrechnung zu bringen.

Die Wohnräume der Gehilfen und Lehrlinge müssen genügend groß sein und sich stets in reinlichem Zustande befinden.

Die Kost muß gut und ausreichend sein. Wo ein Frühstück vormittags nicht verabreicht wird, ist dasselbe mit 30 Pf. zu entschädigen.

Die Kündigung bleibt den gegenseitigen Abmachungen der Meister und Gehilfen überlassen.

An den hohen Festtagen Ostern, Pfingsten und Weihnachten ruht die Arbeit für Gehilfen und Lehrlinge vollständig.

Der Tarif tritt am 1. Februar 1909 in Kraft und hat ein Jahr Geltung.

Mit dem Abschluß dieses Tarifes haben die Gehilfen einen großen und schnellen Erfolg errungen; noch vor wenigen Monaten hatten sie keine Berechtigung zu der Hoffnung auf einen Lohnvertrag wegen der damals schwachen Organisation.

Ausland.

Ein Einheitsarif für die Maschinenseher in der Schweiz.

Zwischen den Vertretern des Typographenbundes und der Prinzipalsvereinigung ist kürzlich ein Einheitsarif für die Maschinenseher vereinbart worden, mit dem aber diese in ihrer Mehrzahl sehr unzufrieden sind, und den eine in Zürich abgehaltene Delegiertenversammlung der Maschinenseher mit 17 gegen 8 Stimmen abgelehnt hat. Das Zentralkomitee des Typographenbundes und die Redaktion seines Organs, der „Schweizerischen Typographia“, empfehlen aber die Annahme des Einheitsarifes und man darf daher um so mehr auf das Resultat der im Gange befindlichen Abstimmung in den Sektionen gespannt sein.

Der Tarif umfaßt 14 Paragraphen, die im wesentlichen folgendes bestimmen: An den Schweißmaschinen sollen nur Gehilfen beschäftigt werden, die die Lehre als Handseher bestanden haben; von dieser Bestimmung sollen jedoch die Familienangehörigen des Prinzipals ausgenommen sein; die Lehrzeit der Maschinenseher dauert 12 Wochen; die durchschnittliche Stundenleistung (einkl. Ruhezeit, Störungen usw.) ist mit 6000 für Linotype, 5000 für Monoline und 4200 für Typograph festgesetzt; die tägliche Arbeitszeit beträgt 8 Stunden einschließlich der notwendigen Ruhezeit; die Entlohnung erfolgt im Gewinngeld und beträgt das Minimum 25 Proz. Zuschlag zu dem Minimum der Handseher; für Ueberzeitarbeit bis abends 10 Uhr ist ein Lohnzuschlag von 40 Proz., bis 12 Uhr von 50 Proz., bis morgens 5 Uhr von 60 Proz. zu bezahlen. Der Tarif soll dem bestehenden einseitigen Buchdruckerarif angefügt werden und bis Ende 1912 Gültigkeit haben.

Die zwei hauptsächlichsten Angriffspunkte bilden die Zulassung von Familienmitgliedern des Prinzipals zur Schweißmaschine und der Mangel einer Lohnerhöhung. Die Anhänger des Tarifes würdigen besonders den Achtstundentag, der in städtischen Druckereien allerdings schon besteht und nun für alle Maschinenseher allgemein eingeführt werden soll.

Wird der Tarif verworfen, so wird es auf längere Zeit hinaus beim bestehenden Zustande bleiben.

Der Lohnkampf in der Metallindustrie von **Selmsford**. Die Ausrückung der sinnlichen Metallindustriellen über die Aushebung der allgemeinen Aussperrung in **Selmsford** hat nicht zur Wiederaufnahme der Arbeit geführt. Sämtliche an dem Kampfe beteiligte Gewerkschaften der verschiedenen Berufe haben beschlossen, nun ihrerseits auf der Forderung nach Abschluß von Tarifverträgen zu beharren. Bekanntlich hatten die Unternehmer die Aussperrung veranfaßt, weil sie selbst die Tarifverträge unter Lohnreduzierungen abschließen wollten, während die Arbeiter bereit waren, ohne Tarifverträge weiterzuarbeiten. Nachdem nun den Unternehmern die Aussperrung zu lange dauert, so daß sie selbst eine tariflose Zeit wünschen, ist es den Arbeitern sicherlich nicht zu verdenken, daß sie ihre alten Forderungen wieder aufgenommen haben und Garantien gegen willkürliche Lohnherabsetzungen verlangen.

Das Hochwasser.

Dresden, 6. Februar. (B. L. B.) Das Hochwasser der Elbe hat bis zum Abend einen Stand von nahezu 3 Meter erreicht und steigt beständig weiter. Rat und Wasserbaudirektion haben infolgedessen einen Nachdienst eingerichtet, um jeder Gefahr begegnen zu können.

Aus West- und Nordböhmen.

Prag, 6. Februar. Aus ganz West- und Nordböhmen laufen fortgesetzt Meldungen über Hochwasser ein. Hier ist der Straßenbahnverkehr eingeschränkt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zugzusammenstoß.

Frankfurt a. M., 6. Februar. (B. G.) Auf der Kleinbahn **Hannau-Langenselbold**, die ihren Betrieb durch das Hochwasser einstellte und denselben heute wieder eröffnete, stießen heute früh zwei Züge zusammen. Der Zugführer **Kohn** von hier wurde schwer verletzt und Krankenhaus transportiert.

Sier Vergleute getödet.

Dortmund, 6. Februar. (B. G.) Auf See „**Maximilian**“ bei **Hamm** wurden durch eine Schlagwetterexplosion vier Vergleute getödet und drei verletzt.

Deutscher Dampfer gestrandet.

Bräslav, 6. Februar. (B. G.) Infolge des hier herrschenden starken Sturmes ist der mit Holz beladene deutsche Dampfer „**Saboc**“ aus **Hamburg** vor **Ostende** gestrandet.

Vom Orlan zerstört.

Atlanta (Georgia), 6. Februar. (B. L. B.) Ein Orkan zerstörte gestern zahlreiche Häuser. Zwölf Personen sind dabei getödet und viele verletzt worden.

Reichstag.

300. Sitzung vom Sonnabend, den 6. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Weichmann-Hollweg.

Der Präsidentenitz ist mit einem Blumenstrauß aus Rosen und Flieder geschmückt.

Präsident Graf Stolberg: Die Herren Schriftführer haben, lebendwürdig, wie sie immer sind, meinen Platz mit einem Blumenstrauß geschmückt. Ich danke Ihnen dafür. Seit dem 13. Februar vorigen Jahres ist heute der 100. Sitzungstag; wir können also wohl sagen, daß der Reichstag fleißig gearbeitet hat. Soweit es sich dabei überhaupt um ein Verdienst handeln kann, ist es nicht mein Verdienst, sondern unser aller gemeinsames. Wenn diese Arbeit auch bisweilen nicht ganz leicht ist, so glaube ich doch, daß wir sie ganz gern tun, in der Hoffnung, daß sie dem Vaterlande zum Segen gereichen wird. (Bravo!)

Auf der Tagesordnung steht die

Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats für das Reichsamt des Innern.

Abg. Becker-Arnstberg (S.): Nicht nur die sozialdemokratischen, sondern auch die christlichen und Hirsch-Dunderschen Arbeiter, ja, auch zahlreich Arbeitgeberbeisitzer haben sich gegen die Halbierung der Beiträge und der Steuern bei den Krankenkassen gewandt. Ich stelle ausdrücklich fest, daß das Zentrum nicht mit dieser vom Staatssekretär geplanten Halbierung einverstanden ist. (Hört! hört!) Redner empfiehlt seine Resolution auf Einführung von Einfuhrsteuern für reine Walzwerke behufs freier Einfuhr des für ihre Auslandsproduktion notwendigen Roh Eisens. Es ist dringend geboten, der Preissteigerung des Roh Eisenshändels entgegenzutreten und die kleinen Walzwerke, die zumeist einen anständigen Arbeiterstand haben und eine gesunde Dezentralisation in der Metallindustrie herbeiführen, vor der übermächtigen Konkurrenz der gemischten Werke, die zugleich Eisenhütten besitzen, zu schützen. Aber nicht nur im Interesse der kleinen Werke, sondern auch im Interesse der Arbeiterschaft müsse gegen die Politik des Stahlwerkes, durch welche die Arbeiter von der alten Scholle vertreiben werden, Front gemacht werden.

Abg. Graf v. Kanitz (konf.): Auffällig ist, daß der Vorredner über die Praxis des Roh Eisenshändels gar nicht gesprochen hat, obwohl doch dieses Schicksal nicht weniger zur Kollage der Walzwerke beiträgt; das Kohlenhändel verschleudert die Kohlen nach dem Auslande und verkauft sie an den inländischen Konsumenten, auch an die Eisen- und Stahlwerke, um mehr als das Doppelte. Auch finanziell wäre die zollfreie Einfuhr des Roh Eisens nicht unbedenklich; es handelt sich um so große Mengen, daß dies einer völligen Aufhebung der Eisenzölle gleichkäme, und eine solche Maßregel wünschen wir nicht. (Zustimmung rechts.) Redner polemisiert gegen den Abg. Goltstein und verteidigt die Schutzzölle, die den Arbeitern vor allem zugute kämen. (Sehr richtig! rechts, Laufen links.) Unsere Zollsätze sind noch viel zu niedrig; unsere Schuhmacher leiden erheblich unter der Einfuhr billiger amerikanischer Schuhe. Amerika und Frankreich werden ihre Zölle erhöhen, während wir uns durch unsere Handelsverträge die Hände gebunden haben.

Redner wendet sich dann unter dem Beifall der Rechten gegen ein Reichsberggesetz; der Bergbau liegt jetzt in den besten Händen, Minister Delbrück hat noch keinem Bergmann Gelegenheit zur Klage gegeben. (Zustimmung rechts, Widerspruch links.) Das beste Mittel zur Verhütung von Unfällen im Bergbau ist eine straffe Disziplin. (Bravo! rechts.)

Abg. Stresemann (natl.): Wir müssen uns unsern Auslandsmarkt erhalten, das ist gewiß. Ich bin aber nicht der Meinung, wie Herr Raumann, daß die Bewegung zum Industriestaat nur durch den Freihandel geht. Wir sind nicht in dem gleichen Maße ein Exportland wie England. Unsere wirtschaftliche Isolierung wäre mindestens so gefährlich wie unsere politische Isolierung, und Bestrebungen zu unserer wirtschaftlichen Isolierung sind vorhanden. Wir dürfen deshalb unsere Zukunft nicht nur auf eine Karte, auf die industrielle, setzen.

Der Redner wendet sich zu dem Konkurrenzkampf der Walzwerke, die gegen den Stahlverband geschickt werden müßten. Er bittet, einer Resolution zuzustimmen, welche möglichst noch in dieser Session eine Druckschrift über die Lage der reinen Walzwerke, Eisen- und Stahlgießereien, Martin-Stahlwerke und

Buddelwerke und über die Möglichkeit von staatlichen Maßnahmen zu ihrer Erhaltung und gezielten Fortentwicklung verlangt. Bei der Vorbereitung der Rentenversicherung der Privatbeamten arbeiten erfreulicherweise Unternehmer und Angestellte zusammen. Diese Versicherung sowie die Witwen- und Waisenversicherung wird die Krönung des großen, für die ganze Welt vorbildlichen Gebäudes unserer Arbeiterversicherung sein. Dann aber ist es Zeit, daß eine Periode der Ruhe, eine Gelegenheit zu tiefem Atemholen für unsere Industrie eintritt. (Lebhafte Zustimmung rechts und bei den Nationalliberalen.)

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen sucht Redner Marx zu überwinden. Die Katastrophentheorie ist zur Katastrophe der sozialistischen Theorie geworden. Die Heimarbeit wird von den Arbeitern, die in ihr beschäftigt sind, durchaus nicht als Uebel empfunden. Die Einkommensteuern darf nicht mechanisch ausgelegt werden. In Leipzig macht der Mittelstand 63 Proz. der Bevölkerung aus. Neuer Mittel- und Arbeiterstand sind im Aufstieg begriffen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Subeil (Soz.):

Dem Grafen Kanitz möchte ich den guten Rat geben, sich an die eigene Brust zu schlagen. Auch die Großgrundbesitzer benutzen die famose Zollpolitik, um ihr Getreide im Auslande billiger loszuschlagen als im Inlande. Also ganz wie die Kohlenmagnaten. Die einen sind der anderen würdig. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir stimmen mit dem Staatssekretär darin überein, daß die gesetzliche Regelung der Tarifverträge eine sehr schwierige Aufgabe ist. Aber unmöglich ist sie keineswegs.

Der Herr Staatssekretär meinte, was mein Freund Hoch über die gegen die Sozialdemokratie geplanten Ausnahmegesetze gesagt habe, sei schon vor 8 Tagen im „Vorwärts“ zu lesen gewesen. Weder der „Vorwärts“ noch mein Freund Hoch konnten annehmen, daß die Rede, die der Kanzler im preussischen Abgeordnetenhause gehalten hat, nicht ernst zu nehmen war. (Sehr gut! bei den Soz.) Im übrigen regt uns die Rede nicht weiter auf. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn die Regierung den Weg der Ausnahmegesetzgebung gegen unsere Partei beschreiten will, so wünschen wir ihr viel Glück. Sie wird dann eine große innere Wamagge zu der weltberühmten Wamagge in der auswärtigen Politik hinzufügen. (Sehr gut! bei den Soz.)

In das Lob, das dem Staatssekretär so freigebig von den verschiedensten Seiten gesendet wurde, können wir leider nicht einstimmen. Seinen Befähigungsnachweis für Arbeiterpolitik hat der Staatssekretär noch nicht erbracht. (Sehr wahr! bei den Soz.) Durch seine gestrige Rede sind den Arbeitern die Augen geöffnet darüber, was sie in Zukunft von der neuen Reichsversicherungsordnung zu erwarten haben. Der Herr Staatssekretär mußte zugeben, daß er in der Konferenz mit den Arbeitgeber und Arbeitnehmer ausgiebige Antworten erhalten hat, daß auch nicht der zehnte Teil von dem sich als wahr erwiesen hat, was über Mißstände bei den Krankenkassen durch die Presse gegangen ist und auch hier im Hause vorgebracht wurde. Selbst die Arbeitgeber haben zugeben müssen, daß die Kassen in ihrem großen Durchschnitte ausgezeichnet verwaltet werden. Trotzdem kündigte der Staatssekretär mit dem angeblich warmen Herzen für die Arbeiter an, daß den Arbeitern das letzte Stückchen Selbstverwaltung durch die neue Ordnung genommen werden soll. Es scheint, daß die Konferenz nur eine Komödie gewesen ist, um die Arbeiter einzulullen und ihnen Sand in die Augen zu streuen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Anstatt daran zu denken, die Selbstverwaltung für die Arbeiter auszubauen, soll ihnen das Selbstverwaltungsrecht genommen werden, und zwar nur aus Rücksicht für die Herren Arbeitgeber und Großunternehmer. Auf diese Herren wird ja immer Rücksicht genommen. Auf dem Kongress der Bergarbeiter war die Regierung nicht vertreten. Als aber am 2. November 1908 das Festessen der Industriellen bei Abton stattfand, waren nicht weniger als zwei Minister und 3 Unterstaatssekretäre zugegen, und der Herr Minister v. Rheinbaben hat dort das Band der Brüderschaft zwischen der Regierung und den Großindustriellen geknüpft und geknüpft. Interessant war auch, was der Staatssekretär über die

Witwen- und Waisenversicherung

sagte. Wir haben bereits bei der Beratung der Lex Trimborn gesagt, sie sei nur ein Verlegenheitsgesetz, um den Arbeitern den Politikschwarzfuß zu machen. Die gestrigen Ausführungen des Staatssekretärs haben das vollauf bestätigt. (Sehr richtig! bei den Soz.)

einen kleinen Zusammenstoß mit einem Kometen erlitt. Man weiß nicht nur durch theoretische Abgelenken, sondern durch tatsächliche Erfahrung, daß dabei nichts anderes zustande kommt als ein großartiges Brillantenfeuerwerk von Sternschuppen, bei dem doch nur sehr beschränkte Sinne etwas anderes als erhabensten Genuss verspüren können. Auch wenn der Zufall es wollte, daß in den Kometen giftige Gase enthalten wären, würden sie wahrscheinlich nicht weit in die Atmosphäre der Erde eindringen. Man vergißt eben nur zu leicht, was für ein wunderbar sicherer und von außen her schwer durchdringlicher Panzer das und so dünn und durchsichtig erscheinende Luftmeer für die Erde bedeutet.

Der Giffkomet Morcheouse, für die Astronomen ein der interessantesten Objekte, wie sie es seit langem nicht im Fernrohr gehabt haben, scheint sich jetzt bereits aus unserer Nähe zu entfernen, ohne anderswo als in der Wissenschaft merkliche Nachwehen hinterlassen zu haben. Dagegen wirst schon wieder ein anderer Komet seinen Schatten voraus, wenn man auf ein so zartes Gebilde diesen Ausdruck anwenden dürfte. Die Astronomen rüsten sich nämlich zum würdigen Empfang des berühmten Halleyschen Kometen, seit langem der Stolz und gleichzeitig ein Prüfstein ihres Scharfsinnes. War doch der Halleysche Komet der erste, dessen Wiederkehr auf Grund der Berechnung seiner Bahn und anderer Anzeichen vorausgesagt werden konnte. Der große englische Astronom Halley prophezeigte die Wiederkehr des Kometen, den er im Jahre 1682 entdeckte und zunächst vermutungsweise mit dem Neptischen von 1607 in Beziehung gesetzt hatte, für das Jahr 1758. Der Franzose Clairaut berechnete dann auf Grund einer Rechenarbeit genauer die Störungen, die der Komet vermutlich bis zu seiner Wiederkehr in die Sonnennähe erleiden würde, und kündigte diesen erst für das Jahr 1759 an. Beide Astronomen behielten glänzend recht, denn der Komet wurde Ende 1758 wieder entdeckt und ging im Frühjahr 1759 durch die Sonnennähe. Da er rücksichtslos genug war, eine Umlaufzeit von über 76 Jahren zu haben, konnte Halley leider den Triumph seiner Prophezeiung nicht mehr erleben. Jetzt sind wir noch weiter mit der Wissenschaft gekommen. Für das Jahr 1835 konnte die neue Erscheinung des Kometen schon mit viel größerer Sicherheit angezeigt werden, und die Bestimmtheit ist für seinen nächsten Besuch im Jahre 1910 selbstverständlich noch gewachsen. Im letzten Heft der „Astronomischen Nachrichten“ wird der Ort dieses von Menschen so ausgezeichnet verfolgten Kometen für das ganze Jahr 1909 in Zwischenräumen von je zehn Tagen und für 1910 in Zwischenräumen von je vier Tagen angegeben.

Ein Denkmal für Proudhon. In Besançon soll in diesem Jahr ein Denkmal Proudhons errichtet werden, dessen hundertjähriger Geburtstag kürzlich von den bürgerlichen und sozialistischen Blättern Frankreichs in Gedenkartikeln gefeiert worden ist. Bekanntlich kann man aus den Werken dieses von Karl Marx so meisterlich abgefertigten Schriftstellers so ziemlich alles herauslesen. Der „Vater des Anarchismus“ ist gleichzeitig der Schuttpatron spießbürgerlicher Vorkehrvereine. Und so hat sich denn auch im Denkmalkomitee eine bunte Gesellschaft zusammengefunden: der Unterrichtsminister Domergue und der Minister des Äußereren Sigon, der ledernen puritanische Kammer-

Ich wende mich nun zu Herrn Rugdan, der hier ja stets als freimütiger Regierungskommissar auftritt. Nachdem er aber für würdig befunden wurde, von der kaiserlichen Günstlinge bestraft zu werden, ist er noch regierungsfreundlicher geworden als selbst die Regierungskommissare. (Heiterkeit und sehr richtig! bei den Soz.) Herr Rugdan meinte, die gelben Gewerkschaften seien durch den Terror der Sozialdemokratie entstanden. Aber in Augsburg entstanden sie bereits zu einer Zeit, wo weder von Sozialdemokratie noch von freien Gewerkschaften die Rede sein konnte. Dann führte Herr Rugdan aus, daß von uns Amerika auszuwandern, vielmehr hat sie oft die Arbeiter gewarnt, den Weg über das Meer anzutreten. Aber gemein haben die Arbeiter aller kapitalistischen Länder die Ausbeutung. Bei einer großen Krise hungern die Arbeiter in Amerika gerade so wie die in Deutschland. Aber Amerika unternimmt jetzt die ersten Schritte, seine Arbeiter durch eine Arbeiterschutzgesetzgebung sicherzustellen. Der amerikanische Kongress hat ein Komitee eingesetzt, das die Arbeiterschutzgesetzgebungen aller Länder studieren und dann Bericht erstatten soll. Kommt dieser Stein in Amerika einmal ins Rollen, so wird es dort schneller vorwärts gehen als bei uns, wo in der Sozialpolitik auf einen Schritt vorwärts gewöhnlich zwei nach rückwärts erfolgen. (Zustimmung bei den Soz.) Noch in einer anderen Beziehung können die deutschen Arbeiter die amerikanischen beneiden. In allen Staaten Amerikas werden den Kindern der Arbeiter die Lehrmittel bis zum Kleinsten unentgeltlich von der Kommune geliefert. Wenn ansteckende Krankheiten ausbrechen, so wird der Arbeiterfamilie der Arzt von der Kommune bezahlt. Die amerikanischen Arbeiter sind auch nicht mit den ungeheuren Zöllen auf Lebensmittel belastet, dagegen hat Amerika große Augenzölle. Ist erst in Amerika die Krise überstanden, dann ernähren sich die amerikanischen Arbeiter nicht von Kartoffeln und Fleisch, sondern von Fleisch und Kartoffeln. Das ist der große Unterschied. Bei uns ist die Hauptnahrung die Kartoffel, und in zweiter Linie kommt das Fleisch. Die amerikanischen Arbeiter ernähren sich hauptsächlich von Fleisch und die Kartoffel kommt erst in zweiter Linie.

Ich wende mich nun zu der

Bundesratsverordnung zum Schutze für die Gesundheit der Steinhauer und Steinmetzen.

Wie bei allen derartigen Verordnungen sind die Strafen für Uebertretungen seitens der Unternehmer so niedrig, daß sie sich unausgesetzt Verletzungen gegen die Verordnung zuschulden kommen lassen. In diesem Artikelgedenke stimmen die Berichte aller Gewerbeaufsichtsbeamten überein. Selbst in Berlin wird in vielen Betrieben trotz der Verordnung nur einmal in der Woche gereinigt, vielfach liegt der Abbruch direkt beim Arbeitsraum, die Erfrischungsräume haben Fenster, die nach dem Abort gehen. (Hört! hört! bei den Soz.) Noch viel trauriger sind natürlich die Verhältnisse in größerer Entfernung von Berlin. Nicht einmal die Bestimmungen über die Nichtbeschäftigung weiblicher Arbeiter in Steinbrüchen, Kalkgruben usw. wird ernsthaft durchgeführt. Und doch sollte schon im Interesse des Militarismus zu Wasser und zu Lande wenigstens auf Durchführung der paar Schutzmahregeln zugestanden der weiblichen Arbeit gesehen werden. Denn ohne gesunde Mütter gibt es auch keine gesunden Soldaten. (Sehr richtig! bei den Soz.) Aber nirgends wird ganze, überall nur halbe Arbeit geleistet. Die Strafbestimmungen und vollends die verhängten Strafen sind so geringfügig, daß sie geradezu Prämien auf Uebertretungen darstellen. Dazu läßt die Inspektion außerordentlich viel zu wünschen übrig. Im ganzen Regierungsbezirk Gumbinnen ist nur ein einziger Betrieb inspiziert worden! (Hört! hört! bei den Soz.) In Berlin von 54 nur 12. Eine genaue Inspektion würde noch viel mehr Verhältnisse zutage fördern, als jetzt bekannt werden. Die Statistik des Steinmetzverbandes zeigt geradezu erschreckende Unfallsziffern. In Stralburg sterben von 15 Berufsgenossen 13 an der Schwindstich, in manchen Orten sogar 100 Prozent! (Hört! hört! bei den Soz.) Das Streben nach Affordarkeit führt zu vorchriftswidriger und leichtsinniger Arbeit, wodurch denn auch die Mitarbeiter mitgefährdet werden. Dazu kommt die zahlreiche Verwendung ungeleiteter und ungeübter Arbeiter. Es sind nicht nur die sozialdemokratischen Verbände, die auf Abschaffung der Affordarbeit in diesen Berufen dringen. Mörberisch wirkt auch die lange Arbeitszeit. Nur für Steinmetzen ist

präsident Griffon und der Goldschneider Miserand, der Hyperreformerische Buchdrucker Kuser und der Bulgardilem Wolmar, der selbsthülserische Professor Gibe und der Weißler Soziologe de Greef, der belgische Demokrat Janson usw., kurz Krethi und Plethi. Die Gemeinde gibt 10 000 Fr. her und zum Entschuldigeklimbim soll Herr Fallières eingeladen werden. Die Gasthofbesitzer, Ringelanteldirektoren usw. von Besançon interessieren sich jetzt für den toten Landmann ganz ausnehmend.

Humor und Satire.

Ausverkaufte Vorstellungen. Wie in Veltune, so war in Carpentras (Frankr.) zu der Vorstellung des Scharfrichters Deidler kein Platz mehr zu haben. Deidler, der gefeierte Gast, wurde bei seinem Erscheinen mit Beifallsstürmen empfangen, die sich bei seinem Abtreten verdoppelten und verdreifachten. Deidler verbot ihm das Hausgesch den Hervorrufen und Dacaporufen Folge zu leisten. Freilich fehlt es auch hier an Körglern nicht: Die Damen von Carpentras haben sich über die Art und Weise beschwert, in der die Dessenlichkeit der Hinrichtung arrangiert worden sei. Die rohesten Instinkte seien durch den blutigen Anblick gereizt worden, weil die Zuschauer größtenteils aus den niedrigsten Elementen bestanden hätten. Das müsse anders werden. Sie bitten deshalb im Interesse der Humanität dringend darum, daß die Hinrichtungen künftig zu einer späteren Stunde als 7 Uhr nachmittags stattfinden, damit die Damen, die um diese Zeit noch schlafen, daran teilnehmen können; auf diese Weise würden die Hinrichtungen von einem besseren Publikum als jetzt besucht werden. Gleichzeitig bitten die Damen, die zu der letzten Vorstellung keinen Platz mehr bekommen konnten, diese recht bald zu wiederholen.

Berliner Diamantenhallen. Die Zeitungen melden, man wolle in Berlin einen Diamantenmarkt einrichten. Man wird vor allen Dingen dafür Sorge tragen müssen, daß die Veranstaltungen sich nicht nach wenigen Jahren als zu klein erweisen. Zwischen dem Lehrter Bahnhof und der Spree sollen riesige Diamantenspeicher erbaut werden, die auf der Bankseite von Nebengleisen der Lehrterbahn berührt werden, während auf der Spreeseite die aus Afrika kommenden großen Diamantendampfer anlegen können. Auf dem Diamantenspeicher werden wöchentlich Diamantenauctionen abgehalten, auf denen die größten Diamanten literweise, die kleinsten hektoliterweise versteigert werden. Was bei diesen Diamantenauctionen auf den Boden fällt, wird gesammelt und täglich im Afl für Obdachlose verteilt. („Jugend“)

Notizen.

— Vorträge. Im Institut für Meerestunde, Georgenstr. 34/36, spricht am Dienstag, den 9. August Walsch über Passate und Monune, Donnerstag, den 11., Dr. v. Zahn über Der Pazifische Ozean im allgemeinen, Freitag, den 12., Prof. Wolle über Die Hilfsmittel und Methoden der Seegeschichtsforschung im Weltverkehr. Einlaßkarten sind von 12 bis 2 Uhr und an den Vortragabenden von 6 Uhr ab zu 25 Pf. in der Geschäftsstelle des Instituts zu haben.

Kleines feuilleton.

Gesundheitschädigung durch feuchtes Wetter. Die Feuchtigkeit wird von dem Menschen nach seinem Gefühl als eine der schlimmsten Gesundheitsfeinde betrachtet, und die Wissenschaft bestätigt diesen Argwohn durchaus. Wenn auch der bei trockener Witterung entstehende Staub gleichfalls Gefahren mit sich bringt, und zwar sowohl durch den mechanischen Reiz der Schleimhäute wie durch den Bakteriengehalt, so ist er doch insofern noch vorzuziehen, als bei trockenem Wetter, und namentlich bei hellem Licht, die Bakterien weniger fortkommen. Die Feuchtigkeit ist dagegen ihr wahres Element und wenn sie sich gar mit mangelhaftem Licht und schlechter Luft vereinigt, wird sie für das Wesen des Menschen in höchstem Grade verhängnisvoll. Man braucht ja nur daran zu erinnern, daß diesem Reiz die schaurigen Kerker früherer Zeiten entsprachen. Warum die Widerstandsfähigkeit des menschlichen Körpers gegen Krankheit durch feuchtes Wetter herabgesetzt wird, ist nicht schwer zu verstehen. Es erklärt sich ganz einfach daraus, daß die Verdunstung des Körpers selbst behindert und außerdem durch die Verdunstung der auf den Körper niedergeschlagenen Feuchtigkeit eine unzutragliche Abkühlung der Haut veranlaßt wird. Einen klaffischen Versuch könnte jeder, der es etwa nicht glaubt, dadurch machen, daß er in einem feuchten Bett schläft. Weniger offenbar ist, wie ein Mitarbeiter des „Lancet“ hervorhebt, der Zusammenhang, wie feuchtes Wetter und gerade solche Krankheiten wie die der Atmungsorgane, Rheumatismus und Neuralgie sollte befördern können. Vielleicht sind hier nur eine Folge der vermehrten Erhaltungsgesfahr. Die bedeutlichen Eigenschaften der Feuchtigkeit liegen hauptsächlich darin, daß man sich vor ihr nicht schützen kann. Gegen Kälte kann man den Körper durch geeignete Kleidungsstücke bewahren, die sich dem Zutritt der Außenluft widersetzen. Die Feuchtigkeit aber schlägt schließlich überall hindurch, und es handelt sich dabei nicht nur um die der Luft, sondern auch um die des Bodens.

Die Wiederkehr des Halleyschen Kometen. An gewissen eingetragenen Vorstellungen läßt sich erkennen, daß die Naturwissenschaft noch immer nicht in alle Kreise gedrungen ist. Manche Erscheinungen und Möglichkeiten in der Natur werden noch immer mit fabelhaften Ideen verknüpft, und Prophezeiungen des Weltuntergangs können stets auf eine ziemlich große gläubige Gemeinde rechnen. Besonders ausgeprägt durch menschliche Hochachtung sind in dieser Hinsicht die Kometen. Es gibt der Mutter Natur durchaus nichts, daß sie diese Weltkörper aus den unvorstellbar feinsten Stoffen geschaffen hat; der furchtsame Mensch dichtet ihr trotzdem mörderische Anschläge auf die Erde an. Es genügt, daß, wie es jüngst geschehen ist, ein Astrophysiker an seinem mit dem Spektroskop und vielleicht außerdem mit der photographischen Platte ausgerüsteten Fernrohr in dem Spektrum eines Kometen einige winzige Linien wahrnimmt, die auf das Vorhandensein von Cyanverbindungen deuten, um aus diesem Kometen eine Art von blausäurechwangern Giftgeschloß zu machen, durch das die Erde und ihre Bewohner bedroht sind. Wenn der Mensch mehr zur Dankbarkeit als zur Furcht geneigt wäre, hätte er alle Ursache, sich darüber zu freuen, wenn die Erde mal wieder

eine ständige Arbeitszeit festgesetzt, alle anderen Kategorien arbeiten 10 Stunden und darüber. Man denke, daß es sich um Arbeiter handelt, die zur Lungenschwindsucht führen und die fortwährend von Unfällen bedroht sind. Notwendig ist es, eine achtstündige Arbeitszeit der in Betracht kommenden Berufe einzuführen und als Übergang den Neunstundenlag für sämtliche Kategorien einzuführen. Statt dessen sind die wichtigsten Kategorien der Granit- und Marmorarbeiter in der Bundesratsverordnung ganz ausgelassen. (Hört! hört!) Und dabei stehen diese Berufe in der Unfallstatistik an dritter Stelle. Die allereinfachsten Schutzmaßnahmen werden in straflicher Weise verabsäumt. Die Werkstätten haben meist nicht einmal geputzten Fußboden. Jetzt stehen die Arbeiter in einer mahren Schlacke, die, zumal da überreichende Pflichten zum Polieren benutzt werden, im Sommer einen schauerhaften Geruch verbreitet. Häufig bringen die Arbeiter Krankheitsstoffe aus solchen Werkstätten in ihre Familie mit. Die Leinwand in diesem Berufe ist in bewundernswürdiger Weise fortgeschritten. Der dort hergestellte Kunstseide gleich täuschend dem Marmor. Aber die furchtbare Staubentwicklung, die bei dieser Fabrikation herrscht, wirkt geradezu mörderisch. Hunderte von Arbeitern gehen elend zugrunde. Ein gewisser Steinbruchbesitzer Schröder in Sachsen hat einen sehr fröhlichen Ausweg ausgedacht, um die Bestimmungen über Frauenarbeit zu umgehen. Er „verkaufte“ die Steine an Arbeiterinnen, ließ sie durch diese zerhacken und „kaufte“ sie dann von ihnen zurück! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Die Ortsorganisation erhob Beschwerden gegen diesen fröhlichen Steinbruchbesitzer. Die Sache kam zur gerichtlichen Verhandlung und das Gericht gab dem Beschwerdeführer recht. Dieses Mal ist es dem Herrn also mit seiner Fröhlichkeit nicht gelungen, aber er wird schon etwas anderes austüfeln.

In den Granit- und Marmorbetrieben werden über 10 000 Arbeiter beschäftigt, wozu noch mindestens ebensovielen in den verwandten Berufen treten. Es sollte sich doch wirklich lohnen, zum Gunsten dieser 20 000 Menschen Maßnahmen zu treffen. Steigen doch die Unfallsziffern in diesen Berufen auf 20 bis 30 Proz. der Gesamtzahl der in ihnen beschäftigten Arbeiter. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Schon im vorigen Jahre habe ich auf die Gefahr bei der Verarbeitung des Bleiweißes hingewiesen. Die Statthalterei in Niederösterreich hat bereits am 27. August vorigen Jahres ein Bleiweißverbot erlassen. Der Stadtrat von Wien hat bereits am 6. März 1907 verboten, daß auf städtischen Bauten Bleiweiß verwendet wird. In Preußen und Berlin denkt man an so etwas nicht. Hier will man Leben und Gesundheit der Arbeiter nicht schützen. Aber nicht genug damit, daß man ein Bleiweißverbot nicht einmal die minimalen Bestimmungen der bestehenden Bundesratsverordnungen werden von den Einzelstaaten, von Preußen und von den Kommunen bezieht. Der Verband der Maler und Anstreicher hat im vorigen Jahre eine Enquete darüber veranstaltet, die geradezu niedererschmetternde Ergebnisse zeitigte. In 84 Proz. der Betriebe werden die Schutzbestimmungen der Verordnung mißachtet, die Arbeiter bekommen weder Wasser noch Bürste zum Reinigen der Hände, ebensowenig Seife und Handtücher. Statt einer Nagelbürste gab ein Arbeitgeber einfach eine Scheuerbürste, in mehreren Fällen wurden den Arbeitern für Seife und Sandtuch noch extra 50 Pf. verlangt. Die Verordnung verlangt die Lieferung von Arbeitsmitteln, aber der preussische Handelsminister erklärt, bei den Kleinmeistern könne man das nicht so streng handhaben! Auf staatlichen und städtischen Bauten werden die Arbeiter aber nicht Kleinmeistern überlassen, sondern den größten Firmen, welche ebenfalls die Schutzbestimmungen nicht anwenden. Auf staatlichen und städtischen Bauten herrscht auch überall noch Alfordarbeit, diese Alfordarbeit, welche die Arbeiter geradezu zwingt, alle Vorsicht außer acht zu lassen, um das wenige zu schaffen, was unbedingt zur Erhaltung der Familie notwendig ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nicht nur bei der Verarbeitung bringt Bleiweiß Gefahren mit sich, sondern die Gefahren greifen viel weiter. So berichtet der Medizinalrat aus Hildesheim von typischer Erkrankung von 8 Personen an Bleiweißvergiftung. Der Grund war, wie sich schließlich herausstellte, daß von den Jimmern, welche die Familie bewohnte, eines eine neue Tapete bekommen hatte, die einen hohen Prozentsatz von Bleiweiß enthielt. Der Lieferant konnte nicht gesagt werden, weil ein Verbot für die Verarbeitung dieser Stoffe bei den Tapeten nicht besteht! Dr. Richter teilt die Berufe, die mit Bleiweiß arbeiten, in drei Gruppen: solche, bei denen durch einfache Reinlichkeitsvorschriften und Verkürzung der Arbeitszeit Bleiweißvergiftung völlig verschwinden kann; zweitens solche, in denen sie durch diese Mittel fast vermindert werden kann, und drittens solche, bei denen ohne gewaltiges Eingreifen der Gesetzgebung die Gefahren, welche der Beruf mit sich bringt, auch nicht einmal vermindert werden können. Für diese Berufe schlägt auch er ein vollkommenes Verbot von Bleiweiß vor. Sogar Arbeitgeber verlangen dieses Verbot, wie z. B. der Obermeister der Malerinnung in Hamburg. Es gibt ja auch vollständigen Ersatz für das Bleiweiß, z. B. das sogenannte „Diamantweiß“. Das hat auch der Generaldirektor der badischen Staatsbahnen anerkannt: in Baden darf schon seit Anfang des Jahres 1907 Bleiweiß in keinem Staatsbetrieb verwendet werden. In Preußen kann man sich hierzu natürlich nicht aufraffen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ein durch Bleiweißvergiftung invalide gewordener Arbeiter hat keinen Anspruch auf Unfallrente, weil die Bleiweißvergiftung als Betriebsunfall nicht angesehen wird. Stirbt er an der Vergiftung, so sind seine Frau und Kinder von vornherein auf die Minderfähigkeit der Kommunalbehörden angewiesen. Wenn die Regierungen und der Reichstag sich nicht zu einem völligen Bleiweißverbot aufschwingen können, so müßte doch mindestens dafür gefordert werden, daß die Arbeiter, welche mit diesem Gift arbeiten müssen, dem „Segen“ der Unfallsversicherung unterliegen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Auch in anderen Gewerben zeigen die Berichte der Gewerbeinspektoren schlimme Zustände. In den Siegeleien haben überhaupt keine Aberte, sondern in primitivster Weise müssen die Arbeiter ihre Notdurft verrichten; das schlimmste Ausdehnungssystem, das Trucksystem, steht in den Siegeleien in voller Blüte. Noch schlimmer steht es in den sogenannten Thomaschlackenmühlen.

Die Zahl der Erkrankungen bei dieser mörderischen Arbeit übersteigt 50 Proz. Kein Arbeiter ist länger als 5 Jahre bei dieser mörderischen Arbeit beschäftigt. Denn alle Lehren wegen der Gefährlichkeit der Arbeit den Betrieben den Rücken. Herr Rugdan macht die Arbeiter vielfach für das Fehlen von Schutzvorrichtungen verantwortlich. Da mache ich ihn und den Staatssekretär auf einen Betrieb in Schöneberg, also vor den Toren Berlins, aufmerksam, wo für 80 Personen nur zwei Klosetts existieren. Der Gewerbeinspektor ist trotz mehrfacher Aufforderung seitens der Arbeiter noch nicht dazu gekommen, den Betrieb zu revidieren. Schließlich sind die Arbeiter jetzt in einen Streik eingetreten, um eine Forderung der Verhältnisse zu erreichen. Vor kurzem hatten wir hier die Arbeitslosenfrage. Aber trotz des Ernstes der Lage, der von allen Seiten anerkannt wurde, ist bis heute noch nicht das geringste geschehen, um die Lage der Arbeitslosen zu verbessern. Auch für die arbeitslosen Eisenbahnarbeiter hat der preussische Staat nichts getan. Was kümmert das auch den preussischen Eisenbahnminister mit seinem nach Jehntausenden zählenden Gehalt, das er von den Steuerzahlern erhält? Wie der preussische Staat mit seinen Arbeitern umspringt, beweist das Verhalten einer Uniglichen Bauverwaltung in Ostpreußen, wo ein Arbeiter, der 35 Jahre im Staatsdienst tätig war, einfach auf die Straße geworfen wurde. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nicht einmal ein Stück Brot kann sich dieser Mann nun kaufen, der ein Lebensalter und mehr für den preussischen Staat tätig gewesen ist. Ich könnte hier noch eine große Reihe von anderen Fällen mitteilen, wo der Fiskus bei Kanalbauten ausländische Ar-

beiter herangezogen hat, während die einheimischen Arbeiter zu Hunderten und Tausenden auf der Straße liegen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Von dem engstirnigen fiskalischen Standpunkt geht die preussische Regierung aus, die die ausländischen Arbeiter nur deshalb beschäftigt, weil sie billiger sind. Anstatt das Menschenmögliche zu tun, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, trägt der Staat noch dazu bei, die Rot zu vermehren! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Bei den Verhandlungen über die Handhabung des Vereinsgesetzes hat der sächsische Bundesratsbevollmächtigte Dr. Fischer gesagt, daß das neue Vereinsgesetz auch in Sachen in liberalem Sinne und ohne Schikane gehandhabt werde. Zur Illustration dieser Ausführungen verweise ich auf das Vorgehen der Leipziger Polizeibehörde, die eine Vereinsversammlung des sozialdemokratischen Vereins, auf deren Tagesordnung die Wahl von Delegierten stand, für eine öffentliche politische Versammlung erklärte, trotzdem die genaueste und peinlichste Kontrolle über die Versammlungsbefucher ausgeübt wurde! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Kreishauptmannschaft stellte sich auf den Standpunkt, daß die Wahl der Mitglieder dieses Vereins eine so große sei, daß auch bei Vereinsversammlungen schon der Begriff der Öffentlichkeit gegeben sei. Auf die Beschwerde ans Ministerium wurde den Beschwerdeführern folgende Antwort zuteil:

„Da das Reichsvereinsgesetz selbst keine Bestimmungen darüber enthält, wenn eine politische Versammlung eines Vereins als geschlossen oder als öffentlich zu gelten hat, da ferner bei den Verhandlungen im Bundesrat ausdrücklich ausgesprochen worden ist, daß eine Vereinsversammlung nicht schon deswegen, weil sie von den Veranstaltern als geschlossen bezeichnet wird, auch unbedingt als solche anzusehen ist, da ferner der Staatssekretär des Innern bei der Beratung des Gesetzes namens der Reichsregierung ausdrücklich erklärt hat, daß die Feststellung des Begriffs „Öffentlichkeit“ nicht dem Gesetz, sondern der Rechtsprechung überlassen bleiben müsse, kann das Ministerium des Innern bei dieser Sach- und Rechtslage der Beschwerde nicht beipflichten.“ (Hört! hört!)

Wenn diese Anschauung allgemeine Geltung bekommen sollte, dann sind die Versammlungen aller Vereine, die viel Mitglieder haben, öffentliche Versammlungen. Wir hätten in der Kommission einen Antrag gestellt, der verlangte, daß die Versammlungen von Vereinen, zu welchen nur Mitglieder Zutritt haben, auch dann nicht als öffentliche Versammlungen zu gelten haben, wenn sie in öffentlichen Lokalen stattfinden. Aber diesem Antrag hat die Regierung widersprochen, und so erleben wir hier das selbe Schauspiel wie beim Sprachenparagrafen, daß sich die Kommission und der Reichstag durch die Ausführungen des Staatssekretärs haben täuschen lassen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Im übrigen geht es uns gar nichts an, was im Schoße des Bundesrats gesprochen ist. Der Reichstag hat die Pflicht, dafür einzutreten, daß hier eine Änderung eintritt. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Ich komme nun zur Abrechnung mit Herrn Carstens.

Herr Carstens hat hier im Reichstage behauptet: „Die Arbeiter meiner Fabrik, die dem Porzellanarbeiterverbande angehören, haben beschlossen, daß jeder, der über 88 M. pro Woche verdient, den Ueberschuss an die Streikfasse abführen soll. Das muß doch die Unternehmer abhalten, Lohn-erhöhungen einzutreten zu lassen, da man ihnen doch nicht zumuten kann, die Streikfassen zu füllen. Zum mindesten werden dadurch die Unternehmer veranlaßt, zu erwägen, ob sie nicht bei niedrigerer Konjunktur Lohnreduktionen eintreten lassen sollen.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Herr Carstens scheint für beschäftigte Lohnreduktionen in der ihm und seinem Bruder gehörenden Fabrik Stimmung machen zu wollen. Dabei stellt sich hier derselbe Herr Carstens als eifriger Verehrer des Achtstundentages vor und scheint beinahe noch lieber den Sechsstundentag bewilligen zu wollen. (Heiterkeit.) Der Bruder des Herrn Carstens hat einen Mias erlitten, wonach die Arbeiter in Versammlungen den Namen des Reichstagsabgeordneten Carstens nicht nennen dürfen, der ein ganz bedeutungsloser Mitbestitzer sei. (Heiterkeit. — Glorreiche Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. Baasche: Es ist hier nicht Sitte, die Privatverhältnisse eines Abgeordneten zu besprechen. (Lebhafte Beifall beim Bloch.)

Abg. Jubelt: Ich antworte nur auf das, was Herr Carstens selbst hier im Reichstage ausgeführt hat. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. Baasche: Ich muß wiederholen, daß es der parlamentarischen Sitte widerspricht, hier im Reichstage Privatverhältnisse eines Abgeordneten zu besprechen. (Erneuter Beifall beim Bloch.)

Abg. Jubelt: Wie kommt Herr Carstens dazu, sich danach zu erkundigen, was die Arbeiter mit ihrem sauer verdienten Lohn anfangen? Erkundigen sich die Arbeiter danach, was Herr Carstens mit seinem Reichtum anfängt? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich habe es nicht mit dem Abgeordneten Carstens, sondern mit der Firma Carstens zu tun. In der Fabrik dieser Firma geht es zu wie in einem Taubenschlag. Um zum Maximallohn zu gelangen, müssen die Arbeiter die Frühstücks-, Mittags- und Vesperpauze durcharbeiten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten. — Glorreiche Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. Baasche: Die Lohnverhältnisse der Firma Carstens stehen doch nur in einem sehr losen Zusammenhang mit dem Gehalt des Staatssekretärs. (Heiterkeit und tosender Beifall im Bloch.)

Abg. Jubelt: Ich antworte nur auf das, was der Abg. Carstens hier im November vorigen Jahres ausgeführt hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. Baasche: Aber doch nicht beim Gehalt des Staatssekretärs. Ich ersuche Sie nochmals, nicht mit dieser Dreie Dingen zu behandeln, die in keinem Zusammenhang mit dem vorliegenden Etat stehen. (Erneuter Blochbeifall. Ein konservativer Abgeordneter ruft: Au s h ö r e n! — Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Jubelt: Ich spreche (nach rechts) nicht Ihrewegen. Wenn es mir beliebt, werde ich noch eine Stunde sprechen. (Heiterkeit.) Ich werde noch Gelegenheit finden, mit Herrn Carstens Abrechnung zu halten.

Vizepräsident Baasche: Aber nicht an diesem Ort.

Abg. Jubelt: Ich werde auch hier Gelegenheit dazu finden. Hier wird sicher noch die Arbeitslosigkeit zur Sprache kommen. Die Arbeitslosigkeit herrscht auch in Schleswig-Holstein (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten), z. B. auch in Elmshorn. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Und befördert wird die Arbeitslosigkeit durch die fortwährenden Maßregelungen seitens der Unternehmer, z. B. seitens der Firma Carstens. (Sehr gut! und lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Carstens (fr. Sp.): Mein Betrieb ist durchaus nicht, wie Herr Jubelt behauptet, ein Taubenschlag. Es herrschen in ihm absolut ruhige Verhältnisse, obwohl die Vererbung der Sozialdemokratie einen geregelten Betrieb schwer zuläßt. (Heiteres Lachen bei den Sozialdemokraten.) Herr Jubelt hat die haltlose Behauptung aufgestellt, daß Reich, Staat und Kommunen geflissentlich die Arbeitslosigkeit vermehren. Nein, die Sozialdemokratie ist es, die die Arbeitslosigkeit vermehrt. (Heiteres Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich bin im kommunalen Leben seit Jahren bemüht, Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit durchzuführen. Gerade deshalb werde ich von den Sozialdemokraten angegriffen, die alles daran setzen, die Durchführung der von mir vorgeschlagenen Maßnahmen zu verhindern. So sind wir zur Errichtung von Volkshäusern gelangt, um den Arbeitlosen gesunde und billige Nahrung zu verschaffen. Was war die Antwort der Sozialdemokraten? Sie dankte für solche Vorkämpfe. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Für meinen Betrieb konnte ich keine Maler mehr bekommen, weil die Malerei vom sozialdemokratischen Verband ge-

speret war. Erst als ich daraufhin gezwungen war, die Entlassung aller meiner Arbeiter anzubringen, wenn die Sperre nicht aufgehoben würde, entschloß man sich dazu. So vermehrt die Sozialdemokratie durch unerbörtes Hehen die Arbeitslosigkeit. (Heiteres Lachen bei den Sozialdemokraten.) Auf die persönlichen Angriffe des Herrn Jubelt gegen unseren Betrieb gehe ich nicht ein. Er soll sie nur in der Öffentlichkeit wiederholen, dann wird er sich wundern, was ihm passiert. (Großer Beifall beim Bloch.) Herr Rugdan wird von der Sozialdemokratie besonders heftig befehdet. Dabei ist er gerade für den Ausbau der Unfallversicherung wiederholt eingetreten. Er wird ein freiwilliger Regierungskommissar genannt. Dies Beinot ist weder neu noch geistreich. Wir sind eben gewohnt, objektiv zu urteilen. Wir lehnen es ab, Regierungsmahregeln mit so fanatischem Haß wie die Sozialdemokratie zu kritisieren. (Heiteres Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die gestrige Rede des Staatssekretärs muß den Sozialdemokraten doch schwere Bellemungen verursachen. (Heiteres Lachen bei den Sozialdemokraten.) Der Staatssekretär hat ebendiese Freiheit geleistet, und wenn seine Worte unter den Arbeitern Mißtrauen gegen die bestehenden Tendenzen der Sozialdemokratie erwecken, dann sind wir sehr zufrieden. (Großer Beifall beim Bloch, Lachen bei den Sozialdemokraten.) Herr Jubelt meint, der Staatssekretär hätte den Befähigungsnachweis für Sozialpolitik noch nicht erbracht. Herr Jubelt glaubt wohl, daß er diesen Nachweis durch seine Wahl erbracht habe? (Heiteres Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die Frage, wer gegenwärtig für das Volk wirkt, der Staatssekretär oder Herr Jubelt, überlasse ich getrost der Öffentlichkeit. (Heiteres Lachen bei den Sozialdemokraten. Großer Beifall im Bloch.)

Hierauf verlas das Haus die Weiterberatung auf Montag, 2 Uhr.

Schluß 6 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

24. Sitzung, Sonnabend, 8. Februar, mittags 1 Uhr.

Am Ministertisch: Weseler.

Die zweite Beratung des Justizetat

wird beim Titel Minister fortgesetzt.

Abg. Cassel (fr. Sp.): Zur Sparsamkeit sehen wir bei der Justizverwaltung keinen Anlaß, im Gegenteil fehlt es noch häufig an den notwendigen Einrichtungen, eine Vermehrung der Richterstellen wird auf keinen Fall zu vermeiden sein, wenn ich auch allen Anregungen auf Verminderung des Schreivolumens usw. zustimme. Mit dem Krebschaden des Hilfsrichtertums muß im Interesse einer ordnungsmäßigen Rechtspflege aufgeräumt werden. Was die in der Diskussion bereits erwähnten Prozesse anlangt, so mißbilligen auch wir die bekannte Verteidigungsrede eines Staatsanwalts für einen Zeugen. Wenn wir auch diese betreffende Rede für deplaziert halten, so kann es aber doch in anderen Fällen sehr wohl vorkommen, daß ein Staatsanwalt einen Zeugen gegen unberechtigte Angriffe in Schutz nehmen muß. Was den Ausschluß der Öffentlichkeit anlangt, so gebe ich zu, daß es Fälle gegeben hat, in welchen der Ausschluß besser erfolgt wäre. Aber dieser Ausschluß darf nicht weiter gehen, als es die Zwecke der Stillschließung und die anderen im Gesetze erwähnten Gesichtspunkte unbedingt erfordern. Im übrigen wird das Vertrauen in die Gerichte nur erhalten bleiben, wenn in vollster Öffentlichkeit verhandelt wird. (Sehr richtig! links.)

Abg. Veltmann (fr. Sp.): Ich befreite, daß mit dem Fürsten Eulenburg anders verfahren sei, als mit anderen Angeklagten. Die Länge der Verhandlung war in der Menge der Beweisanträge und in der mangelnden Verhandlungsfähigkeit des Angeklagten begründet. Mit solchen Vorwürfen sollte man, zumal in der jetzigen Zeit des Schlagworts der Massenjustiz, vorsichtiger sein. (Bravo rechts.) Die Erfolge der Jugendgerichte müssen abgewartet werden; die hier an ihnen geübte Kritik war jedenfalls verfehlt.

Abg. Dr. Wigerdt (Pol.) kritisiert einzelne Gerichtsurteile gegen Polen; seine Ausführungen bleiben auf der Tribüne fast ganz unverständlich.

Abg. Reinert (Soz.):

Es ist hervorgehoben worden, daß eine ganze Reihe von Neubauten im Justizetat vom Finanzminister gestrichen sei. Das ist besonders bedauerlich in der jetzigen Zeit der wirtschaftlichen Krise. Ich habe weiter eine Beschwerde vorzutragen von Bauarbeitern in Magdeburg. Dort sind zum Bau eines Justizgebäudes, weil im Gerichtsgefängnis in Magdeburg nicht genug gefangene Bauarbeiter vorhanden waren, Gefangene aus anderen Verwaltungen herangezogen worden. Die Organisation der Bauarbeiter hat dem Justizminister den Sachverhalt mitgeteilt, es ist aber nicht Abhilfe geschaffen worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Herr Abgeordnete Rosenow hat darauf hingewiesen, daß es notwendig sei, durch die Gefängnisarbeit nicht die wirtschaftliche Lage der Handwerker zu schädigen. Ich möchte an den Herrn Justizminister doch den dringenden Wunsch richten, die Gefangenen auch nicht zu benutzen zu arbeiten, die den freien Arbeitern unbedingt zusetzen.

Es ist gesagt worden, daß

die Jugendgerichtshöfe

dazu dienen könnten, die Justiz zu verewässern. Wir haben die Einrichtung solcher Jugendgerichtshöfe deshalb begrüßt, weil sie die einzige Möglichkeit bieten, die in den letzten Jahren öffentlich besprochenen Schreckenurteile gegen die Kinder endlich einmal völlig aufzuheben zu lassen. In einer Verfügung des Justizministers sind die Staatsanwälte angewiesen, wie sie bei den Jugendlichen sich verhalten sollen. Es sollen möglichst frühzeitig die Lebensverhältnisse erforcht werden und alle sonstigen Umstände, die zur Beurteilung der zur Straftat erforderlichen Einsicht erheblich sind. Auch sollten die Staatsanwälte sich mit den Eltern und den Organen der Jugendfürsorge in Verbindung setzen. Eine solche Anordnung sollte aber auch für Erwachsene an die Staatsanwälte ergehen. Es unterliegt keinem Zweifel: Wer das nötige Geld hat, ist immer in der Lage, Irrenärzte über seine geistige Zurechnungsfähigkeit zu befragen, während das dem Armen unmöglich ist. Wir wollen nur wünschen, daß die Jugendgerichte auch wirklich ihren Zweck erfüllen, denn wir haben Urteile, die über das hinausgehen, was der gesunde Menschenverstand begreifen kann. In einem Falle wurde ein 13jähriger Junge und seine 13jährige Schwester verurteilt, weil sie auf ein Straßenbahngleis Steine geworfen hatten, und zwar jeder zu einem Jahr Gefängnis! (Hört! hört!) Die erforderliche Einsicht hat das Gericht angenommen, weil die Bedeutung des Straßenbahnbetriebes einem Kinde zum Bewußtsein gekommen sein müßte! Es stellte sich aber nachher heraus, daß das Mädchen schwachsinnig gewesen war! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ein 14jähriges Mädchen wurde in Dortmund wegen Brandstiftung zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Es war ein in der Entwicklung sehr zurückgebliebenes Kind. Freilich konnte es den zweiten Artikel des sogenannten Glaubensbekenntnisses am Schnürchen herlesen. (Unruhe rechts.) Weist handelt es sich bei solchen Vergehen um Kinder mit sehr mangelhafter Schulbildung. Solange der heutige Massenpaar besteht, können wir nicht erwarten, daß es eine Gleichheit ohne Unterschied des Standes vor Gericht gibt. Die herrliche Sprache gegen Angehörige der Arbeiterklasse steigert sich zur besonderen Liebesschwärzlichkeit, wenn irgend ein Fürst als Verbrecher vor die Schranken des Gerichts kommt. Das hat insbesondere der Prozeß Eulenburg bewiesen. Er durfte seine Familienangehörigen im Gerichtssaal haben, trotzdem sie nachher als Zeugen vernommen wurden. Ihn wurden Vergünstigungen gestattet, die nie ein Arbeiter bekommen hätte. Er wurde als

„Herr Angeklagter“

angeprochen, während es bekanntlich in einem Schriftstück gegen ein Mitglied dieses Hauses hieß: „dem Dieb“! Ein Arbeiter wurde zu 7 Jahren Justizhaus verurteilt, die Strafe wurde verbüßt, und erst nachher stellte sich heraus, daß er bei Verurteilung der Straf-

hat noch nicht 18 Jahre alt war und deshalb gar nicht zu Zuchthaus verurteilt werden konnte! (Hört! hört!) Weiter erinnere ich an die Verurteilung des Redakteurs der „Königsberger Volkszeitung“, unseres Parteigenossen Markwald, zu 15 Monaten Gefängnis wegen angeblicher Majestätsbeleidigung. Diese Verurteilung ist bei den Haaren herbeigezogen. Erst auf die Demagogie eines freisinnigen Blattes hin wurde eine Hausdurchsuchung vorgenommen, und auch dann wußte man noch gar nicht, auf Grund welcher Bestimmungen eigentlich ein Strafverfahren einzuleiten war. Erst später hat man eine Majestätsbeleidigung konstruiert. Die Strafe von 15 Monaten hat Markwald bekommen, weil er Sozialdemokrat ist! (Lachen rechts.) Es handelt sich hier um ein offenkundiges politisches Tendenzurteil. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die soziale Gesetzgebung

Ist unseren Richtern und Staatsanwälten vielfach ein Buch mit 7 Siegeln. An Vergehen gegen die Gewerbeordnung sind in einem Jahre 22 100 Fälle mit 15 755 Anlagen von den Gewerbeinspektoren festgestellt worden, aber nur 1897 Personen sind bestraft worden! Wegen Verletzung der Arbeiterinnenschutzbestimmungen sind nur 867 von 9000 Fällen zur Verurteilung gelangt. Auch beim Jugendgeschutz sind die Verhältnisse nicht anders. Bei Vergehen, für die eine Strafe von 2000 M. im Maximum angedroht ist, werden Urteile in Höhe von 5—10 M. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten) gefällt. Das ist auch den Gewerbeinspektoren sehr unliebsam aufgefallen. Der Gewerbeinspektor von Hildesheim berichtet, daß ein Ziegeleibesitzer wegen unzulässiger Beschäftigung eines jugendlichen mit Transport von Ziegelsteinen mit 5 M. bestraft wurde, während derselbe Unternehmer im Jahre vorher wegen zu langer Beschäftigung eines jugendlichen von demselben Schöffengericht mit 10 M. bestraft war. Also im Wiederholungsfalle wurde hier die Strafe geringer! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn ein Arbeiter aus Not gebettelt hat, so erhält er 3—4 Tage Haft und im Wiederholungsfalle Gefängnis, obgleich die Strafandrohung hier nicht eine so hohe ist. Ein Ziegeleibesitzer hatte einen jugendlichen Arbeiter vor 1/2 Uhr morgens beschäftigt und ihn außerdem ohne Arbeitsbuch angenommen. Er wurde bestraft wegen Vergehens gegen die Gewerbeordnung zu 15 M., wegen Übertretung der Bestimmungen über das Arbeitsbuch zu 40 M. Also die formale Gesetzesübertretung wurde schwerer bestraft, als das Vergehen gegen die jugendliche Arbeitskraft. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch das Kammergericht hat sich gegen die zu milde Bestrafung von Arbeitgebern, die die Gewerbeordnung verletzen, ausgesprochen. Der erste Senat hat in einem Falle entschieden: von einer dreimonatlichen Verjährungsfrist könne keine Rede sein, da bei Nichtachtung der verletzten Bestimmung bis 2000 Mark Geldstrafe angedroht sei. Daß der Angeklagte die Strafe von 5 M. zu hoch finde, komme wohl daher, daß so merklich geringe Strafen bei Vergehen gegen die sozialen Gesetze verhängt würden. Wenn ein Angeklagter deshalb einmal mit 300 M. bestraft würde, würde er schon meilen, daß es sich um ein ganz gehöriges Vergehen handelt und daß der Schutz der Arbeiter mit Energie verlangt werde. Auch die Urteile des Kammergerichts sollte der Justizminister den Staatsanwälten mitteilen. — Ein Glasmeister wurde mit 9 M. Strafe belegt, weil er 35 M. Krankentagebeiträge den Arbeitern vom Lohn abgezogen und für sich behalten hatte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ein Arbeiter, der eine solche Summe veruntreuen würde, käme nicht so gelinde davon. Der Regierungsrat Dittmann berichtet folgenden Fall, der die Unkenntnis der Justiz in sozialen Dingen beleuchtet: „Ein Arbeiter hatte sich durch einen Fall eine Wunde zugezogen. Er hatte nur wenige Tage gearbeitet und war deshalb nicht krankheitsfähig. Er geht zu seinem Arbeitgeber und bittet ihn um eine Unterstüßung. Dieser zeigt ihm wegen Mitleids an, und vor Gericht wird der Arbeiter zu 14 Tagen Haft verurteilt! Das war geistlich unzulässig; denn er konnte das, was er verlangte, rechtmäßig auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes verlangen! Ein städtischer Beamter machte ihn darauf aufmerksam, und mit einer Eingabe bei dem Amtsgericht hatte er Erfolg. Also bei 5 Personen, die als Nachbeteiliger oder amlich mit der Sache befaßt waren, hatte die Gesetzeskenntnis verlagert. Erst der sechste, der lediglich aus freien Stücken sich des Falles annahm, verhalf dem Manne zu seinem Recht.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch die Zivilgerichte kümmern sich oft sehr wenig um die Gesetzesbestimmungen, soweit es sich um Arbeiter handelt. Häufig wird der Arbeitslohn unzulässigerweise für Gerichts- und Anwaltskosten gepfändet. Bei Prozessen auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes verlangen die Gerichte oft bei der Vernehmung von Zeugen einen Kostenvorschuss, obgleich das nach dem Gesetz ausgeschlossen ist. Eine Reihe solcher Prozesse sind nicht durchgeführt worden, weil der Vorschuss nicht bezahlt werden konnte. Beim Amtsgericht in der Kreisbahnstraße trat ein Dienstherr in einer Klage gegen sein Dienstmädchen selbst als Rechtsanwalt auf. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) So gering die Strafen wegen Verletzung der sozialen Gesetze sind, so hart werden Arbeiter bestraft, die sich in den Kämpfen mit den Arbeitgebern gegen

§ 153 der Gewerbeordnung

vergehen. Arbeitgebern wird in solchen Fällen stets Notwehr zugestanden, den Arbeitern nie. Beim Kampf der Holzarbeiter in Berlin hatte ein Arbeiter den andern Streikbrecher genannt. Er konnte nur bestraft werden auf Grund des § 153, wenn es sich um die Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen handelte. Nun lag die Sache aber so, daß nach Ablauf des Tarifvertrages der Arbeitgeberverband die Arbeiter ausprobierte, um sie zu einem neuen Vertrag zu zwingen. Die Arbeiter zogen die vertraglose Zeit vor, in der Hoffnung, es werde ihnen später gelingen, einen besseren als den angebotenen Vertrag durchzusetzen. Das Kammergericht entschied, die Bestrafung auf Grund des § 153 wäre zulässig, weil eben die Arbeiter diese Hoffnung, bei einem späteren Vertrage mehr zu erzielen, gehabt hätten. — Jede keine Kauferei zwischen Arbeitern wird als Ausfluß des sogenannten gewerkschaftlichen oder sozialdemokratischen Terrorismus beurteilt. In Hannover hat der erste Staatsanwalt die Anordnung getroffen, daß die Anwälte gegen jedes Urteil Berufung einlegen müssen, auch dann, wenn sie selbst Preisprechung beantragt haben! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das kann nicht zur Einschränkung der Prozesse beitragen.

Es ist hier das Wort

Klassenjustiz

gefallen. Ein Schlagwort ist es nur für diejenigen, die von dieser Justiz nicht getroffen werden, die Arbeiter aber fühlen die Klassenjustiz am eigenen Leibe. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In Düsseldorf kam es aus Anlaß eines Hiesenslegersverbandes zu einer Prügelei. Zwei Arbeitswillige kamen dem Unternehmer zu Hilfe. Es wurden von ihnen acht schwere Schläge abgegeben. Der Angeklagte hat Strafandrohung erhalten, der Staatsanwalt aber hat das Verfahren eingestellt: Es habe hier nicht genügend fest, wer geschlagen habe, auch sei anzunehmen, daß der Betreffende in Notwehr gehandelt habe. Bei Schädigung organisierter Arbeiter, wird eben immer Notwehr angenommen. Auch das Vergehen der Mäckermeister in Berlin, die sich zweifelloß gegen § 153 der Gewerbeordnung vergangen haben, wurde vom Staatsanwalt mit Notwehr entschuldigt. Ein anderes ungeheuerliches Urteil ist neulich ergangen. Der Vorstand eines christlichen Maurerverbandes hatte hinter dem Rücken der anderen Arbeitsherrverbände mit der Arbeitgebervereinbarung abgeschlossen, daß nur Angehörige des christlichen Arbeiterverbandes von den Arbeitgebern angenommen, diejenigen Arbeiter aber, die sich von anderen Arbeiterverbänden meldeten, zurückgewiesen werden sollten. Auf diese Weise ist es gekommen, daß die Arbeiter aus anderen Verbänden keine Arbeit bekommen konnten. Da haben einige Mitglieder des Maurerverbandes Verbandsschreiber der christlichen Organisation genommen und einen anderen Umschlag darum gelegt. Auf Grund dieses Umchlages sind sie in Arbeit genommen. Da hat der Staatsanwalt Klage wegen — „Urkundensalfschung“ erhoben und zusammen 1 1/2 Jahre Zuchthaus beantragt! (Hört!

Hört! bei den Sozialdemokraten.) Verurteilt sind diese Maurer, nachher wegen schwerer Urkundenfälschung, einer zu einem Jahre und einer zu zwei Monaten Gefängnis. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Derjenige, der zu einem Jahre verurteilt ist, ist sofort in Untersuchungshaft genommen. (Erneutes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Diese Arbeiter haben in Notwehr gehandelt! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie mühten das tun, um Arbeit zu erhalten. (Lachen rechts.) Diese Notwehr wird von ihnen aber nicht anerkannt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Solche Urteile steigern nicht die Achtung vor ihrer angeblich unparteiischen Justiz. Man kennt nicht das soziale Empfinden der breiten Schichten der Bevölkerung. Die Richter können sich gar nicht in die Lage eines Arbeiters versetzen, sie wissen nicht, daß der Arbeiter seine ganze Organisationsfähigkeit lediglich deshalb ausübt, um ein besseres Dasein zu erlangen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie als „Patrioten“ nennen gewiß denjenigen einen Schurken, der Hochverrat begeht oder das Vaterland verrät. Wenn Sie aber diejenigen, die Streikbrecher werden, als solche hinstellen, die Interesse verdienen, dann begehren Sie und mit ihnen die Staatsanwälte und Richter, welche das tun, eine tief bedauerliche Handlung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Diese Leute wissen ganz genau, daß sie den Schutz der Richter hinter sich haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In diesem Bewußtsein begehren sie dann alle möglichen Provoktionen gegen die organisierten Arbeiter. (Die Richter fucht den Knebel fortgerückt durch Zwischentruhe zu unterbrechen.) Dieser Schutz, den die Gerichte den Streikbrechern und Provokateuren des Reichsverbandes zuschicken lassen, erzieht diese Leute zur Charakterlosigkeit. (Lachhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Gerichte glauben immer nur den Schuldeuten. (Widerspruch rechts.) Ich will Ihnen dafür ein Beispiel aus Hannover vortragen. Dieser Fall zeigt, wie wenig angebracht es ist, den Zeugnissen der Schuldeute mehr zu glauben, als denen der Zivilisten: Mehrere Arbeiter sind nachts von einer Feilschkeit gekommen und haben gefungen. Die Schuldeute haben sie arretriert und auf der Wache blutig geschlagen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Einer von diesen Personen, ein Musiker, hat gegen die Schuldeute Strafantrag gestellt. Der Staatsanwalt hat das Einfacheit abgelehnt mit der Begründung, die Schuldeute bedenklichen glaubhaft, daß der Antragsteller seinerseits tötlich geworden sei und die Schuldeute sich nur gewehrt hätten; die Bekundungen seiner Begleiter wären nicht glaubhaft, weil sie sich selbst offenbar einer strafbaren Handlung schuldig gemacht hätten. Der Staatsanwalt sagt also: Alle Zeugen, die Sie angeben, sind verdächtig. Der Staatsanwalt hätte doch die Verpflichtung gehabt, zunächst einmal eine Untersuchung einzuleiten, um festzustellen, ob denn diese Zeugen wirklich verdächtig sind. Der Antragsteller hat darauf Beschwerde beim Oberstaatsanwalt erhoben, auch dieser hat abgelehnt und gleichzeitig mitgeteilt, daß gegen den Antragsteller Klage erhoben werden sollte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Jetzt hat der Staatsanwalt also den Spieß — wie gewöhnlich — umgedreht und Klage gegen denjenigen erhoben, der die Strafanzeige eingereicht hat. In der Klage heißt es noch: Der Beschuldigte bestreitet zwar, sich schuldig gemacht zu haben, das Gegenteil wäre aber durch die glaubwürdigen Angaben der Schuldeute bewiesen. Die übrigen Zeugen seien nicht glaubwürdig. Die Klage bemerkt schließlich, der Antragsteller habe wahrscheinlich, um den Verdacht von sich abzuwälzen, eine Anzeige erstattet. Diese „glaubhaften Aussagen“ der Schuldeute kamen nun auch vor die Strafkammer. Die Strafkammer sprach den Angeklagten aber frei. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Schuldeute haben auch als Zeugen wieder erklärt: „Wir haben nicht mityhandelt.“ Als dann aber zwölf bis fünfzehn Zeugen aufmarschierten, die Mißhandlungen bezeugten und der Vorsitzende den Schuldeuten sagte, wenn sie sich strafbar gemacht hätten, könnten sie die Aussage verweigern, da sagten sie: „dann verweigern wir!“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten. Unruhe rechts.) Das sind die „glaubhaften Aussagen“! Das Interessanteste ist, daß diese Schuldeute noch in Dienst sind und wahrscheinlich auch am Sonntag wieder mitygeschlagen haben. (Bewegung.) In einem anderen Prozeß hatten sie einen Arretanten ganz gehörig verprügelt. Es waren Zeugen da, die dies bezeugten, die Schuldeute schworen es ab. Auf Grund ihrer Aussagen ist der Arbeiter zu 1 1/2 Jahren verurteilt worden. Er sitzt im Gefängnis, obgleich die Schuldeute später zu 100 M. Geldstrafe wegen Mißhandlung verurteilt sind! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wie ganz anders man darüber in anderen Ländern denkt, zeigt eine Auslassung des „Hannoverschen Couriers“. Dort ist ausdrücklich festgesetzt, daß das englische Gericht keinen Unterschied zwischen dem Eid eines Schuhmannes und dem eines Untertanenverwandte verhandelt. Weit eher sei der englische Richter geneigt, dem Zeugnis des Schuhmannes zu misstrauen, weil er Fälle zu bekommen suchte. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Der Minister hat früher erklärt, daß diejenigen, die sich bei

Streikdemonstrationen

beteiligt hätten, bestraft werden sollten. Strafbar ist bei solchen Anlässen aber nicht das Publikum, sondern die Polizei. (Widerspruch rechts.) Wegen dieser mühte der Staatsanwalt wegen Mißbrauch der Amtsgewalt vorgehen. (Lach. Zustimmung bei den Soz.) Aber diejenigen, die geschlagen sind, werden ansindig gemacht und müssen nun noch eine Gerichtsverhandlung über sich ergehen lassen. In Hannover ist nur eine Stimme darüber, daß an den neuesten Vorgängen nichts schuld ist als die Notwendigkeit der Polizei. (Sehr richtig! bei den Soz.) Dort ist man — ein Gegenstand zum Eulenburg-Prozeß — rücksichtslos vorgegangen. Einen Mann, der Wundstieber hatte, hat man aus dem Bett gerissen und ins Gefängnis gebracht. Der Staatsanwalt sollte Anlaß nehmen, sich diejenigen anzusehen, die das Blutbad in Hannover angerichtet haben. (Lachhafte Zustimmung bei den Soz.) Die Justiz ist noch immer das fürchterliche Werkzeug der besitzenden Klassen, und die besitzenden Klassen ergreifen dieses Werkzeug rücksichtslos. Das hat auch ein konservativer Politiker, Richard Nordhausen, anerkannt. Der Ausspruch wird Sie interessieren, weil die Möglichkeit besteht, daß auch Sie einmal sich zu vernünftigen Anschauungen bekehren. (Lust rechts: Unmöglich!) Ich konstatierte, daß Sie eine Befehdung zu vernünftigen Anschauungen für unmöglich halten. (Weiterle.) Nordhausen erklärt, daß man bei Arbeitern vor Gericht kürzeren Prozeß mache. Das ist die Anerkennung der Klassenjustiz, die die Arbeiterschaft fühlt. Es gibt in Deutschland eine Anzahl von „Blutrichtern“ in den Strafkammern, vor denen sich jeder graut. Gewöhnlich sind das auch die Richter, die von sozialem Verständnis keine Spur haben. (Sehr richtig! bei den Soz.) Gabe der Minister Anweisung, daß die sozialen Verhältnisse in der Rechtsprechung berücksichtigt werden, dann würden Sie auch die Behauptung los, daß wir in Deutschland Klassenjustiz haben. (Lachhafte Weisheit bei den Soz.)

Justizminister Weseler: Herr Leinert hat eine Reihe von Einzelfällen vorgebracht in einer Form, die es mir zweifelhaft macht, ob er sich mit der Rechtspflege eingehend beschäftigt hat. (Weiterleil rechts.) Wir sind hier keine Verurteilungsinstanz. (Sehr richtig! rechts.) Weder ist noch das Haus können sich hier als Gerichtshof etablieren und Entscheidungen über gefällte Urteile treffen. Höchstens kann es darauf hinauslaufen, daß Herr Leinert für eine Person eine solche Instanz bildet. (Weiterleil rechts.) Herr Leinert wird die einzelnen Fälle nur vorgebracht haben, weil wir sie gar nicht nachprüfen können. Was er vorgetragen hat, sind lauter einseitige Behauptungen und Ansichten. Kein Richter der Welt würde danach sein Urteil fällen können. Die hannoverschen Prozesse schweben in der Hauptsache noch, so daß wir noch gar nichts darüber sagen können. In dem dort vorgekommenen Umzug möchte ich nur betonen, daß Streikdemonstrationen das Alerungslächste sind, was vorgenommen werden kann. (Zustimmung rechts.) Es ist im höchsten Grade zu bedauern, daß eine große Anzahl urteilsloser Leute sich so verfahren lassen.

Streikdemonstrationen sind ganz nutzlos und erfolglos. (!) (Erneute Zustimmung rechts.) Leider gelingt es fast nie, die zu ergreifen, welche die Umzüge hervorrufen. (Sehr wahr! rechts.)

Es können nur die vor Gericht gebracht werden, die auf der Strafe sind, und diese sind bestraft worden, wenn ihre Schuld festgestellt war. So wird auch in Hannover vorgegangen werden. Wer das aber veranlaßt hat, das wissen wir nicht; er hat sich bisher auch noch nicht gemeldet. (Weiterleil rechts.) Der Vorgang in Königsberg, der zur Verurteilung wegen Majestätsbeleidigung geführt hat, hat das patriotische Empfinden aller aufs schmerzliche verletzt. (Lachhafte Zustimmung rechts; Lachen bei den Soz.) Es war der Versuch gemacht worden, in sehr vorfächtiger Form diese kränkende, tief schmerzende Neuerung zu tun, ohne daß eine Strafe erfolgen könnte. Aber der Betreffende hat sich geirrt. Er war nicht vorfächtiger genug, und auch das Reichsgericht hat anerkannt, daß eine Verurteilung mit vollem Recht erfolgte. Ich sehe das als eine durchaus glückliche Lösung dieses höchst unerfreulichen Vorganges an! (Lachhafte Weisheit rechts.)

Abg. Stroffer (Konf.): Von den Jugendgerichten sind wir nicht so begeistert wie Herr Leinert. Von einer Klassenjustiz ist keine Rede. Die Behandlung der Strafangelegenheiten ist, von einzelnen Mißgriffen abgesehen, eher zu gut als zu schlecht! (Abg. Hoffmann (Soz.): Versuchen Sie es doch einmal! Weiterleil) Den Terrorismus der organisierten Arbeiter nennen die Sozialdemokraten immer Notwehr, wenn aber ein Arbeitswilliger sich gegen die Terroristen lehrt, so erkennen Sie keine Notwehr an. (Widerspruch bei den Soz.) Es ist nicht richtig, wenn Herr Leinert sagte, der Eid der Schuldeute gelte vor Gericht mehr als der der Zivilisten. Freilich sollte er mehr gelten als der eines Sozialdemokraten, denn die sozialdemokratische Presse ist es, die die Heiligkeit des Eides untergräbt. (Lachhafte Widerspruch bei den Soz.) In der „Leipziger Volkszeitung“ habe ich selbst gelesen, aber die Mißverständnisse des Eides brauchten die Sozialdemokraten nicht zu stolpern. (Jurist bei den Soz.: Wann war das?) Als es sich um die Frage handelte, ob die Sozialdemokraten den Treueid als Landtagsabgeordneter leisten dürften. (Jurist des Abg. Hoffmann: Wir wären Narren, wenn wir den Eid nicht leisteten!) Dieses Jugendurteil, Herr Hoffmann, ist mir sehr willkommen; es beweist, wie Sie den Eid bewerten. (Lachen bei den Soz.) Gegen Hoheitsvergehen ist die Prügelstrafe die einzig richtige. (Weisheit rechts. Abg. Hoffmann: Sie mühten dann die erste Portion bekommen! Große Heiterkeit.)

Darauf vertagt sich das Haus. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Leinert: Herr Stroffer meinte, ich sei für Jugendgerichte eingetreten, weil den Amtsrichtern dadurch wieder ein Teil ihrer Tätigkeit genommen werde. Das habe ich deshob nicht gesagt, weil ich weiß, daß die Amtsrichter Vorsitzende der Jugendgerichte sind, während das Herr Stroffer nicht weiß. (Sehr gut und Heiterkeit bei den Soz.)

Abg. Stroffer (Konf.): Herr Hoffmann hat mit seinem geschmackvollen Jurist, ich mühte die ersten Prügel haben, dokumentiert, daß er ein eifriger Vertreter der Prügelstrafe ist. (Weiterleil rechts.)

Abg. Hoffmann (Soz.): Wenn Herr Stroffer sagt, ich hätte mich durch meinen Jurist als Anhänger der Prügelstrafe entpuppt, so ist das nicht ganz richtig, weil ich die Ueberzeugung habe: Wenn er die erste Portion bekommt, wird er zum Gegner der Prügelstrafe werden. (Große Heiterkeit.)

Nächste Sitzung: Montag 11 Uhr. (Zweite Beratung der Besoldungsgesetze der Lehrer und Lehrerinnen und Geistlichen.)

Schluss 5 1/2 Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Dernburgs Märchen.

Es war schon eine respektable Leistung, aus einer verlorengegangenen Dattelkiste Dattelwälder ersiehn zu lassen. Aber dieses Dernburgische Phantasieprodukt hatte für die Interessenten wenig materielle Erfolge. Die kritische, stauende Bewunderung, die das Dattelkistenmärchen bei den als Jubelher begnadeten Professoren auslöste, nützte den Gründern und Vorsehmännern nichts! Der Kurs der Kolonialwerte muß steigen, anders hat der ganze Stempel keinen Wert. Da kamen die Diamanthand-Geschichten. Das war eine andere Sache! Das Publikum spitzte die Ohren, wurde neugierig und spielsüchtig. Das gab die rechte Stimmung für eine anständige Kolonialhauffe. Dernburg war ganz Enthusiast. Fast sah er Diamanten an seinen erträumten Dattelbäumen hängen. Vor seinem geistigen Auge wandelten die Sandwästen sich in ein Märchenland. Und er erzählte! Erzählte von unermesslichen Mineralreichtümern, von Reichthümern, die aus den Kolonien zu holen seien. Das Publikum war für eine Houise präpariert. Sprunghaft schnellten die Kurse der Diabi-Anteilsscheine in die Höhe. Ein Bombengeschäft für die Verkäufer. Und die Käufer? Es werden keine freudlichen Gesichter sein, die sie für Dernburg hegen. Der Kägenjammer nach dem Kauf ist schon da. Wie eine kalte Dusche wird die Feststellung wirken, daß Dernburgs sachliche Angaben, die den Kursaufstieg veranlaßten, falsch waren; objektiv komplett falsch! Nach dem Bericht im „Reichsanzeiger“ (30. Januar) erzählte Herr Dernburg folgendes:

„Als die Diabi-Anteilsscheine vor 1 1/2 Jahren in Hamburg zu 100 M. oder so etwa eingeführt sind, war Kupfer 100; wie sie im vorigen Jahre auf 99 1/2 heruntergegangen sind, war Kupfer 40, und jetzt ist es wieder auf 60 gestiegen, und ich nehme an, daß dadurch ein erheblicher Teil der Kurssteigerung zustande gekommen ist.“

Die Behauptungen sind alle so wahr wie die — Dattelkisten-geschichte wahr ist. Wie die „Vant. u. S.-Ztg.“ feststellt, notierte Kupfer damals, als die Diabi-Anteilsscheine eingeführt wurden, nicht 100, sondern 107.

Es ist auch nicht wahr, daß Kupfer 40 stand, als die Diabi-Anteile auf 99 1/2 an der Hamburger Börse heruntergegangen waren, sondern der Stand für Kupfer war damals (Ende Januar 1903) 61 1/2 Pf. Sterl. in London.

Augenblicklich steht Kupfer in London 68 Pf. Sterl. pro Tonne. Es ist also nicht wahr, daß der Kupferpreis jetzt gestiegen sei, sondern im Gegenteil, er ist niedriger als zu der Zeit, als die Diabi-Anteile 99 1/2 standen.

Ein Preis von 40 ist überhaupt nur einmal, nämlich im Jahre 1894, vorgekommen.

Wäre Dernburg noch Vandaldirektor und hätte er als solcher durch seine Erzählungen Papierchen mit guten Profitten an den Mann gebracht, würde er wohl des Betruges und des Schwindels angeklagt werden. Als unberantwortlicher, kolonialberauschter Staatssekretär, dessen lebhaftes Phantasie eine Quasse inszenierte, ist er jedoch der Anerkennung der Kolonialgründer sicher. Auch ein Erfolg!

Große Berliner Straßenbahn. Der Aufsichtsrat der Großen Berliner Straßenbahn beschloß der zum 6. März d. J. einzuuberufenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 8 1/2 Proz. nach angemessenen Abschreibungen und Rückstellungen in Vorschlag zu bringen.

Amlicher Marktbericht der südlichen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Freitag; Zufuhr schwach, Geschäft still, Preise unverändert. Milch: Zufuhr genügend, Geschäft nicht lebhaft genug, Preise nachgebend. Geflügel: Zufuhr in Vöthern und Gänzen reichlich, sonst nicht genügend, Geschäft schleppend. Rindfleisch: Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft lebhafter, Preise für Butter anhebend. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft schleppend, Preise kaum zu beschnitten.



A. JANDORF & Co

Spittelmarkt Belle Alliancestrasse Grosse Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser Damm

Montag, Dienstag, Mittwoch - Soweit Vorrat

Wirtschaftsartikel

Haarbesen 48, 75, 90 Pl.	Stahlspäne Paket 15 Pl.	Trailenstühle gestrichen und lackiert 2.95	Brotkorb Korbgeflecht, mit Nickelrand u. Majolika-Einlage 95 Pl.
Handfeger 30, 38, 48 Pl.	Waschständer ... 75, 95, 1.10	Kohlenkasten Holz mit Deckel... 95, 1.85, 2.45, 2.95	Teeeier vernickelt, mit Kette ... 20 Pl.
Rosshaarbesen ... 95, 1.35, 1.65	Waschtische lackiert, viereck. 1.95, 2.45, 2.75	Küchentische mit Muschelaufsatz, gestrichen u. lackiert 5.95	Teeglashalter vernickelt mit Glas 45, 75, 95 Pl.
Rosshaarhandfeger 55, 65, 85 Pl.	Vorratsbüchsen Delftmuster 18, 25 Pl.	Handtuchhalter ... 95, 1.25, 1.65	Tablett vernickelt, mit 2 Griffen 95 Pl.
Schrubber 18, 25, 30 Pl.	Stahlpfannen rund, m. Stiel 48, 52, 58 Pl.	Presskohlschränke 4.95	Bestecke Stahl vernickelt ... Paar 42 Pl.
Staubwedel 20, 30, 42 Pl.	Fleischhackmaschinen 2.75, 3.95	Putzschränke ... 2.45, 3.75, 4.95	Teelöffel Britannia 6, 8, Alpaka 16 Pl.
Staubwedel (Straussfedern) 95 Pl.	Messerputzmaschinen mit 2 Rädern, auf Brett 5.75	Marknetze 10 Pl.	Esslöffel Britannia 10, 12, 15 Pl.
Ledertücher 95 Pl.	Messerputzschmirgel Dose 20 Pl.	Marktkörbe mit emailliert. Einsatz 1.45	Esslöffel Alpaka 32 Pl.
Kleiderbürsten 95, 1.25	Strahlregler 5 Pl.	Hammer oder Zangen .. Stück 35, 45 Pl.	Brotmesser 42 Pl.
Haarbürsten 95, 1.25	Fussbänke 42, 75 Pl.		Büchsenöffner 8, 25 Pl.

Selten günstige Gelegenheit

2 Waggon Emaille

braun, neublau, weiss oder grau

Bratpfannen 15, 20, 25, 28, 35 Pl.	Küchenschüsseln... 20, 22, 28, 32 Pl.	Kessel für Feuerung..... 1.25, 1.45, 1.65
Schmortöpfe 25, 33, 48, 60, 70 Pl.	Becher 8, 10, 12 Pl.	Durchschläge 48, 60, 75 Pl.
Kasserollen 15, 20, 25, 30, 38 Pl.	Kaffeekannen..... 38, 48, 60 Pl.	Müllschippen 35, 45 Pl.
Maschinentöpfe mit Griffen 45, 60, 75 Pl.	Wasserkannen, Porzellanform. 75, 85 Pl.	Ascheimer 1.05, 1.20, 1.35
Nudelpfannen..... 18, 25, 35, 45 Pl.	Topfdeckel 10, 12, 14, 16, 18, 20 Pl.	Eimer ca. 28 cm 68, 78 Pl.
Teller 6, 10, 12 Pl.	Fülllöffel 10, 12, 15 Pl.	Toilette - Eimer mit Einsatz u. Korbenkel 2.75
Kummen..... 5, 6, 8, 10, 12 Pl.	Schaumlöffel 10, 12 Pl.	Eimer ff. dekoriert, mit Deckel, Messingbügel und Knopf 2.45, 2.95

Porzellan

weiss

Speiseteller flach, glatt oder gerippt 15, tief 18 Pl.
Dessertteller verschiedene Formen 5, 8, 10 Pl.
Kompotteller verschiedene Formen 4 Pl.
Bratenplatten oval 18, 25, 30, 38 Pl.
Bratenplatten oval, ca. 40 cm 95, ca. 50 cm 1.45
Gemüseschüsseln rund..... 25 Pl.
Saucieren 38, 45 Pl.
Kartoffelschüsseln mit Deckel 48, 65 Pl.
Suppenterrinen 95 Pl.
Salatschüsseln..... 28, 35, 58 Pl.
Fruchtschalen auf Fuss ... 38, 55 Pl.
Kaffeetassen mit Untertassen. 8, 10 Pl.
Milchtöpfe 7, 10, 15, 18 Pl.
Kaffeekannen 38, 45 Pl.
Zuckerdosens mit Deckel..... 8 Pl.

30,000 GLAS-ARTIKEL

Besonders preiswertes Angebot

Weinblätter 5, 8, 25 Pl.	Brotkörbe rund..... 25 Pl.
Dessertteller 5, 6, 10 Pl.	Käseglocken mit Teller... 28 Pl.
Kompottschalen 5, 6, 10 Pl.	Likörsätze m. Goldrand, 8 Teile 1.20
Salatschüsseln Satz 6 Stück 98 Pl.	Aufsätze mit Vase..... 1.20
Sturzflaschen m. Glas, farb. 20 Pl.	Käseglocken Olivenschliff.. 58 Pl.
Teebecher mit Bordüre 12 Pl.	Dessertteller Olivenschliff 20, 25 Pl.

Porzellan

dekoriert

Kaffeekannen mit Goldrand 48, 60, 75 bis 1.35
Teekannen mit Goldrand 85, 1.05, 1.65
Milchtöpfe mit Goldrand, m. Untertassen und Goldrand 15, 22, 28 bis 55 Pl.
Kaffeetassen mit Frucht- oder Zweigdekor 18, 20 Pl.
Dessertteller mit Frucht- oder Zweigdekor 18 Pl.
Salatschüsseln rund..... 25 Pl.
Milchtöpfe ca. 3-4 Liter Inhalt ... 20 Pl.
Satztöpfe Satz 6 Stück 98 Pl.
Butterglocken 48, 68 Pl.
Kuchenteller mit Henkel 28 Pl.
Tafel-Service 12.50 f. 6 Pers., 23 Teile, m. Goldrand
5 Teile, extra grosse Form 8.50

Steingut

Speiseteller flach oder tief..... 9 Pl.	Wasserkannen 48 Pl.
Dessertteller 7, 8 Pl.	Toilette-Eimer mit Einlage und Bügel 2.45
Milchtöpfe mit Schrift 15, 22, 38 Pl.	Seifen- oder Zahnbürstenschalen 5, 8 Pl.
Salatschüsseln Satz 7 Stück 98 Pl.	

Waschgarnituren 4 Teile 1.65, 5 Teile 2.45, 2.90, 3.85, 4.25, 5.25

Kaffeesevice ff. dekoriert 8 Teile 2.25, 9 Teile 2.65, 15 Teile 5.75

Sophien-Säle Sophienstraße 17/18
Querstraße der Rosenthaler Straße am Hackeschen Markt

Inhaber: **Paul Bantz**
empfiehlt seine von 60-2000 Personen fassenden Säle zu Veranstaltungen, Borträge u. Kunstausstellungen usw. Borzigtel. Anstalt. Entgegenkommen.

Strahlendorffs Handelsschule
Berlin SW19, Beuthstr. 11, am Spittelmarkt, I. II. III. Etage

Die neuen Schulkurse zur Ausbildung für den kaufmännischen Beruf beginnen am 5. April.
Herren und Damen getrennt.

Man verlange ausführlichen, illustrierten Lehrplan unentgeltlich.



Singer A 75.00
Naumann - Bobbin, Pfaff, Adler
näht vor- u. rückwärts. Auch ohne Anzahlung.
1.00 wöchentlich.



Brennabor etc.
13.50, 18-73.00.

S. Kaliski frühere **Baby** Firma

tätig in der Nähmaschinenbranche seit zirka 30 Jahren.
Spezialhaus für Nähmaschinen, Kinderwagen und Metallbettstellen.

1. Kleiststr. 21, am Wittenbergplatz.
2. Brunnenstr. 173, a. d. Invalidenstr.
3. Chausseestr. 80, a. d. Boyenstr.
4. Brunnenstr. 92, a. d. Ringbahn.
5. Schönhauser Allee 115, a. Ringbahn.
6. Frankfurter Str. 115, a. d. Andreasstr.
7. Oranienstr. 2a, an der Hochbahn.
8. Belle Alliancestr. 107, a. Hallesch. Tor.
9. Beusselstr. 12, an der Turmstr.
10. Rixdorf, Houterstr. 66.
11. Spandau, Havelstr. 20.

Feste u. billige Kasapreise für Wagen u. Bettstellen, die nur ich bei dem enormen Umsatz machen kann, auch bei 2-3 Rabat.
Liefer. d. Post-Spar- u. Lehrerverein, Bezirksv. Norden etc.
Auf Wunsch kommt Vertreter mit Katalog.
Reparaturen in u. außer dem Hause.



Als Spezialität hochbez. versenkbar, ohne Aufschlag.
Singer B 105.00, Schwingschiff 120.00, Bobbin 145.00
Bei Barzahl. hoch Rabatt
Näh- u. Stickunterricht



8.10-55.00

Mühlhauser Kautabak
von Hugo Karl Hagenbruch, Mühlhausen (Thüringen).

Vertreter: August Kleinert, Berlin SW.
Hmt 6, 10 560. Großbeerentruhe 39.

Rauchen Sie **Phänomen** Zigaretten!

Devise: Qualität ist die beste Empfehlung
Garantiert feinste Handarbeit.

Literarische Rundschau.

Ein neues Buch über die französische Revolution.

Aus der Betrachtung der großen Revolution Frankreichs, die 1789 begann, entsprang die Auffassung, daß die gesellschaftliche Entwicklung ein Produkt von Klassenkämpfen sei. Auch die vornehmsten Ideologen, die in dieser Revolution nur eine Folge philosophischer Lehren sahen, konnten nicht umhin, den Kampf der Stände zu bemerken, der in ihr zum Austrag kam. Dieser blühende Historiker sah bald, daß die Kämpfe widerstreitender Interessen die eigentliche Triebkraft der Revolution bildeten. Es war nicht schwer, sobald man auf Grund dieser Einsicht andere Perioden der Weltgeschichte untersuchte, auch dort unter der Hülle gegenständlicher Ideen die Gegenstände ihres materiellen Inhalts zu entdecken. So wurde schon vor Marx die Erkenntnis geboren, die Geschichte der Menschheit sei eine Geschichte von Klassenkämpfen.

Aber diese Erkenntnis nahm nur zu leicht den Charakter einer bequemen Schablone an, als sei die Gesellschaft stets bloß in zwei Lager geteilt, die sich bekämpfen, etwa Adel und Volk, oder Reiche und Arme, und als genüge es, diese Tatsache zu konstatieren, um den Schlüssel zu der gesamten Geschichte der Menschheit und auch zu unserer Politik in der Tasche zu haben.

Diese Auffassung eines vulgärmarxistischen, die von der vulgärökonomischen Marginalität als die marxistische hingestellt wurde, ging vom ersten Augenblick aus, erwiderte sich aber als trügerisch, wie so mancher Augenwinkeln. Sie ist nicht marxistisch, sondern vormarxistisch; gerade Marx war es, der sie überwand, indem er uns durch seine ökonomische Kritik eine tiefere Erkenntnis des Wesens der Klassen und damit des Klassenkampfes erschloß.

Für den ersten Augenschein sind die Unterschiede der Klassen Unterschiede entweder in der rechtlichen Stellung oder in der Einkommenshöhe der verschiedenen Bevölkerungsschichten. Aber diese Unterschiede reichen nicht aus, die Klassenunterschiede zu erklären, ja, sie können sehr oft irreführen. So fühlen sich z. B. die kleinen Unternehmer mit den größten Industriellen den Lohnarbeitern gegenüber sehr oft solidarisch, auch wenn sie diesen im Einkommen weit näher stehen als jenen. Andererseits können bei gleicher Einkommenshöhe zwischen den Kapitalisten selbst erhebliche Differenzen bestehen, z. B. zwischen den Geldverleihern und den Kreditbrauchenden Industriellen; den schutzlosen Industriellen und den freihändlerischen Kaufleuten, ja selbst innerhalb der Industriellen etwa zwischen den Metallindustriellen und den Textilindustriellen usw.

Nicht die Einkommenshöhe und auch nicht die rechtliche Stellung im Staate entscheidet in letzter Linie über die Stellung der Klassen zu einander, sondern die Einkommensquelle, die ihrerseits wieder abhängt von der Stellung der Klasse im Produktionsprozess. Diesen gibt es in allen seinen Einzelheiten für eine gegebene Zeit aufzudecken, will man die gesellschaftliche Entwicklung und die gesellschaftlichen Kämpfe jener Periode verstehen, eine keineswegs einfache Aufgabe und durchaus nicht jene bequeme Schablone, als die unsere Geschichtsauffassung jenen weisen Kritikern erscheint, die nie versucht oder nie vermocht haben, sie richtig anzuwenden.

Gerade weil die materialistische Geschichtsauffassung keine einfache Schablone ist, die beliebig konstruieren ins Blaue hinein gestattet; weil sie ein tieferes Eindringen in die Verhältnisse einer Zeit erfordert, deshalb ist die Zahl von Geschichtswerken auf dieser Grundlage noch so gering und ist die so viel verlangte materialistische Universalgeschichte immer noch ein bloßer Traum.

Die französische Revolution bot den Anstoß zur materialistischen Auffassung der Geschichte. In dieser Revolution entsfalteten sich zuerst in voller Deutlichkeit ohne religiöse Verbrämung die Klassenunterschiede der bürgerlichen Gesellschaft, die heute noch in ihr im vollsten Maße fortwirken. Schon vor sechs Jahrzehnten war die materialistische Geschichtsauffassung in meisterhaften Darstellungen entwickelt worden — so von Engels in seiner „Lage der arbeitenden Klasse in England“ 1845, von Marx in seiner „Revolution und Konterrevolution in Deutschland“, 1851 und 1852, seinem „Achtzehnten Brumaire“, 1852. Trotzdem fehlte uns bis jetzt eine Geschichte der französischen Revolution auf der Grundlage der materialistischen Geschichtsauffassung.

Eine kurze Skizze davon gab ich in meinem Schriftchen über „Die Klassenunterschiede im Zeitalter der französischen Revolution“, einer Gelegenheitsarbeit, die 1889 zur Jahreshunderfeier des Beginns der Revolution erschien. Gerade zwei Jahrzehnte dauerte es, bis der zweite Schritt auf diesem Gebiete gemacht wurde. Allerdings ist dieser Schritt ein gewaltiger, der uns erheblich weiter bringt.

Was uns Genosse Cunow in seinem jüngsten Buche bietet, ist weit mehr, als der Titel verspricht: „Die revolutionäre Zeitungsliteratur Frankreichs während der Jahre 1789—1794, ein Beitrag zur Geschichte der französischen Klassen- und Parteikämpfe am Ende des 18. Jahrhunderts“. Es ist kein „Beitrag“, sondern eine grundlegende Arbeit, und nicht bloß die Zeitungsliteratur der Revolution wird hier behandelt, sondern es wird gezeigt, wie sich die wichtigsten Parteien, die entscheidendsten Kämpfe der Revolution in ihrer Zeitungsliteratur spiegeln, wie aber ihre letzten Gründe in den Klassenunterschieden wurzeln, die aus den damaligen Produktionsverhältnissen und ihren Wandlungen entspringen.

Dieser „Beitrag“ verbreitet weit mehr Klarheit über das Wesen jener gewaltigen Umwälzung, als irgend eines der herkömmlichen Geschichtswerke, die keine Beiträge sein, sondern allumfassende Darstellungen geben wollen.

Allerdings kann man den Wunsch nicht unterdrücken, Genosse Cunow möge bald Gelegenheit finden, sein Buch zu einer Gesamtdarstellung der Revolution zu erweitern. Wohl ist es für jeden Leser verständlich, aber vollen Nutzen wird nur derjenige aus ihm schöpfen, der schon die Ereignisse der Revolution kennt. Dem es möglich ist, der sollte, bevor er an Cunow herangeht, eine oder die andere Schrift über die Revolution vorher lesen, etwa Ploss' „Geschichte der französischen Revolution“, oder den noch immer recht brauchbaren Pignet. Er wird dann das Cunow'sche Werk erst vollständig zu würdigen vermögen.

Nicht minder fruchtbar, wie der Standpunkt des historischen Materialismus, der den Verfasser treibt, überall den bewegenden

Produktionsverhältnissen nachzuforschen, erweist sich für ihn kein Quellenmaterial, die Zeitungen und Zeitschriften des revolutionären Frankreichs. Für die herkömmliche Geschichtsschreibung der Revolution konzentriert sich ihr ganzes Interesse auf die parlamentarischen Verhandlungen und Intrigen. Auch da herrscht eine Art parlamentarischen Aktivismus.

Nun ist ja die Staatsgewalt im Leben der Völker unter den vielen einzelnen Faktoren, die es bestimmen, sicher der stärkste, aber doch nur einer unter den vielen. Und gerade in den Organen der Staatsgewalt, den Regierungen und Parlamenten, kommen alle die unzähligen Schattierungen der Klassenunterschiede, die das gesellschaftliche Leben bestimmen, verworren und unbestimmt, oft auch verlogener zum Ausdruck, als sonst wo. Wohl sind die Regierungen nur die Kommissare der herrschenden Klassen, aber sie bleiben in ihrem Handeln abhängig von ihrem Regierungsapparat, der Bureaucratie, die oft ein recht selbständiges Leben entwickelt; und sie sind darauf angewiesen, nach einer breiten Basis zu streben; wo sie mit Parlamenten zu tun haben, nach einer großen und sicheren Majorität, die sie nur dadurch erlangen, daß sie möglichst verschiedenartige Interessen unter einen Hut bringen, die verschiedenen Gegenstände innerhalb der herrschenden Klassen möglichst ausgleichen.

Andererseits muß auch die Opposition nach möglicher Geschlossenheit trachten, will sie der Regierung imponieren. Wie die Regierung, muß auch jeder Parteiführer danach streben, alle Nuancen, Verschiedenheiten und Gegenstände innerhalb seiner Fraktionsgenossen im Parlament möglichst auszugleichen.

Aber schon der Modus der Erwählung des Parlamentarier treibt diesen oft, dem Standpunkt der Klasse, die er vertritt, seine Schrägheit zu nehmen. Die Wähler rekrutieren sich ja aus allen Klassen. Freilich bezeugt die Wahl, welche Klasse unter den Wählern die Mehrheit besitzt oder beherrscht, aber die Klassen sind in Wirklichkeit nicht streng von einander geschieden, es gibt zahlreiche Zwischenstufen und Uebergänge, die tatsächlich den Ausgang der Wahl in vielen Wahlkreisen entscheiden. Je mehr der Kandidat von ihnen gewinnt, desto besser seine Aussichten. Um diese Zwischenstufen wird in den Wahlgängen hauptsächlich gekämpft. Das treibt viele als Kandidaten und später als Parlamentarier, von jeder schroffen Betonung besonderer Klasseninteressen abzusehen. Ramentlich gilt das für Zeiten und Länder, wo keine geschlossenen Parteiorganisationen mit bestimmten Programmen bestehen.

Für die Presse sind diese Gründe der Verwässerung und Vertuschung der Klassenunterschiede und Gegenstände weit weniger wirksam, ausgenommen die großen Tagesblätter, die es aber zur Zeit der großen Revolution noch nicht gab. Jede Schattierung der Klasseninteressen, die bedeutend genug ist, eine historische Wirkung zu entfalten, findet auch ein Blatt, das sie vertritt. In der Presse kommt das innere Leben der Parteien, kommen die Verschiedenheiten und Wandlungen innerhalb der großen Klassen, die für das politische Leben so wichtig sind, viel klarer zum Ausdruck, als in den Parlamenten. Man braucht dabei nur an unsere eigene Partei zu denken. Wer vermöchte ihre Geschichte zu schreiben, bloß auf die Reichstagsverhandlungen hin? Ohne Kenntnis der Zeitungen der Partei und der Gewerkschaften wird man ganz schiefe Vorstellungen von der Entwicklung der Sozialdemokratie bekommen. Seit mehr noch aber gilt das für die Parteien der französischen Revolution. Die deutsche Sozialdemokratie betont die Klasseninteressen sehr stark, dank ihrer marxistischen Bildung und den Jahrzehnten politischen Lebens, die Deutschland durchgemacht, ehe sie zur Kraft gelangte. Zur Zeit der französischen Revolution boten weder Erfahrung noch Theorie Anhaltspunkte zur bewußten Hervorhebung der Klasseninteressen, geschah deren Vertretung fast nur instinktiv. Da kamen sie in den Parlamenten noch weniger offen zum Ausdruck als heutzutage, da wird die Presse für das Verständnis der Parteien noch wichtiger.

Durch seinen Standpunkt und sein Quellenmaterial wird Cunow in Stand gesetzt, vieles klar zu sehen, woran sich die herkömmliche Geschichtsschreibung hilflos abmüht. Sie erkannte gerade noch die Gegenstände zwischen Adel und Weisheit auf der einen Seite und dem dritten Stand auf der andern, so wie dann innerhalb des letzteren die Gegenstände zwischen der Gironde und der äußersten Linken, dem „Verg“. Aber selbst die Gegenstände erscheinen bei ihr sehr schiel, namentlich erhält der Verg meist eine proletarische Färbung, die ihm gar nicht eigen war — ganz abgesehen von gutgeformten deutschen Geschichtsschreibern wie Sybel, der im Voltgeizne schreibt und die Jakobiner einfach zu Anarchisten stempelt. Jedoch auch ernsthafteren und unbefangeneren Historikern blieben die Kämpfe innerhalb der äußersten Linken des Konvents, zwischen Dantonisten, Hebertisten, Robespieristen, ein Rätsel. Hier sah man nicht als persönliche Unterdrücklichkeit, Herrschsucht, sinnlosen Blutdurst. Meines Wissens ist Cunow der erste, der diese Gegenstände klar und einwandfrei als Klassenunterschiede zur Darstellung gebracht hat. Aber auch die anderen, früher schon erkannten Klassenunterschiede kommen bei ihm klarer und bestimmter zum Ausdruck als sonst.

Und nicht bloß die einzelnen Parteien und Parteilagen werden uns bei Cunow völlig begrifflich, auch die einzelnen Personen werden uns nun nähergerückt und leichter verständlich. Sie schweben nicht mehr in der Luft allgemeiner, abstrakter Ideen, die sie repräsentieren, sondern gewinnen festen Boden unter den Füßen, den Boden bestimmter Klassen, aus denen sie hervorgehen oder denen sie sich zugesellen, weil sie sich mit ihnen verwandt fühlen. Ihre Eigenart, soweit sie historische Wirkung hat — und nur insofern braucht sie uns zu beschäftigen — wird jetzt durch die Eigenart der Klasse erklärt, die sie bildete oder anzog.

Als Sozialist und historischer Materialist gewinnt Cunow aber auch eine Unbefangenheit gegenüber diesen Personen, die den auf dem Boden der bürgerlichen Wissenschaft stehenden Historikern völlig mangelt, nicht bloß den Reaktionen, sondern auch den Revolutionären. Die einen wie die anderen sehen in den Kämpfen von heute, an denen sie selbst teilnehmen, bloße Fortsetzungen der Kämpfe der Revolution, sehen dort auf der einen oder der anderen Seite ihre Parteigenossen und fühlen sich gedrängt, diese zu preisen und deren Gegner zu brandmarken. Aber wenn es auch richtig ist, daß in der französischen Revolution schon die Keime zu allen Parteien austraten, die heute noch im Staate um die Macht ringen, so gilt das noch nicht für eine: die Partei des Klassenbewußten Proletariats, die Sozialdemokratie; und ebenso findet man in der Revolution allerdings schon alle Klassen, die heute in der Gesellschaft um möglichst großen Anteil am gesellschaftlichen Produkt kämpfen, nur eine nicht: das großindustrielle Proletariat. Ein Sozialdemokrat kann daher unbefangener die Kämpfe der Parteien und Klassen jener Zeit untersuchen,

die Partei und Klasse, für die er eintritt, sind dabei nicht beteiligt. Seine Unbefangenheit ist umso größer, wenn er als Marxist in dem Einzelnen nur das Produkt der Verhältnisse sieht, so daß er ihn zu begreifen, nicht zu beurteilen sucht.

Als Kämpfer können freilich auch wir Marxisten nicht umhin, Urteile zu fällen. Aber sie gelten nur der Gegenwart und der Zukunft, nicht der Vergangenheit. Hier sehen wir nur Notwendigkeit, die wir zu begreifen, von der wir zu lernen haben.

Dank dem ist es Cunow gelungen, den Männern der Revolution mit einer Unbefangenheit entgegenzutreten, zugleich aber auch mit einem Verständnis wie kaum ein anderer Geschichtsschreiber der Revolution. Auch hier wieder erscheinen besonders bemerkenswert seine Darstellungen von Männern der äußersten Linken, die uns ohne jede Bewußtheit, aber auch ohne verschämende Schminke vorgeführt werden. Die Charakterisierungen Combes, Desmoulins, Marats, Heberts sind unübertrefflich durch ihre Bestimmtheit und Schärfe und durch ihre Verknüpfung mit den Klassen, denen sie dienen. Dank dieser Verknüpfung wird uns ebenso der Mann wie die Bewegung, in der er wirkt, anschaulich näher gebracht.

Das Buch Cunows bedeutet eine wertvolle Bereicherung unserer historischen Literatur, aber nicht minder unserer politischen. Er verfolgt mit ihm wohl den gleichen Zweck, wie ich vor zwanzig Jahren mit meiner schon erwähnten Schrift über die französische Revolution, in deren Vorwort (zur 2. Auflage) ich sage:

„Sie wollte nicht bloß der Verfassung der Theorie, sondern auch der der Praxis des Klassenkampfes entgegenwirken, indem sie zeigte, daß die sozialistische Politik sich nicht damit begnügen darf, den Klassenunterschied zwischen Kapital und Arbeit im allgemeinen zu konstatieren, daß sie den ganzen sozialen Organismus in allen seinen Details durchforschen muß, da unter diesem großen Gegensatz noch zahllose andere in der Gesellschaft bestehen von geringerer Bedeutung, die aber nicht übersehen werden dürfen und deren Verständnis und Ausnutzung die proletarische Politik bedeutend erleichtern und viel fruchtbarer machen kann.“

Schon Marx und Engels legten auf das Verständnis und die Anwendung aller dieser Unterschiede den größten Wert. Darum bekämpften sie auch das lassalische Wort von der „einen reaktionären Masse“, weil sie fürchteten, daß dadurch die schablonenhafte Auffassung des Klassenkampfes gefördert würde, als träten in ihm von vorneherein zwei geschlossene Massen einander gegenüber.

Aus Cunows Buch können wir in dieser Beziehung sehr viel lernen, was die Auffassung unserer eigenen Kämpfe zu vertiefen vermag.

Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß, abgesehen von der Sozialdemokratie und dem großindustriellen Proletariat, es dieselben Parteien und Klassen waren, die sich heute in Staat und Gesellschaft rühren, die während der großen Revolution in der schärfsten Weise miteinander kämpften. Unerwartet, ohne lange Vorbereitung, einander zu einem Ringen auf Leben und Tod gegenüber gestellt, entfalteten sie ihre Tendenzen mehr, als sie es in normalen Zeiten zu tun pflegen. Nirgends kann man sie besser studieren wie zur Zeit der französischen Revolution. Freilich gehört dazu ein Führer wie Cunow, der unter den hochtönenden Phrasen der Schöndreier die wirklichen Handlungen der Parteien und Klassen aufzeigt. Jene sonderbaren Kräfte unter und Sozialisten, die noch immer von einem dem Proletariat entgegenkommenden Bürgertum träumen, mögen bei Cunow nachsehen, wie sich schon vor mehr als hundert Jahren das revolutionäre vollkräftige Bürgertum nicht etwa einem politisch selbständigen Proletariat, sondern einem ganz in bürgerlichen Anschauungen befangenen Kleinbürgertum gegenüber angloos absetzend oder brutal niedererschlagend verhielt.

Das geschah damals, wo die Bourgeoisie noch radikal und revolutionär dachte.

Zum Verständnis unserer Gegner ist das Verständnis der französischen Revolution unentbehrlich. Aber auch zum Verständnis des proletarischen Klassenkampfes wird das Buch Cunows viel beitragen, freilich nicht durch die Tatsachen, die es berichtet, sondern durch seine Methode und seine allgemeinen Schlüsse.

Da es zur Zeit der französischen Revolution noch kein Klassenbewußtes Proletariat gab, können auch die Erscheinungen, die den proletarischen Klassenkampf besonders kennzeichnen, in ihr nicht direkt beobachtet werden. Nur Analogieschlüsse sind von ihr für heute möglich, bei denen man aber immer sehr vorsichtig sein, die Veränderungen der Verhältnisse stets im Auge behalten muß. Wie sehr aber auch die Verhältnisse sich gewandelt haben mögen, eins ist sich gleich geblieben: die Abhängigkeit der Politik der einzelnen Schichten der Bevölkerung von ihrer Stellung im Produktionsprozess.

Wenn wir, von diesem Grundgesetz ausgehend, die Methode, die Cunow zur Untersuchung der revolutionären Schichten des alten Frankreich anwendet, auf das moderne Proletariat übertragen, werden wir finden, daß auch dieses nicht jene einheitliche Klasse ist, als die es anfänglich erscheint. Es zerfällt in verschiedene Schichten, deren Klassenlage insofern die gleiche ist, als sie alle vom Kapital ausgebeutet werden, alle ihre Befreiung nur durch Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln erlangen können. Aber diese Schichten sind untereinander sehr verschieden in ihren nächsten Interessen und den Kampfmethoden, wodurch sie diese zur Geltung zu bringen vermögen. Diese Verschiedenheiten berühren nicht das Endziel des proletarischen Klassenkampfes, wohl aber seine jeweilige Taktik. Niemand wird die tatsächlichen Verschiedenheiten, nicht nur innerhalb unserer Partei, sondern die noch weit größeren innerhalb des gesamten Proletariats unserer Zeit richtig begreifen und sein eigenes Verhalten in den tatsächlichen Streitfragen zweckmäßig gestalten, der nicht in gleicher Weise, wie es Cunow für die Klassen der großen Revolution tut, das Proletariat von heute untersucht und in seine verschiedenen Bestandteile zerlegt.

Die Schablone, wonach man die tatsächlichen Differenzen einfach zu einem Wert von Stärken macht, ist sehr bequem, aber schlimmer als unzureichend. Freilich werden wir bei dieser Untersuchung nicht immer zu Ergebnissen kommen, die uns angenehm sind. Innerhalb der verschiedenen Klassen kreuzen sich die verschiedenartigsten Tendenzen, differenzierende und zusammenschließende. Bald überwiegen die einen, bald die anderen. So werden z. B. die Gegenstände zwischen industriellen Kapital, Handelskapital, Geldkapital heute immer mehr durch das Aktienwesen überkommen, das dem Finanzkapital die Möglichkeit gibt, das industrielle wie das Handelskapital aufzusaugen. Und auch der Gegensatz zwischen Grundbesitz und Kapital verwindet immer mehr, je mehr die großen Grund-

*) Heinrich Cunow: Die revolutionäre Zeitungsliteratur Frankreichs während der Jahre 1789—94. Ein Beitrag zur Geschichte der französischen Klassen- und Parteikämpfe am Ende des 18. Jahrhunderts. Mit 10 Zeitungsausschnitten und 11 Porträts. Berlin 1908, Buchhandlung Vorwärts, 325 Seiten Großformat. Preis broschiert 6,00 M., gebunden 7,00 M.

Besitzer auch Aktienbesitzer, die großen Geldkapitalisten auch Grundbesitzer werden. Vor allem aber ist es gerade das Anwachsen ihres gemeinsamen Feindes, des Proletariats und seiner Kraft, was sie zusammenschweißt. Die Blockpolitik ist das äußerliche Anzeichen davon.

Im Proletariat dagegen treten neben den Tendenzen, die es immer einheitlicher zu gestalten suchen, immer mehr auch solche nach steigender Differenzierung und Mannigfaltigkeit zutage. Das Verkehrsleben mischt immer mehr Nationalitäten durcheinander, vereinigt Deutsche, Polen, Italiener an einem Orte. Es erweitert immer mehr den Kreis der kapitalistischen Ausbeutung, setzt neben großindustrielle Proletariat solche in entlegenen Industriedörfern, deren Arbeiterschaft von den rüchständigsten bäuerlichen Elementen geliefert wird. Gleichzeitig proletarisieren die ökonomische Entwicklung immer mehr Elemente, die ehemals auf Selbstständigkeit rechneten, sich zur Bourgeoisie zählten. Zum Proletariat gehören ebensogut wie die Tagelöhner die Angehörigen des „neuen Mittelstandes“.

Wäre das Proletariat eine einheitliche Masse, es müßte bei seiner großen Zahl, seiner ökonomischen Unentbehrlichkeit, der theoretischen Klarheit seiner führenden Schichten bereits zu einer herrschenden Stellung im Staate gelangt sein. Die wichtigste Aufgabe, die wir zu erfüllen haben, ist die, alle diese verschiedenen Elemente zu einheitlichem Wirken zu vereinigen, die differenzierenden Tendenzen zu

überwinden. Statt uns den Kopf darüber zu zerbrechen, wie wir Bauern und Kleinbürger gewinnen und zu einem Block mit einer nur in Illusionen vorhandenen bürgerlichen Demokratie gelangen, heißt es, dahin zu wirken, daß der Block des Proletariats zur Wahrheit werde, daß das gesamte Proletariat in einer Massenpartei vereinigt ist.

Unsere Gegner dagegen haben nur noch eine Hoffnung: Die Spaltung des Proletariats, das Ausspielen der einen seiner Schichten gegen die andere. Das hat die englische Bourgeoisie sehr gut verstanden, dadurch hat sie den Chartismus getötet. Das Versuchen auch heute die bürgerlichen Arbeiterfreunde, die in Wirklichkeit weit gefährlichere Feinde des Proletariats sind, als die Scharfmacher.

Die Vereinigung des gesamten Proletariats kann aber nur geschehen unter dem Banner unseres großen Endzieles, das allen proletarischen Schichten gemein ist, nicht im Zeichen der positiven, praktischen Kleinarbeit, die für jede Proletariatschicht eine andere ist. So unentbehrlich diese Kleinarbeit ist, für sich allein fördert sie nicht die Vereinigung, sondern die Isolierung der verschiedenen Proletariatschichten. Sie wird nur dann ein Mittel sicheren Fortschritts, wenn sie sich vereinigt mit dem Kampfe für das Endziel, mit einem starken revolutionären Empfinden.

Dies Empfinden, das ist die Wurzel der Einheit und damit der

Größe und Kraft des Proletariats; es wappnet gegen alle Verlodungen falscher Freunde aus der Bourgeoisie, und überwindet alle Differenzen, die aus den Verschiedenheiten der ökonomischen Situation innerhalb des Proletariats entstehen können.

Es gibt keine wichtigere Aufgabe wirklich „praktischer, positiver“ Politik, als die Stärkung und Verbreitung revolutionären Empfindens und Denkens im Proletariat.

Auch dieser Aufgabe dient das Buch Cunows. Wohl bietet er keine kritiklose Verherrlichung, sondern eine kritische Untersuchung der Revolution. Aber gerade je nüchterner diese, je mehr sie sich von den überkommenen Phrasenschwall der bürgerlichen Demokratie fernhält, um so tiefer der Eindruck, den wir von der Kraft erhalten, die die Volksmasse in einer Revolution zu entfalten, von der Höhe, die sie in ihr rasch und unauffaltam zu erklimmen vermag.

So ist Cunows Revolutionsbuch nicht bloß wissenschaftlich, sondern auch politisch und pädagogisch, oder wenn man lieber will, agitatorisch eine dankenswerte Leistung. Es sollte in keiner Bibliothek eines Arbeitervereins fehlen. Und nicht bloß den Alten, sondern auch den Jungen sollte es zugänglich werden. Denn sie sind es, die die Schlachten der kommenden Revolutionen zu schlagen haben. Das werden sie um so besser vermögen, je mehr sie die Revolutionen der Vergangenheit verstehen gelernt haben. S. Kautsky.



FR. HAHN

BERLIN C.25

Alexander-Platz.

Zur Einsegnung!

Schwarze Kleiderstoffe.

- Glatte Kammgarnstoffe, reine Wolle per Meter 1.35, 1.50, 1.75—3.00 M.
- Glatte Lastings und Satintuche, reine Wolle per Meter 1.50, 1.80, 2.00—4.50 M.
- Glatte Elsasser Cheviots, reine Wolle per Meter 0.90, 1.20, 1.50, 1.80—3.00 M.
- Glatte u. gemusterte Alpakas m. elegantem Seidenglanz . . per Meter 1.25, 1.50, 1.80—5.50 M.

Farbige Kleiderstoffe.

- Einfarbige reinwollene Lastings, Satintuche, Diagonales und Krepps in reichhaltigen, schönen Farbensortimenten, 90—110 cm breit per Meter 1.10, 1.35, 1.50—3.00 M.
- Einfarbige gemusterte Jacquards in neuen Farben, seidenglänzend, gute Qualitäten, 90—100 cm breit per Meter 1.20, 1.40, 1.55, 1.95—3.20 M.
- Mehrfarbige gemusterte Kammgarnstoffe in sparten neuen Farbenstellungen, auch reich m. Seide durchzogen, 90—110 cm breit . . per Meter 1.20, 1.50, 1.80—3.60 M.

Besondere Frühjahrs-Neuheiten!

- Schmale und breite Streifen in sparten Farbenstellungen, 90—110 cm breit . . per Meter 1.40, 1.65, 1.80—5.00 M.

Fertige schwarze Einsegnungs-Kleider aus besten reinwollenen, glatten Stoffen, reich garniert 18.00, 24.00, 28.00, 37.50 M.

Schwarze Konfirmantinnen - Jacketts auf gutem, hellem Futter, mit reicher Tuch- und Tressengarnierung . 9.00, 11.00, 12.50, 14.50 bis 21.00 M.

Fertige Wäsche.

- Stickerel-Rücker 5.00, 3.50, 4.50 bis 7.50 M.
- Hemden mit gestickter Passe 1.25, 1.55, 1.75 bis 4.00 M.
- Hemden mit Stickerelinsatz 1.75, 2.00, 2.25 bis 4.50 M.
- Beinkleider mit Stickerel 1.25, 1.50, 2.00 bis 3.50 M.

Beachtenswert für Schneiderinnen, Betriebswerkstätten und Konfektionäre:

Ein großer Posten Prima Perkal-Reversible, gutes zweiseitiges Taillenfutter Mtr. 0.36 M. Ein großer Posten Prima Satin-Reversible, bestes zweiseitiges Taillenfutter Mtr. 0.48 M.

Verleih-Institut: Friedrichstr. 115/1, a. Drabg. Tor. Gleg. Stad. Gebrod 1.50, Sofe 1.00, Wette 50 Pf.

Falsches Geld

und nachgeahmte Salem Aleikum-Zigaretten haben annähernd den gleichen Wert. Salem Aleikum sind nur echt mit Firma auf jeder Zigarette.

Orientalische Tabak- und Zigarettenfabrik „Jenitze“

Inh.: Hugo Zietz, Dresden. Keine Ausstattung, nur Qualität. 3/4, bis 10 Pfg. das Stück. Deutschlands größte Fabrik für Handarbeits-Zigaretten.

38/10*

Möbelgeschäft Gottschalk & Co.

Alvensleben-Straße 6, Laden und erste Etage, dicht an der Potsdamer Straße, 59467*
gegründet 1898

gibt an solide Leute ganze Wohnungs-Einrichtungen oder einzelne Möbelstücke gegen monatliche Teilzahlung unter sehr kulanten Bedingungen. Große Auswahl in einfach bürgerlichen und eleganteren Wohnungs-Ausstattungen bei langjähriger Garantie für gute Haltbarkeit. Billigste Preise. Uebertreibung ausgeschlossen, da an jedem Stück der Preis in Zahlen deutlich vermerkt ist. — Anzahlung bei besserer Einrichtung von Stube und Küche 60—80 Mark. Monatliche Zahlung 10 Mark. Größere Wohnungs-Einrichtungen nach Uebereinkunft. Sonntags geöffnet.

Kein Abzahlungs-Geschäft.

Kassenbänder jeder Art Augusta-Str. 60, Adolfsplatz 60

Hygienische Bedarfsartikel. Neues Katalog. D. Empfehl. viel Aerzte u. Prof. grat. u. f. H. Enger, Gummiwarenfabrik, Berlin NW, Friedrichstraße 91/92



Das läßt man sich gefallen! Ein Teilzahlung billiger als andersweitig per Kassa liefert nur das Versandhaus Berliner Herren-Wägen, Stralauer Straße 28 I, am Holtenauer Markt, an durchaus zahlungsfähige Kunden. Garderobe fertig und nach Maß. Eigene Zuschneiderei und Werkstätten, daher konkurrenzlos. Verarbeitung haltbarer Stoffe. Garantie für tadellosen Sitz. Nicht gelieferte Mahanzüge, Paletots (Monatgarderobe) werden im Konsumhaus, Frankfurter Allee 188, Ecke Müggelstr., zu Klammungsdreiecken nur gegen Kassa verkauft. Besuch mit Plakaten jederzeit. — Nachdruck verboten. 50232*

Man lasse sich durch scheinbar billige Angebote nicht täuschen.

Es werden oft sehr billige Angebote von Zahnersatzstücken veröffentlicht mit den Wörtchen „von — an“, z. B. von 1.50 M. an. Mit solchen Angeboten bitten wir unsere Preise nicht zu vergleichen, denn diese werden nur angewandt, um einen billigen Preis auf das Papier zu bringen. In Wirklichkeit werden die Patienten meist, um etwas Brauchbares zu bekommen, überredet, einen höheren Preis von 2.50 M. bis 5 M. anzulegen. Wir möchten ganz besonders darauf hinweisen, daß bei uns dieses Verfahren ausgeschlossen ist und sichern

300 Mark Belohnung demjenigen zu, der uns nachweist, daß wir höhere Preise als 1.80 M. pro Zahn mit Kautschukplatte fordern.



Waren gepeinigt durch Zahnschmerzen manche Nacht . . .



In der „Reform“ wird schmerzlos der Sache ein Ende gemacht.

Wir berechnen künstliche Zähne 1.80 M. pro Zahn mit echten Platinstiften und mit Kautschukplatte. In geeigneten Fällen auch Diatorix. Es sind die besten überhaupt existierenden Zähne, wo manch andere 5 M. und mehr dafür verlangen. Nur die Anzahl der Zähne wird berechnet. :::: Keine Extraberechnung der Platte. ::::

Zahnziehen fast schmerzlos 1 M. speziell für nervöse, empfindliche und ängstliche Leute zu empfehlen.

Spezialität: Umarbeitung von nicht sitzenden Gebissen sowie Plombierungen in Gold-, Silber-Amalgamen, Porzellan-Zementen allerbilligst und in korrekter Ausführung.

Reform-Zahn-Praxis Carl Rudolph. Steht unter persönlicher Leitung von 3 prakt. Zahnärzten und Assistenten. I. Praxis N. Elsasserstraße 14, I. II. SW. Friedrichstraße 35, I. III. S. Oranienstraße 61, II. IV. Praxis NO. Palisadenstraße 105, I. V. Moabit: Huttenstraße 65, II. VI. Charlottenburg: Wilmersdorferstr. 117, II.

Sprechzeit 9—7, Sonn- u. Festtags 9—1 Uhr. — Auswärtige Patienten werden möglichst in einem Tage abgefertigt. Wenden Sie sich vertrauensvoll an unser Atelier. Ueberzeugung macht wahr. 35/18*

Verein für Frauen u. Mädchen der Arbeiterklasse.

Dienstag, den 9. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Neuen Klubhause, Kommandantenstr. 72:
Die soziale Bedeutung und Bekämpfung der Tuberkulose.
Referent: Dr. Richard Roeder.
Gäste willkommen. (55/3) Der Vorstand.

Ich habe eine
Privat-Frauenklinik
u. Enbindungsanstalt
W., Lützowstraße 106
(Amt VI 17723) errichtet.
Dr. Bakofen, Frauenarzt.
Kantstr. 138 (5-6).

Zentral-Krankenkasse der Maurer

„Grundstein zur Einigkeit“
Verwaltungsstelle Berlin.

Sonntag, den 14. Februar, vormittags 10 Uhr, bei Zannaschl, Zusefstraße 10:
Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Kassendbericht vom 4. Quartal und Jahresbericht. 2. Die Antwort des Vorstandes zum letzten Versammlungsbeschluss. 3. Wahl des ersten Bevollmächtigten, zweiten Kassierers, ersten Schriftführers und eines Revisors. 149/3

Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
Die örtliche Verwaltung.

Verband deutscher Gastwirtsgehilfen.

Bureau: Amt III, 1474. Berlin N. 24, Gr. Hamburger Str. 18/19. Arbeitsnachweis: Amt III, 1813.

Ortsverwaltung I
für
Kellner, Köche,
Köchinnen,
Büfettiers usw.

Ortsverwaltung II
Abteilung für das
Hilfspersonal:
Zapfer, Hausdiener,
Kupferputzer usw.

Ortsverwaltung III
Abteilung
für
Bierabzieher.

Die Mitglieder des Verbandes sind mit einer Mitgliedskarte zur Legitimation versehen, die jedes Quartal erneuert wird und die Farbe wechselt.

Die für das laufende Quartal gültige Karte ist von hellbrauner Farbe mit schwarzem Aufdruck und liegt dieselbe am nächsten Jahrsabend zur Ansicht auf.

Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß der „Verband deutscher Gastwirtsgehilfen“ und der „Gastronomische Gehilfenverband“ nicht identisch sind.

Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung Berlin.

Montag, den 8. Februar 1909:

Mitglieder-Versammlungen in sämtlichen Branchen und Bezirken.

Tages-Ordnung:

1. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. 2. Unsere Agitation. 3. Verbandsangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Versammlungen finden statt:

Tischler.

Um 5 1/2 Uhr:

Süd-Westen in den Kreuzberg-Festsälen, Kreuzbergstr. 48.

Süden bei Grumbach, Schönleinstr. 6.

Südosten I in den Naunyn-Festsälen, Naunynstr. 6.

Südosten II bei Lowak, Stalitzer Straße 99.

Osten I bei Walter, Andrastr. 21.

Osten II bei Litka, Remeler Straße 67.

Oestliche Vororte im „Schwarzen Adler“, Frankfurter Chaussee 6/7.

Nordosten bei Boeker, Weberstr. 17.

Norden in den Berolina-Festsälen, Schönhauser Allee 26.

Um 6 Uhr:

Nordwesten in Schölkels Gesellschaftshaus, Bohnenstr. 12.

Bautischler.

Um 6 Uhr:

Bez. 1 (Süden) im „Märkischen Hof“, Admirastraße 15c.

Bez. 2 (Osten) bei Ziots, Warschauer Str. 61.

Bez. 3 (Norden) bei Obiglio, Schwedter Straße 23.

Bez. 4 (Nordwesten) bei Trapp, Müllerstraße 7.

Drechsler, Treppengeländer- und Luxusmöbelbranche

bei Boeker, Weberstraße 17.

Modelltischler

um 8 Uhr im Verbandshause der Gastwirtsgehilfen, Große Hamburger Straße 18/19.

Möbelpolierer, Beizer und Magazinarbeiter

in den: Andreas-Festsälen, Andrastraße 21.

Maschinenarbeiter

um 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshause, Engelauer 15 (Saal IV).

Musikinstrumenten-Arbeiter

um 8 1/2 Uhr im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27c, oberer Saal.

Kammacher

um 8 Uhr im Gewerkschaftshause, Engelauer 15 (Saal 8).

Bodenleger

um 8 Uhr im Gewerkschaftshause, Engelauer 14, datterre, Arbeitslosenraum.

Stellmacher

um 8 1/2 Uhr im „Rosenthaler Hof“, Rosenthaler Straße 11/12.

Korbmacher

um 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 11.

Bürstenmacher

um 6 1/2 Uhr bei Preuß, Holzmarktstraße 65.

Vergolder

um 7 Uhr bei Merkowski, Andrastr. 26.

Jalousie-Arbeiter

um 8 Uhr bei Walter, Andrastr. 62.

Perlmutter-Arbeiter

um 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 10 (Regelbahn).

Bilderrahmenmacher

um 6 Uhr im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 5.

Stockarbeiter

um 5 1/2 Uhr in den „Rittersälen“, Ritterstraße 75.
(Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Eichhorn).

Einsetzer

um 8 Uhr im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 7.
(Im 2. Bezirk findet die Sonntagversammlung bei Dobroslaw, Schlicmannstraße 39 statt).

Jugendversammlung!

Sonntag, den 7. Februar 1909, nachmittags 2 1/2 Uhr, in Kellers Festsälen, Koppenstraße 29 (Inhaber Freyer):

Große Jugendversammlung.

Tages-Ordnung:

Vortrag des Redakteurs Heinrich Ströbel über: „Jugend und Bildung“.

Nach dem Vortrage: Freie Aussprache.

Zu dieser Versammlung sind alle Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen herzlich eingeladen.
281/6* Der Jugendausschuss.

Möbelfabrik Hoffnung

(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung)

BERLIN O., Krautstr. 52.

Sonntag, den 21. Februar er.,

normittags 9 Uhr,

in unseren Geschäftsräumen:

General-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes und Aufsichtsrats.

2. Bericht des gerichtlichen Sachverständigen.

3. Genehmigung der Bilanz 1908.

4. Neuwahl des gesamten Vorstandes und Aufsichtsrats. 8995

5. Statutenänderung.

6. Anträge, welche 14 Tage vor der Generalversammlung eingereicht worden sind.

Die Bilanz liegt zur Einsichtnahme in unseren Geschäftsräumen aus.

Der Vorstand:
H. Fongler, K. Schmidt, Joh. Snaudt.

Sparstr. 13 Schöne 2 Himm.-Wohn. Kammer, Ball, sof. o. sp. bill

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.

Welfenstraße 28, part. Filiale Berlin. Fernspr.: Amt 4, 4787.

Dienstag, den 9. Februar 1909, abends 8 Uhr:

Branchen-Versammlung

im „Gewerkschaftshaus“, Engelauer 15.

Tages-Ordnung:

Jahresbericht. Neuwahl des Obmanns. Wahl der Branchenkommission.

Branchenangelegenheiten. 128/5

Zahlreichen Besuch erwartet Der Obmann.

Verband der Sattler

Ortsverwaltung Berlin.

Montag, den 8. Februar,

abends 8 1/2 Uhr.

Außerord. General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Geschäftliches. 2. Bekanntgabe des Wahlergebnisses. 3. Fortsetzung der Beratung über den Statutenentwurf des Zentralvorstandes. 4. Verschiedenes. 156/10

Achtung! Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Achtung! Die Vertrauensleute sind hiermit angewiesen, den Kollegen die Bücher anzuhändigen. Die Ortsverwaltung.

Achtung! Stukkateure. Achtung!

Montag, den 8. Februar er., abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15:

Regelmäßige Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Der außerordentliche Verbandstag.

2. Aufstellung der Kandidaten.

3. Verschiedenes.

Am Donnerstag, den 11. Febr., finden in allen Zahlstellen

Gesprächungen statt, die sich mit dem Tarifablauf beschäftigen.

Sonntag, den 14. Februar er., mittags 1 Uhr:

Außerordentl. Mitgliederversammlung

bei Meier, Sebastianstr. 29.

Tagesordnung: 1. Unsere Stellungnahme zum Tarifablauf. 2. Wahl der Kandidaten zum Verbandstag. 3. Verschiedenes.

Es hat jeder Kollege die Pflicht, die ihm zugewiesene Arbeit bei der Arbeitlosenabrechnung so pünktlich zu leisten, daß er unbedingt in der Versammlung anwesend ist. 178/7

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- u. Zementbranche.

Gruppe: Rabitzspanner.

Montag, den 8. Februar, abends 8 Uhr, im Lokale von Zannaschl, Zusefstraße 10.

Gruppe: Zementlerer, Sinschaler u. Hilfsarbeiter.

Dienstag, den 9. Februar, abends 8 Uhr,

im Gewerkschaftshause, Engelauer 15 (Saal I):

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Jahresbericht und Neuwahl des Gruppenvorstandes. 2. Diskussion über die Verarmung der Lokalkasse. 3. Vorschläge zu im Bureau tätigen Kollegen. 4. Verschiedenes. 156/8

Der wichtigsten Tagesordnung wegen ersuchen wir alle Kollegen, bestimmt zu erscheinen. Die Gruppenvorstände.

Hein, Wilde & Co.

Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 21a,

Ecke Königstraße, am Bahnhof Alexanderplatz.

Modernes Spezialgeschäft:

en gros. für en détail.

alle Zutaten der Herrenschneiderei.

:: Amanns u. Gütermanns Nähseiden ::

Gutes Satin-Aermelfutter 45 Pf. pro Meter

Aermelfutter, englische Art 65

Schwarz Rollkörper 34

Engl. Satinella 2.40 M.

Revers Klappenseide, moderns Muster . 1.00, 1.25.

Schwarze Serge, matto, vorzügliche Qualität 2.00 pro Meter

Täglich 2 mal Versand nach allen Stadtteilen.

Neu! Rabatt-System.

Bitte lesen!

Achtung! Vereine und Gewerkschaften!

Es sind Alexanderstr. 27c, Englischer Garten, Sonnabende und Sonntage im März sowie im April (Osterfesttage) noch zu vergeben. — Ich komme den verehrten Vereinen entgegen, indem das Glas Bier 10 Pf. kostet, Kaffee und Kuchen 40 Pf. und besonders billige Speisenkarte. Garderobe 15 Pf.

122* Hochachtungsvoll Karl Hoffmann.

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDER-PLATZ

FRANKFURTER ALLEE

Diese Woche:

Grosser Lebensmittel-Verkauf

Soweit der Vorrat reicht — Versand nach Ausserhalb prompt!

Gemüse- und Frucht-Konserven

Musterdosen sind zur Ansicht geöffnet

Riesen-Stangenspargel... 1 65 —	Brechspargel ohne Köpfe... 68, — Pf.	Sauerkirschen ohne Stein 90,50 Pf.
Stangenspargel 20/24 1 60 85	Junge Schoten mittel-fein... 55,33 Pf.	Kaiserkirschen ohne Stein 1 60 Pf.
Stangenspargel 25/30 1 50 80	Gemüse-Schoten... 36, — Pf.	Melange Früchte extra 1 60 Pf.
Stangenspargel... 1 10 60	Leipz. Allerlei... 75, — Pf.	Ananas-Erdbeer, extra 1 35 73 Pf.
Ries.-Bruchspargel 1 30 —	Junge Karotten... 45,28 Pf.	Preisselbeeren... 68, — Pf.
	Wachsbohnen 1/2 Dose 42, — Pf.	Birnen weiss 1/3 Frucht... 65, — Pf.
	Perlbohnen... 42,26 Pf.	Apfelmus... 58, — Pf.
	Spina... 42, — Pf.	Zuckergurken Glas 1 00 — Pf.
	Wirsingkohl... 32, — Pf.	Kürbis... Glas 95, — Pf.
	Senfgurken... Glas 85, — Pf.	Fst. Orang.-Marmelade Glas 75, — Pf.

Kaffee gehr. Pfd. 80,88,1 00 1 15 1 35	Tee Pfd. 85 Pf., 1 15 1 80 2 20 2 70	Cacao Pfd. 80 Pf., 1 00 1 20	Haushalt- u. Block-Schokolade Pfd. 75 Pf.
--	--------------------------------------	------------------------------	---

Wurst und Fleischwaren Fisch-Konserven

Fst. Pom. Cervelat, Salam... Pfd. 1.10	Feine Leberwurst... Pfd. 95 Pf.	Sardinen in Oel... 45 Pf.	Kronen-Hummel 1/2 Dose 2 15 1/2 D. 1 90
Fst. Holst. Schinkenwurst... Pfd. 1.10	Prima Landleberwurst... Pfd. 85 Pf.	Sardinen in Oel... 52 Pf., 1/2 D. 2 20	Prima Neunaugen... Dose 93 Pf.
Hochfeine Teewurst... Pfd. 1.20	Fst. Hallesche Leberwurst... Pfd. 95 Pf.	Sardinen in Oel... 1 25	Bismarckheringe... Dose 44 Pf.
Braunschw. Mattwurst... Pfd. 95 Pf.	Prima Jagdwurst... Pfd. 90 Pf.	Sardinen in Oel... 1 35	Appetit-Sild... Dose 28, 38, 48 Pf.
Westf. Baconwurst... Pfd. 95 Pf.	Zwiebelleber- u. Rotwurst... Pfd. 45 Pf.	Pa. Bratheringe... Dose 30 Pf.	Delikatessher... 75, 48 Pf.
Thüring. Mausschinken... Pfd. 1.15	Delikatess-Fleischwurst... Pfd. 85 Pf.	Lillputheringe... 25 Pf.	Fst. Ostsee-Aal... 78 Pf.
Fetter und mager Speck... Pfd. 90 Pf.	Frankfurter Würstchen... Paar 23 Pf.	Heringe... 70 Pf.	Kieler Bücklinge... 80 Pf.
la Schinkenspack... Pfd. 1.00	Del. Brühwürstchen... 2 Paar 25 Pf.		

5000 Thür. Cervelat u. Salam... Pfd. 1 20	Fst. Burg. Schink. z. Kochen 5-8 Pfd Pfund 1 00	Westf. Knochen-Schinken halb u. ganz Pfund 1 20	Fst. Pökellungen 2-4 Pfd. Pfund 1 25
---	---	---	--------------------------------------

„Hoffnung“

Berliner Schneiderei-Genossenschaft E. G. m. b. H.

Zwischen Rosenthaler Tor u. Invalidenstr. Brunenstr. 135 Zwischen Rosenthaler Tor u. Invalidenstr.

Gegr. i. Februar 1906 v. organisiert. Schneidergehülften Berlins.

Empfehlen sich allen Arbeitern, Parteigenossen und Mitbürgern zur Anfertigung eleganter Herren- u. Knabengarderobe

Großes Lager fertiger Herren-, Knaben- u. Kinder-Anzüge.

Große Auswahl in Winter-Paletots, Ustier, Radfahranzügen u. Fant.-Westen in allen Größen und Preislagen sowie Arbeiter-Berufskleidung.

Die Herstellung unserer Fabrikate erfolgt in eigenen Betriebswerkstätten unter den von unserer Organisation festgelegten Bedingungen.

Lieferanten der Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umgegend, des Charlottenburger Konsum-Vereins, sowie des Arbeiter-Radfahrerbundes.

Ben Schira

Cigaretten sind die besten.

Marke A. 2 Pfg. — Marke B. 3 Pfg.

Königlich-k. Hof-Cigarettenfabrik.

Metzner

BERLIN

Andreasstr. 23 — Brunnenstr. 95

Leipzigstr. 54-55 — Beusselstr. 67 — Rixdorf, Bergstr. 133

Kinderwagen Eisen-Bettstellen
Kindermöbel Korbwaren etc.

1000 Mk. Belohnung zahle ich jedem, der mir in Berlin ein grösseres Spezial-Geschäft in der Branche als das meinige nachweist. — KATALOG GRATIS.

Wer wäscht brauche nur Dr. Henkel's Waschmittel.

Millionenfach erprobt und bestbewährt; über 90 jährige Erfahrungen in der Branche, auf wissenschaftlicher Grundlage aufgebaut, beliebt in der ganzen Welt.

Das idealste und vollkommenste selbsttätige Waschmittel von noch nie dagewesener Wasch- und Bleichkraft.

Persil:

Pakete à 35 u. 65 Pfg.

Wäscht von selbst ohne jede Arbeit und Mühe, ohne Reiben und Bürsten, ohne zweimaliges Kochen, ohne Zusatz von Seife und Soda, ohne Waschbrett. Nur einmaliges halbstündiges Kochen und die Wäsche wird blendend weiss, frisch und duftig wie von der Sonne gebleicht!

Enorme Ersparnis an Zeit, Arbeit und Geld, grösste Schonung der Wäsche, da garantiert unschädlich bei jeglicher Anwendung.

Dixin:

Paket 25 Pfg.

Im Gebrauch billigstes, unerreichtes Waschmittel, erleichtert die Arbeit; kein Bürsten und Waschbrett. Nur leichtes Nachreiben mit Hand oder Maschine, bleicht wie auf dem Rasen und ist absolut unschädlich. Schont das Gewebe, da frei von Chlor und scharfen Stoffen.

Henkel's Bleichsoda:

Die beste Waschlösung, vorzüglich zum Einsetzen der Wäsche; unentbehrlich in jedem Haushalt zum Reinigen von schmutzigen Gegenständen, Küchengerät und Holzgeräten, zum Scheuern von Böden und Wänden beim Hausputz etc.

Erbällich in allen einschlägigen Geschäften!

Alleinige Fabrikanten: Henkel & Co., Düsseldorf.

801/7*

Teilzahlung

monatlich 10 R. keine Herren-Garderobe nach Maß (billigste Preise).

J. Tomporowski, Lindenstr. 110, 2. Stg.

Nähe Bellevue-Platz.

Kaffe 10%, billiger.

Rheumatismus

Nicht, Gliederlähmen, Nervenschmerzen, Hüftweh, Gusschwellen etc. Rasch oft unentgeltlich, aber gebrauche man sofort

Reichel's „Electricum“

(Echtes Kiefernasthar-Waldwollöl) ein seines unfeinestes Naturprodukt. Electricum wirkt gleichsam elektrisierend auf den Körper und nicht bis spirituelle Einwirkungen nur momentan, sondern ist von kräftig durchdringendem, nachhaltiger, schmerzstillender Wirkung. Flasche Mk. 1.— und Mk. 2.—. Die Wirkung wird noch erhöht durch den inneren Gebrauch von Reichel's

Wacholder-Extrakt „Medico“

Flasche 75 Pf., Mk. 1.50 und Mk. 2.50 in den Trageflaschen und Ampullen erhältlich und so bequem durch

Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Masken-Garderobe

Carl Ernst (Inhaber Willi Ernst) Röhrenstr. 136, 1 Tr. 2. Stg. 5092

Gr. Auswahl! Bill. Preise!

Berliner dieser Branche enthält 10% Feidermäßigung.

J. Baer

Badstr. 20 Ecke Prinz-Alten Herren- und Knaben-Moden, Berufskleidung, Eleg. Joppen u. Paletots

Großes Lager in- und ausländischer Stoffe zur Anfertigung nach Maß.

Alterbilligste, streng feste Preise.

Beste Bottenfüllung

und die vorzüglich füllenden, sehr weichen, sehr dichten

Monopoldaunen

(nicht gefüllte) Pfund 2 R. 2.50, 3-4 Pfund gefüllte 1 R. 2. Oberbett. Der. gg. Nachnahme. Verpackung frei.

Gustav Lustig Berlin S. 390 Prinzenstr. 46

Gedicht: Bestellungen werden gefälligst Deutschland.

Berliner Uk-Trio.

Felix Schauer Alexanderstr. 1.

Auf Teilzahlung wöchentlich nur 1 Mark

Ihren jeder Art und Goldwaren sowie Zithern, Sprechmaschinen und Musikinstrumente.

Jahre & König, 59402

Warschauer Str. 64, Reinickendorfer Str. 101, Göbenstr. 19.

MAL-KAH-Zigaretten

vorzüglich.

Allen Parteigenossen, Freunden und Bekannten die ergebene Mitteilung, daß ich im Hause Schönleinstr. 34 ein Zigarrengeschäft eröffnet habe. Um glüklichen Zuspruch bitte!

Fritz Schwemke.

Die Hochbahn-Katastrophe vor Gericht.

Der Angeklagte Schreiber wurde am Schlusse der gestrigen Verhandlung zu einem Jahre und neun Monaten Gefängnis verurteilt unter Anrechnung von drei Monaten Untersuchungshaft. Wende wurde freigesprochen.

Dritter Tag.

Zu Beginn der Sitzung am Sonnabend beantragt der Verteidiger Rechtsanwalt Bahn die Ladung neuer Zeugen. Ein Ingenieur Krenndt soll aus eigener Anschauung einen Vorfall bezeugen, bei dem ein Zusammenstoß auf dem Gleisdreieck nur durch das frächtige Pressen des einen Zugführers verhindert worden ist. Der Verteidiger will beweisen, daß die Zugführer durch die Ueberbürdung des Dienstes und die Hitze so angestrengt waren, daß es gar nicht zu verwundern sei, wenn Schreiber wirklich ein Signal überfahren haben sollte.

Landgerichtsdirektor Schneider kommt hierauf auf die Aussage des Zeugen Hoffmann zurück, der nach den Zeitungsberichten gesagt haben soll: „Wack- und Signalstörungen seien an der Tagesordnung gewesen.“ Das Gericht sei der Ansicht, daß durch eine solche Befundung das Gefühl der Unsicherheit des Publikums erfaßt müsse. Nach Ansicht des Gerichts habe der Zeuge nur von Blockstörungen gesprochen, die aber keinerlei Gefahren in sich schließen und durch die den Fahrern übergebenen Blockzettel beseitigt werden. Das Gericht möchte daher noch einmal den Sachverständigen, Regierungsbaumeister a. D. Schwerin zu diesem Thema hören.

Sachverständiger Schwerin: Die Sicherungsanlagen auf der Hochbahn sind die gleichen wie auf den stark befahrenen Strecken der Hauptstammbahnen, wie sie seit Jahren als die sichersten gelten, die Menschenkenntnis bisher erfunden hat. Man hat gerade bei der Hochbahn danach gestrebt, die größtmögliche Sicherheit zu erreichen, und die Anlagen bieten dieselbe Sicherheit, wie irgendeine Eisenbahn. An einzelnen Stellen ist man sogar weiter gegangen, weil man damit rechnete, daß auf der Hochbahn im Anfang weniger geschultes Personal vorhanden sein würde. Selbstverständlich kommen bei solchen Apparaten auch Störungen hin und wieder vor; die Einrichtungen sind aber so getroffen, daß bei etwaigem nicht richtigem Funktionieren Gefahren nach Menschenmöglichkeit ausgeschlossen werden. Wenn ein Zug nicht richtig bedient wird, dann erhält der Fahrer einen sogenannten Blockzettel, der ihm gestattet, bis zu einer bestimmten Stelle zu fahren. Dort erhält er von dem umtierenden Beamten, der sich überzeugt hat, daß keine Gefahr vorliegt, einen weiteren Blockzettel. Dieses System ist dem auf den Staatsbahnen gültigen System nachgebildet, und das Ergebnis ist ebenso günstig wie auf den Staatsbahnen. Etwas Ideales, unbedingt Sichereres gibt es nicht, alles Menschliche hat Fehler. Jedemfalls hat die Hochbahn diejenigen Einrichtungen getroffen, die bisher als die sichersten gelten. Signalstörungen seien keineswegs an der Tagesordnung, es kann sich nur darum handeln, daß hin und wieder Signale erst im letzten Augenblick gegeben werden.

Rechtsanwalt Bahn widerspricht energisch den Behauptungen des Sachverständigen, daß auf der Hochbahn die größte Sicherheit herrsche. Bei dem 2 1/2 Minutenverkehr und den vorkommenden falschen Signalen und Blockstörungen sei es gar nicht möglich, die richtige Fahrzeit inne zu halten. Wenn im letzten Moment das Signal erst auf „Halt!“ gestellt wird, dann werden die Zugführer nervös und verlieren die Kontrolle. Derartige Fälle, wie sie hier von Zugführern bezeugt seien, kämen bei der Stadtbahn lange nicht so oft vor wie bei der Hochbahn. Auf weitere Fragen des Verteidigers erklärt der Sachverständige, daß nach der Katastrophe die zulässige Geschwindigkeit der Züge auf der Hochbahn verringert worden sei. Auch Versuche mit automatischen Bremsen werden angestellt; die Erfahrungen, die mit solchen in Amerika gemacht sind, garantieren auch noch keine bestimmte Sicherheit, und daraus, daß automatische Bremsen hier noch nicht eingeführt sind, ist der Hochbahn kein Vorwurf zu machen.

Rechtsanwalt Bahn: Der Sachverständige wird doch nicht behaupten können, daß das

Gleisdreieck eine ideale Anlage

ist. Viele Techniker haben seinerzeit auf die Gefahren hingewiesen, die diese Anlage in sich birgt und sie sei vielfach als eine ganz verkehrte geschuldet worden. Er müsse behaupten, daß das Gleisdreieck äußerst unsicher sei und nach Lage der Dinge könne jeden Tag ein solches Unglück wieder passieren.

Sachverständiger Regierungsbaumeister Schwerin: Die Frage, ob über das Gleisdreieck mit voller Sicherheit gefahren werden kann, bejahe er mit voller Bestimmtheit. Wenn nur einige Aufmerksamkeit des Fahr- und Bedienungspersonals geübt wird, kann man über das Gleisdreieck ebenso fahren, wie auf jeder anderen Strecke. Die Sicherheit beruht auch hier, wie überall auf der Aufmerksamkeit des Personals. Wenn diese nicht vorhanden ist, dann gibt es überhaupt keine Möglichkeit, Unfälle zu verhindern.

Es werden dann einige Zuführer und Weichensteller darüber vernommen, ob ihnen etwas davon bekannt ist, daß — wie der Zeuge behauptete — die Direktion der Hochbahn einem Herren, der Zeuge gewesen, daß beinahe ein größerer Unfall auf der Hochbahn passiert wäre, 1000 M. Schweinegeld geboten habe. Die Zeugen lassen Herren Köhler vollständig im Stich, denn sie wissen absolut nichts davon. — Staatsanwalt Dr. Pabst: Dies beweist, daß Herr Köhler alles angewandt hat, um der Hochbahn ein auszuweichen.

Darauf finden längere Erörterungen über einzelne Fälle statt, in denen nach der Behauptung der Verteidigung von Blockwärtern verdächtige Manipulationen mit den Plomben der Kottaster vorgenommen sein sollen. Einen solchen Fall hatte der Haltestellenvorsteher Lappé bezeugt und behauptet, daß der Weichensteller Domle an der Station „Ante“ einmal eine solche Manipulation vorgenommen habe. Zeuge Domle bestreitet dies und gibt den Vorwurf gerade auf Lappé zurück. Er selbst sei ausgetreten und Lappé habe ihn vertreten. Fälschlich sei das Signal zu früh eingeschlagen gewesen und da habe Lappé eine Jange gefaßt und etwas an der Plombe vorgenommen.

Rechtsanwalt Bahn weist darauf hin, daß Köhler in einer Meldung an das Polizeipräsidium schon

4 Wochen vor der Katastrophe

darauf hingewiesen habe, daß ein Unglück eintreten müsse. Der Verteidiger beantragt Beweisaufnahme darüber, was aus dieser Meldung bei der Eisenbahndirektion geworden ist.

Auf Befragen gibt Regierungs- und Bauat Schreiber nochmals genaue Auskunft über die Art, wie er nach der Katastrophe das Stellwerk am Gleisdreieck untersucht hat und begründet seine eigene Sach- und Sachkenntnis in längerer Darlegung. Der Sachverständige hat das Stellwerk ganz genau untersucht, es war ordnungsmäßig gebaut und ordnungsmäßig unterhalten. Es liege kein Grund vor, nach dem objektiven Ergebnis des Befundes anzunehmen, daß bei Stellung des Signals G auf „Fahr!“ auch das Signal L auf „Fahr!“ gestellt gewesen sein kann.

Ein Fall, in welchem von einem Zeugen Kaufmann Reiner bezeugt wird, daß am Gleisdreieck

ein Zug das Hauptsignal überfahren

habe und im letzten Augenblick ein Unglück verhütet worden sei, erregt wieder längere technische Erörterungen, in welchen mehrere Sachverständige den Fall dahin erörtern, daß daraus ein Vorwurf gegen die technischen Einrichtungen der Hochbahn nicht gemacht werden könne.

Längere Beweisüberhebungen knüpfen sich an die Frage, ob es richtig ist, daß die Stellwertweichensteller sehr leicht an die Plombenzangen herankommen und den Zugführern der Bequemlichkeit wegen Plomben mitgegeben zu werden pflegen. Stellwertklopper Stenatz bezeugt, daß das Handwerkzeug immer unter Verschluss gehalten werden muß. — Monteur Kunze erklärt auf Befragen: Es sei gänzlich ausgeschlossen, daß die am Stellwerk des Gleisdreiecks zur Zeit der Katastrophe beschäftigt gewesen Weichensteller Boigt und Langfeld an den Plomben unberechtigte Eingriffe gemacht haben können. Das Plombenzug sei in seiner Verwahrung gewesen; von der Verwaltung sei auch stets kontrolliert worden, ob das Handwerkzeug verschlossen aufbewahrt werde.

Eine große Rolle in der Beweisaufnahme spielte der vom Zeugen Köhler behauptete Fall.

Auf den Weichensteller Reike hatte sich der Zeuge Köhler bezogen. Reike soll gesehen haben, daß Langfeld dem Köhler einmal Plomben, die er im Besitz hatte gezeigt habe. Der Zeuge Reike erklärt, daß ihm hiervon absolut nichts bekannt sei. Zeuge Köhler bleibt bei seiner Angabe und behauptet, daß es durchaus möglich sei, eine losgelöste Plombe wieder anzubringen, ohne daß es bemerkbar ist. Der Zeuge versucht an einer von ihm mitgebrachten Plombe ad oculos zu demonstrieren. Da dies nicht gleich gelingt, wird ihm aufgegeben, in ruhiger Weise und ungehindert einmal das Experiment zu machen.

Professor Gauer, Lehrer an der technischen Hochschule erklärt unter anderem: Man kann nicht sagen, daß die Weisanlagen des Gleisdreiecks versetzt sind. Gleiche Anlagen befinden sich auch an manchen Stellen der Staatsbahnen. Wenn hier gesagt worden, daß das Gleisdreieck doch auch als großartige Leistung der Technik gepriesen sei, so ist darauf hinzuweisen, daß diese Ober- und Unterführung auf dem Gleisdreieck in erster Reihe im Interesse der erhöhten Leistungsfähigkeit angelegt worden ist. Dabei konnte man aber gewisse Punkte, wo die Gleise zusammenlaufen, nicht vermeiden. Solange auf Eisenbahnen gefahren wird, wird es auch Eisenbahnunfälle geben. Man kann nicht sagen, daß das Gleisdreieck besonders gefährlich wäre und es kann nicht als Pflichtwidrigkeit der Verwaltung erachtet werden, daß sie das Gleisdreieck nicht schon längst beseitigt hat. Eine Gefahr läßt sich nicht immer ganz vermeiden, man kann nur bestrebt sein, die größten Gefährlichkeitspunkte zu beseitigen. Der Sachverständige hat, wie er auf Befragen weiter bezeugt, aus der Beweisaufnahme nicht den Eindruck gewonnen, daß bei der Hochbahn besonders zahlreiche Störungen vorgekommen seien. Wenn alles Material von einem siebenjährigen Betriebe zusammengetragen wird, so erscheint es natürlich größer, als es in Wirklichkeit ist. Einzelne Sachen, die hier vorgebracht worden, sind grobe Verhältnisse, wie sie überall vorkommen; sie sind als solche auch von der Gesellschaft gehandelt worden. Man kann der Verwaltung nicht nachsagen, daß sie in dieser Beziehung zu lag gewesen sei. Verspätungen sind bei dem Schnellbahnverkehr nicht zu vermeiden, sie kommen auch auf der Stadtbahn vor. Was die hier von der Verteidigung mehrfach herangezogenen selbsttätigen Sicherheitseinrichtungen betrifft, so sei man, wie der Sachverständige des weiteren ausführt, in Deutschland und überhaupt in Europa im allgemeinen für diese selbsttätigen Einrichtungen nicht sehr eingenommen, sie haben auch in Amerika die Betriebssicherheit nicht besonders vermehrt. Nach einem über diese Frage handelnden Werk kommt in Amerika auf 4800 Signalebewegungen und auf 120 000 Blockbewegungen je eine Störung. — Rechtsanwalt Bahn verliest dem gegenüber einige Artikel, die nach der Katastrophe von einer ganzen Reihe Sachverständiger veröffentlicht worden seien. Darin sei die Anlage des Gleisdreiecks als eine verkehrte bezeichnet worden.

Privatdozent Baumeister Braun läßt sich als Sachverständiger über die Lage der Signale und deren Handhabung auf dem Gleisdreieck eingehend aus. Er schließt sich im allgemeinen in bezug auf das Gleisdreieck selbst dem Vor-Sachverständigen an. Die Signale seien durchaus übersichtlich. Bei einigermaßen genügender Aufmerksamkeit der Fahrer würde ein solcher Zusammenstoß, wie er hier passiert ist, sich immer vermeiden lassen. Daß auf dem Gleisdreieck eine Betriebssicherheit vorhanden ist, gebe aus folgender Berechnung hervor. Es geben in der Stunde 70 Züge hin und her, zusammen also 140. Bei 20 Stunden Betrieb ergibt dies pro Tag 2800 oder rund 1 Million Fahrten pro Jahr. Da in der ersten Zeit der Betrieb nicht so intensiv war, so kann man durchschnittlich 700 000 Fahrten pro Jahr oder in den 7 Jahren des Betriebes 5 Millionen Fahrten annehmen. Und bei diesem Betrieb sei auf dem Gleisdreieck nur eine einfache Entgleisung, die auch auf jeder freien Strecke vorkommen kann, und dieses große Unglück vorgekommen. Wenn gesagt wird, es müsse ein stärkeres Geländer angelegt werden, so müsse man doch fragen, wie stark ein Geländer sein dürfte, um einen in voller Fahrt befindlichen Zug aufzuhalten.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung wird der Zeuge Boigt verurteilt.

Aus einem sehr guten Beumundzeugnis, welches Pastor Lehmpfuhl dem Angeklagten Schreiber ausgestellt hat, geht hervor, daß die Frau des Angeklagten, der jetzt 8 Kinder hat, kurz vor dem Unglück entbunden worden ist und die Ereignisse des 26. September auf sie besonders niederdrückend gewirkt haben.

Nach Schluß der Beweisaufnahme bleibt der Angeklagte Schreiber auf Vorhalt dabei, daß er das Signal nicht überfahren, das Signal vielmehr auf „Fahr!“ gestanden habe.

Staatsanwalt Dr. Bahn erachtet die Einwände, die Schreiber gegen seine Schuld erhoben hat, durch die Beweisaufnahme für völlig widerlegt. Boigt habe seine Schuldigkeit im vollen Maße getan. Auch das Stellwerk habe entsprechend richtig funktioniert. Das Unglück sei dadurch herbeigeführt, daß Schreiber seine Schuldigkeit nicht getan, sondern das Haltsignal überfahren hat. Aber auch Wende hat pflichtwidrig die Signale nicht beobachtet, sondern Eintragungen in sein Fahrbuch gemacht. Nun habe sich aber in der Hauptverhandlung herausgestellt, daß Wende in der kurzen Zeit, die ihm gelassen war, nicht im Stande gewesen wäre, das Unglück noch zu verhüten. Rangels Kaufmännin müsse deshalb Wendes Freisprechung beantragt werden. Anders liege die Sache bei Schreiber. Er habe die Signale deutlich erkennen können, ebenso die Weiche 3, vor der er nach Ueberfahung der Signale unbedingt noch hätte halten können und müssen. Durch seine Fahrlässigkeit allein sei der grobe Unfall verursacht worden. Mit Rücksicht auf die furchtbaren Folgen, die der Unfall gehabt, und den hohen Grad der unentschuldbaren und frevelhaften Fahrlässigkeit beantragt der Staatsanwalt gegen Schreiber

3 Jahre Gefängnis.

Rechtsanwalt Bahn hält es nicht für angängig, dem unglücklichen Schreiber alle Schuld für das furchtbare Unglück allein aufzuhalsen. Die Zustände auf der Hochbahn und die Betriebssicherheit auf derselben seien keineswegs so einwandfrei, wie der Staatsanwalt behauptete. Selbst wenn Schreiber das Signal überfahren haben sollte, so liege doch die Hauptschuld bei der Hochbahn und der Aufsichtsbehörde. Es sei keineswegs ausgeschlossen, daß es richtig sei, wenn Schreiber noch wie vor behauptet, das Signal habe auf „Fahr!“ gestanden. Ob das Stellwerk ganz richtig funktioniert habe, sei doch noch immerhin zweifelhaft, andererseits liege auch die Möglichkeit vor, daß der Angeklagte, der infolge des Jahresplans, bei welchem die Züge in 1 1/2 Minuten aufeinanderfolgten und infolge der anstrengenden, häßlichen Tätigkeit, ermüdet und nervös geworden sei, sich in den Signalen geirrt habe. Es sei ja ein tra-

gisches Geschick, daß der Angeklagte lediglich infolge des Umstandes, daß er ausstritten mußte, zum Führer des Unglückszuges an jenem Tage geworden ist. Die Beweisaufnahme habe ergeben, daß doch im Betriebe der Hochbahn manche Mängel herrschten, die die Verwaltung schon längst hätte abstellen müssen. Das Fortbestehen dieser Mängel und namentlich die ganze Anlage des Gleisdreiecks, sowie die drei Gefahrenpunkte auf demselben mußten die Zugführer nervös machen, und wenn dann ein solcher Zugführer über ein Signal vorbeifährt, so kann man ihn doch nicht in so unfaßbarer Weise dafür verantwortlich machen. Das beantragte Strafmaß sei viel zu hoch. Schreiber sei schon schwer genug bestraft, seine Gesundheit sei untergraben, er sei auf alle Fälle ein ruinierter Mann und es sei angebracht, ihm eine viel mildere Strafe aufzuerlegen, ihm aber auch die ganze Untersuchungshaft anzurechnen.

Rechtsanwalt Dr. Schindler plädiert kurz für Freisprechung des Wende und führt aus, daß diesem weder eine schuldhaftige Handlung nachzuweisen sei, noch ein Kausalzusammenhang zwischen seinem Verhalten und dem Unglück vorliege.

Dem Urteil

des Gerichts, welches nach dreiviertelstündiger Beratung gegen 8 Uhr abends verurteilt wurde, schickte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Schneider, folgende Begründung voraus: Das Gericht hat durch die dreitägige Beweisaufnahme den Sachverhalt als vollständig klargestellt angesehen. Die Verteidigung des Angeklagten hat hauptsächlich darin bestanden, daß er behauptet, sein Signal habe auf „Freie Fahrt!“ gestanden. Das Gericht hält dies durch die Beweisaufnahme für völlig widerlegt. Dagegen hält es für fest-gestellt, daß das Signal des Pulowstrassen-Zuges auf „Fahr!“ gestanden und der Angeklagte Schreiber dieses überfahren hat. Dies hat sich auch aus der nachträglichen Stellung der Weiche und der übrigen Signalleistungen positiv feststellen lassen. Bezüglich der übrigen Anschuldigungen gegen die Hochbahngesellschaft hat sich so gut wie nichts ergeben. Unterstützt ist diese Ansicht des Gerichts durch die kompetentesten Gutachten der ersten Sachverständigen auf diesem Gebiete. Die Fahrlässigkeit des Angeklagten, der bis dahin seine Pflicht vielleicht gewissenhaft erfüllt haben mag, hat zahlreiche Familien in tiefes Unglück gestürzt. Dem Angeklagten mag auch eine gewisse Teilnahme nicht zu versagen sein, auch mag ihn das Bewußtsein, den Tod so vieler Menschen verursacht zu haben, schwer bedrücken. Immerhin könne die Strafe, die den Angeklagten treffen muß, keine geringe sein. Das Gericht hat deshalb eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr und 9 Monaten als eine angemessene Sühne angesehen. Da sich der Angeklagte circa 4 Monate in Untersuchungshaft befindet, sind ihm drei Monate als verurteilt angerechnet worden. Bezüglich des Wende hat sich das Gericht der Ansicht des Staatsanwalts und der Verteidigung angeschlossen und auf Freisprechung erklart.

Die in Messina umgekommenen Sozialisten.

Rom, 3. Februar. (Fig. Ber.)

Während in Reggio-Calabria nur wenige anderer Parteigenossen das Leben eingebüßt haben, sind in Messina nur ganz wenige dem Verderben entronnen. Partei und Gewerkschaftsbewegung dieser Stadt waren gut entwickelt. In der Stadtverwaltung hatten die Sozialisten 4 Vertreter, aber die Parteiorganisation von Messina krankte an innerer Uneinigkeit und zerfiel in zwei Gruppen, deren eine eine Anlehnung an die bürgerlichen Radikalen versuchte. Einige war die Gewerkschaftsbewegung, und die Arbeitskammer von Messina zählte 8 bis 9000 Mitglieder. Die Gasarbeiten lagen in Händen der Arbeiterorganisationen. Noch im vorigen Herbst hat ein allgemeiner Ausstand die Stadtverwaltung gezwungen, den städtischen Straßkehrern den Tagelohn um 25 Cents zu erhöhen, und letzten Dezember war ein Streik der Zuteppereien Kines siegreich zu Ende geführt worden, weil die Gasarbeiter alle von dieser Firma kommenden oder für sie bestimmten Waren boykottiert hatten.

Fast alle, die für unsere Sache kämpften, hat der 28. Dezember unter den Trümmern begraben. Nur von wenigen kennt man näheres über das Ende und über ihre letzte Ruhestätte. Wir wollen hier kurz derer gedenken, die durch ihr Wirken oder ihre Schriften über Sizilien hinaus bekannt waren. Da ist zuerst N i c o l o P e t r i n a, einer der Anführer der Fasci, der sizilianischen Landarbeiterverbände, die die brutale crispi'sche Reaktion vernichtet hat. Damals, es war im Jahre 1894, wurde der Belagerungszustand über Sizilien verhängt, und Genosse Petrina wurde mit De Felice, Barbato, Vosso und Verro vom Kriegsgericht zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt. Nach mehreren Jahren gab ihnen die allgemeine Amnestie die Freiheit wieder. Petrina, von Beruf Ingenieur, war ein Mann von großem persönlichem Mute. Als der Ausbruch des Ketna Vernichtung und Tod über Catania brachte, war er unter den ersten, die zu Hilfe eilten. Als im Jahre 1887 die Cholera in Messina und Catania unzählige Opfer heischte, hat unser Genosse allen anderen zum Vorbild gearbeitet, und viele erinnern sich, wie er auf seinen Schultern die Leichen fortschaffte. Er hat mit seiner Frau und seinen drei Söhnen den Tod gefunden. Die Leiche ruht noch unter den Trümmern.

Weiter sei des Genossen G i o v a n n i R o e gedacht, der bis 1904 Abgeordneter des ersten Wahlkreises von Messina war. Als Mitglied des Stadtrats hat er sich große Verdienste durch seinen Kampf gegen die städtische Mißverwaltung erworben. Er war ein Redner von großer elementarer Gewalt und eine Befehlsseele voll Glauben und Begeisterung. Vergessen haben Genossen an seinem Hause begraben. Man hat Korrekturen der „Provincia socialista“ vom 1. Januar 1909 gefunden, keine Spur von Roe und von seiner Gattin.

Einer unserer tätigen Genossen in Messina und vielleicht in ganz Sizilien war Professor G. S c u d e r i, Dozent der Frauenheilkunde an der Universität. Er war Stadtverordneter von Taormina und hat am Abend des 27. Dezember dort einer Stadtratssitzung beigewohnt. Vergebens baten die Genossen ihn, doch mit seiner Frau in Taormina zu übernachten, aber Scuderi hatte am nächsten Morgen Dienst in der Klinik. So kam er um 1 Uhr in Messina an, um 5 Uhr 20 Minuten den Tod zu finden. Er und seine Frau, die auch Parteigenossin war, stürzten mit dem Bett, Kopf nach unten, aus der zweiten Etage. Die Unterhälften der beiden Leichen waren bis vor kurzem noch in dem Trümmerhaufen zu sehen. Wahrscheinlich ist der Tod schnell eingetreten. Drei Brüder Scuderi's, die gleichfalls Parteigenossen waren, haben auch den Tod gefunden. Scuderi war Redakteur des lokalen Parteiblattes. An einer Wand seiner Wohnung sieht man noch ein Bild von Marx.

Weiter hat die Partei den Genossen C a m m a r e t i verloren, den Verteidiger in allen Parteiprozessen, den Rechtsanwält aller Armen Messinas. Auch seine Leiche ist noch nicht geborgen. Er veröffentlichte Jahre hindurch mit dem

Professor der Rechte, Genossen di Dino, die sozialistische Zeitung „Die Fackel“. Auch di Dino ist tot nebst seiner jungen Frau, die man mit dem Kopf auf der Brust des Gatten fand. Tot ist weiter Professor Sicuro, Sadtverordneter von Messina, ein unermüdlicher Propagandist. Tot ist Genosse Mottoia, dem man nachsagte, daß er als Knabe in einem Erziehungsinstitut der Jesuiten seinem Lehrer ins Gesicht spuckte, weil dieser Garibaldi einen Seeräuber und Mazzini einen Räuber genannt hatte. Tot ist der Rechtsanwalt Granata, seit 20 Jahren Parteimitglied und Herausgeber einer bedeutenden juristischen Zeitschrift, der „Reforma juridica“. Tot ist der Korrespondent des „Avanti“, tot sind Tausende, die für die Ideale unserer Sache kämpften, und deren Namen nur die Nächsten kennen. Die Lokale unserer Organisationen sind zerstört. Ueber der Tür der Arbeitskammer ist die steinerne Inschrift erhalten „Camera di Lavoro“. Von den Wänden des Versammlungsraumes sieht nur noch eine Seite. Aus dem Trümmerhaufen ragt noch ein Stück der Rednerbühne heraus. Auf einem Streifen an der Wand sieht man noch in bronzenen Lettern die Worte „Vereinigt Euch!“ — das „Proletariat aller Länder“ ist der Vernichtung anheimgefallen. Aber die Arbeitskammer von

Messina ist nicht tot. Ihr Sekretär, Genosse Do Sarbo, hat schon in einer Parade einen Arbeitsnachweis eingebracht, der von den Behörden anerkannt wurde. So greifen Kampf und Leben langsam wieder Fuß, und langsam erhebt neben dem riesigen Trümmerfeld ein neues kleines Gemeinwesen.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen. Der 9. badische Reichstagswahlkreis (Pforzheim-Durlach) hielt dieser Tage seine Konferenz (80 Delegierte) ab. Der Bericht des Kreisvorstandes läßt die Lage der Partei als eine befriedigende erkennen; mit der Vermehrung der Abonnenten der Parteipresse hatte es im Jahre 1908 einige Schwierigkeiten. In diesem Kreise sind 450 Genossen in 25 Orten im Bürgerausschuß, 83 im Stadt- oder Gemeinderat, 2 als Bürgermeister und 3 als andere Gemeindebeamte tätig. Die Konferenz tadelte das Bestreben des Karlsruher Parteiorgans „Volkstreuend“, um jeden Preis wieder einen Großstuck mit den Nationalliberalen zu schmieden, teilweise durch ein förmliches Abtreten der Gegner. Auch müsse der Zwiespalt zwischen den Revisionisten und anderen Genossen, der persönliche Zwist zwischen Kolb und Geß, durch den Parteitag beseitigt werden.

Die auf eine Beseitigung des Karlsruher Parteisekretariats hingelenden Unterströmungen seien zu bekämpfen.

Der Karlsruher „Volkstreuend“ und die Mannheimer „Volkstimme“ haben gegen den Tadel, den die Konferenz dem Karlsruher Parteiorgan aussprach, protestiert. Der „Volkstreuend“ habe in keiner Weise um jeden Preis den Großstuck wieder zustande zu bringen getrachtet noch die Liberalen angebetelt, sondern er habe genau das Gegenteil getan.

Die Druckerei des „Avanti“, Rom, 8. Februar. Am 1. Februar ist die Druckerei des „Avanti“ in den Besitz einer Genossenschaft übergegangen, die aus dem bisherigen Personal gebildet ist und den Namen „Cooperativa tipografica Avanti“ trägt. Der Satz, der Druck und die Expedition unseres Parteiblattes wird von nun an von der neuen Genossenschaft befohlen werden. Diese wird aber ihre Tätigkeit nicht allein auf unser Zentralorgan beschränken, sondern wird jede Art von Druckerarbeiten übernehmen.

Eingegangene Druckschriften.

Reclams Universal-Bibliothek. 6051. Ariel Acosta. Teufelspiel von A. Gogol. — 6052/6055. Das Siebengebürg. Roman vom Grafen Gobineau. — 6056. Der Sturm. Die Vitarbe von L. Schneider. — 6057/6058. Eine dunkle Tat. Roman von L. Schilling. — 6059. Die Bulgaren und andere Novellen. Von S. Wajsm. — 6060. König Saul. Von V. Heule. Einzelnummer 30 Pf. Vb. Reclam, Leipzig.

Billige Sonder-Messe

Dauer bis Montag, den 15. Februar.

Wir offerieren, soweit die Vorräte reichen:

Jackett-Anzüge	30.— 24.50	8 M.	Winter-Paletots	30.— 24.—	7.50 M.
Rock-Anzüge	36.— 27.—	12 M.	Winter-Ulster	36.— 27.—	18 M.
Gebrock-Anzüge	40.— 36.—	21 M.	Knaben-Anzüge u. Mäntel	2.—	2.25 M.
Regen-Mäntel	24.— 20.—	9 M.	Knaben-Stoff-Hosen	—	70 M.
Kaiser-Mäntel	27.— 24.—	10 M.	Herren-Westen	—	75 M.
Winter-Joppen	12.— 10.—	4.50 M.	Herren-Filz-Hüte	—	75 M.
	15.— 12.—				

Feine Anzüge □ Hosen □ Westen
aus Resten unser. Maß-Abteilungen
bedeutend unter Preis

Geh-Pelze, Pelz-Joppen
Pelz-Mützen, Pelz-Krägen
spottbillig

Baer Sohn

Spezial-Haus größten Maßstabes

Chausseestraße 29/30 □ 11 Brückenstraße 11.
Gr. Frankfurterstr. 20

Der Haupt-Katalog No. 35 u. der Livree-Katalog No. 36 auf Wunsch kostenlos u. portofrei

Räumungs-Verkauf

zu herabgesetzten Preisen

Berliner Eisenmöbel-Fabrik
Carl Seiffert
Grosse Frankfurt-Str. No. 35
— Kein Laden! —
Verkauf Quergebäude LITROPE

Für 10 Pfg.
100 mal

strahlend
blanke
Stiefel
macht das
Schuhputzmittel

Urbin

In Dosen zu 10, 20 u. 25 Pf.
überall erhältlich.
Fabrik: Urban & Lemm.
Charlottenburg.

Teppich-Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin S. Seit 1832
nur Oranienstr. 158.

Unterhalte nirgends Filialen!
Ein Gelegenheitsposten

Teppiche

darunter Frachstücke
in Brüssel, Amsster,
Perser, Velours, Ta-
pestry, Englisch Block,
Velvet und Smyrna.
Sofa-Größe a 8, 10, 15-40 M.
Salon-Größe 15, 20, 30-150 M.
Saal-Größe a 45, 60, 75-600 M.

Soweit Vorrat
10% Rabatt
auf einen Riesenposten

Echte Perser Prunk - Stücke

a 150, 225, 300—750 M.
(Regul. Wert bis 1200 M.)
Kelims, Djidjims etc.
Nach auswärts per Nachnahme.

Inventur- Extralistie und Katalog

enorm billiger Extra-Angebote
(600 Abbild.) gratis franko.

Billigste Bezugsquelle für
Cigarren

100 Stück

3 Pfeil-Cigarren	2,30	2,35	2,40 M.
4 " "	2,60	2,80	3.—
5 " "	3,40	3,80	3,90
6 " "	4,20	4,50	4,80
8 " "	5,40	5,60	5,80
10 " "	6,50	7.—	7,50

Um jeden von der Preiswürdigkeit
der Fabrikate zu überzeugen, stehen
Rufkarten von 100 Stück in 10
verschiedenen Sorten von je 10 Stück
nach beliebigem Maß zu Diensten.

Karl Stroubel, Dresden-N.,
Bettner Straße 13/15.
Der neueste illustrierte Preis-Katalog
wird jedem a. Wunsch gratis zugelandt.

Keine Poliklinik habe ich von Chausseestr. 118 nach
Alt-Moabit 45, nahe Gostowsky-
straße
verlegt. Spr. wochent. 2-3. Behandlung kostenlos.
Die Privatklinik wird sich von April an Chausseestr. 11 befinden.

Dr. Zepler, Frauenarzt.

Zigarrengeschäft, gut eingerichtet,
rentabel, für
Parteilgenossen passend, sofort für
M. 1000.— verkäuflich. Offerten unter
W. 9172 bef. Daub & Co.,
Berlin SW. 19. 286/18

Lege-Hühner,
garantiert beste Junge Lege, a 24, M.
verkauf F. Wegner, Berlin SO.,
Mariannenstr. 31. 28,14

Prachtsäle des Ostens

Frankf. Allee 151/52. Inh.: O. Cranz. Frankf. Allee 151/52.

Achtung! Vereine u. Gewerkschaften. Achtung!

Großer Saal mit Theaterbühne

sind noch Sonntage im April, Mai, Juni und Juli 09 zu vergeben.
Tel.: Amt VII 4203. [96L*] O. Cranz.

Zur besonderen Beachtung f. d. IV. Wahlkreis u. Niederbarnim.

Kubes Festsäle (früher) Alte Jakobstr. 75.
(Feuerstein) Amt I No. 867.
Empfehle meine Säle zu Versammlungen und jeder Art Festlich-
keiten. Sonntage im Februar und März noch frei.

Wer heiraten will?

sollte unbedingt die sozialpsychologische Studie der Frau
Doktor **Anna Fischer-Dückelmann**: „Das Geschlechts-
leben des Weibes“ lesen. Unser bereits in 13. Auflage er-
schienenes Buch (jetzt m. zahlr. Illustrationen u. zerlegbarem
Modell des Frauenkörpers in der Entwicklungsperiode) ist
von der media. Wissenschaft rückhaltlos anerkannt. — Es
enthält Tatsachen, die für das Wohlbefinden und Lebensglück
beider Gatten von unschätzbarem Wert sind. — Preis nur
3 M. — Versand (verschlossen) geg. Nachn. v. F. Linsler,
Sozialmedizin. Verlag, Berlin-Pankow 414. 296/20

Raucht
Réunion-Cigaretten

Genau nach
GARO-HIT

HARMONIE - 2 PF.
VINETA - 2 PF.

Gesunde, Nervöse, Herz-, Magen-, Nieren-
leidende und Alle, die ihr aufregende Ge-
tränke wie Kaffee, chinesisches
Tee etc. meiden sollt,

kauft
schnell
in der
nächsten Apotheke
oder Drogerie

Sieber's Aepfeltee!

Pakete zu 30 Pfg., 50 Pfg. und 1 Mark
überall erhältlich.

Generalvertr.: Dr. Wasserschlag, Frankfurt a. M.
Alleinverkauf in Berlin u. Vororte:
Joh. Zschernack, Berlin N. (Tel. III. 7356.)

Abendkurse
zur Ausbildung von Technikern
und Werkmeistern in Elektro-
technik u. Maschinenbau

Technische Akademie, Berlin 45
Markgrafenstraße 100.

Prospekte frei!

Möbel Schulz

Reichenberger Str. 5.
Gediegene Arbeit.
Außerst billige Preise.
Ratenzahlung.

Die Harnleiden
Ihre Gefahren, Verhütung und
Beseitigung von
Dr. med. Schaper,
BERLIN - Preis 1 Mark.
Hies Konsens
Verlag Max Kistner, Frankfurt (Oder)
Beschnittel-Courant

Heinrich Franck
Berlin, Brunnenstr. 185

Java-Umblatt

Vollblatt, 3te Länge,
feinster Brand, leicht
115 Pf. verzollt
Cuba hochfeiner
Geschmack 150 Pf.
verz.

Billige Rohabake.
Max Jacoby, Strolitzerstr. 52

W. Hermann Müller,
Berlin, Magazinstr. 14.
Sumatra Decke Nr. 6198
a 1,70 M. verzollt.
Java-Sumatra Nr. 6195
a 2,50 M. verzollt.
Sollblätter mit guten Farben und
feinem Brand.

Restaurant Gewerkschafts- haus.

Engelstr. 15.

Menu 75 Pf.

Heute Sonntag:

Legierte Kalbfleischsuppe

Nach in Butter
oder Sauerlich-Kraut mit Schnitzel

Glaßierte Kalbsbrust
oder Rinderkalbsbraten.

Kompott oder Salat.

× Reichhaltige Abendkarte. ×

Wochentäglich: Großer bürgerlicher

Mittagstisch cov. 60 Pf.

2 franz. Billards.

2 Kegelbahnen

Weißbier-Ausschank.

R. Augustin.



Gustav
Behrens-
Theater.
Goltzstr. 9.

Das vorzügliche Februar-
Programm.

Schlager auf Schlager.

Il. a.: Neu!

Tobias Brautfahrt.

Komische Operette
und die übrigen erstklassigen
Spezialitäten.

Anfang 8 1/2 Uhr, Sonntag 6 Uhr.

Germania-Prachtsäle.

Carl Richter.

Chausseestr. 110. Chausseestr. 110.

Jeden Sonntag:

Paul Mantheys

lustige Sänger

(ehem. D. Steidts
Sänger)

Neues Programm.

Anfang 8 1/2 Uhr, Eintritt 50 Pf.

mit anschließendem Familienkränzchen

von 5 Uhr ab im weißen Saal

Großer Ball.

Jeden Mittwoch:

Paul Mantheys lustige Sänger

und frei-Tanz.

Vorungelarten gelten.

Markgrafen-Säle

Markgrafendamm 34. hint VII 4277

3rd. Hermann Scholtz.

Jeden **Gr. Ball.**

Säle von 100-1000 Personen zu

Feiern und Versammlungen.

2 Kegelbahnen.

Alhambra

Palmer-Theaterstraße 15.

Jeden **Großer Ball**

Sonntag:

Großes Orchester. Anfang Sonntag

5 Uhr. A. Zamiatat.

Café Meyer

Dressener Str. 129/129.

Kaffee 10 u. 15, Bier, hell u. dunkl. 10 Pf.

ca. 50 Zeitungen; 2 Billards Stb. 40 Pf.

Zahlstelle der Freien Volksbühne.

Billigste Bezugsquelle

gedieg. Trauergarderobe

Westmanns

Trauer-Magazin

Berlin W., Mohrenstr. 37a

NO., Gr. Frankf. Str. 115.

Genaue Beachtung

meiner Firma u. Haus-

nummer geboten!

Dr. Simmel

Spezial-Arzt

für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, dicht am

Moritzplatz,

10-2-5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Direkt anschließend an den Bahnhof

Seegefeld

Ab Station Jungfernheide

20 Pfennig-Tour.

□ **R. v. 10 M. an**

Verkaufstentor am Bahnhof

Nieschalke & Nitsche

Berlin, Neue Königstr. 16.

Verantwortl. Redakteur: Carl Wermuth, Berlin-Rixdorf, Für den Inseratenteil verantw.; Th. Glode, Berlin, Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Die verwöhntesten
und anspruchvollsten Raucher
haben in

JOSETTI VERA

CIGARETTEN

ihre Marke gefunden. Dass diese Cigarette
in Qualität wirklich erstklassig und
im Preis äusserst billig ist, wird heute
von jedem Sachkenner bestätigt.

Joseppi Vera m. u. q. M.
10 Stück 30 Pfg.

Schultheiss-Bier

verdankt sein Renommee
seiner hervorragenden Qualität und Bekömmlichkeit.

Dessin- Möbel

Beständig
dieselben
billigen
Preise.

Panelsala M. 60

C., Rosenthaler Straße 39
Bahnhof Börse, neben „Hackescher Hof“
gelbes Haus

Riesen-Möbellager

Verkauf im Fabrikgebäude
Kulante Bedingungen

Aussichtstisch M. 29

Bett von M. 120

mit Matratze
Satin M. 60

Rasend schnell

worden während der letzten Tage des totalen Inventur- u. Räumungs-Ausverkaufs im

Spezial-Konfektionshause Westmann

Hauptgeschäft: Berlin W., Mohrenstr. 37a (kein Eckhaus, 2. Haus von der Jerusalem Str.)
und Berlin NO., Gr. Frankfurter Straße 115 (kein Eckhaus, 2. Haus von der Androssstraße)

bei den änderste herabgesetzten Preisen die noch unüberschbaren Bestände der Herbst- u. Winter-
saison vorgriffen sein. Sie da-her die günstige Gelegenheit nicht, Damen!

Beachtenswert für fremde!

Uebergangsmäntel

p. Stück **7 1/2** Wert ca. Mark 30,-

Gummimäntel × Capes × Astrachan- u. Plüschkonfektion × Abend- u. Theatermäntel ×
Kostüme! Kleider! Frauenmäntel! Kimonos! Paletots! Jacketts!
Golfjacken! Kostümröcke! Miederröcke! Blusen! Pelzkonfektion!

Wert beinahe bis M. 48,- bis M. 65,- bis M. 100,- bis M. 150,- bis M. 250,- bis M. 450,-
für diese Tage nur M. 9 1/2,- nur M. 19,- nur M. 25,- nur M. 30,- nur M. 50,- nur M. 90,-

Einzelne Frühjahrsmodelle, weil bereits kopiert, 50 Prozent unter Wert!
für jede, auch die stärkste Figur passend vorrätig, zu jedem irgend annehmbaren Preise!
Gratis an jeden Käufer schon von 20.- Mark an: ein elegantes Cape!

Genaue Beachtung meiner Firma und Hausnummer dringend geboten! Sonntag geöffnet 8-10, 12-2 Uhr

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am 6. Februar meine liebe Frau, unsere gute Mutter

Marie Grasse, geb. Dinter, nach langem, schmerzlichen Leiden verstorben ist. 8976

Dies zeigt tiefbetrubt an
Eduard Grasse u. Kindern,
Bornborferstr. 47.

Beerdigung: Dienstag, 9. Febr., nachm. 3 Uhr, von der Halle des Luisenkirchhofs, Wilhelmberg, aus

Für die lebhaften Teilnahme, die uns aus Anlaß des Todes unserer Mutter von so vielen Seiten bezogen worden ist, sagen wir hierdurch unseren herzlichsten Dank.

Berlin, 6. Februar 1909.

Für die Hinterbliebenen:
Theodor Liebknecht.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die Kränkchen bei der Beerdigung meines lieben Sohnes, Bruders und Schwagers, des Vaders **Wilhelm Vogelsänger** sagen wir allen Freunden, Verwandten und Bekannten sowie der „Vorwärts“-Buchdruckerei Paul Singer u. Co. und dem Personal der „Vorwärts“-Buchdruckerei Paul Singer u. Co., dem Deutschen Transportarbeiterverbande, Ortsverwaltung Berlin I und dem dritten Berliner Bahntreife sowie seinen Jugendfreunden unseren herzlichsten Dank.

Die trauernde Mutter
nebst Geschwistern.

8985

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und Kränkchen bei der Beerdigung meines innigstgeliebten Mannes und Vaters, des Steinbruders **August Koschwald** sagen wir allen Verwandten, Bekannten und Freunden sowie im besonderen den Herren Heinrich Friedewald und Oskar Fried, ferner dem Personal der Firma Friedewald u. Fried, dem Verbands der Steinbrüder u. Lithographen (Deutscher Gewerkschaftsbund) und der Orts- und Invalidentasse der Steinbrüder und Lithographen unseren herzlichsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Witwe **Marie Koschwald**
geb. Gabel.
Alfred Koschwald.

Dr. Schünemann
Spezial-Arzt für 50204
**Haut- und Harnleiden,
Frauenkrankheiten.**
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

Bekanntmachung.

**Orts-Krankenkasse
Weißensee.**

**Außerordentliche
General-Versammlung**
der Vertreter

am Donnerstag, d. 18. Februar, abends 8 Uhr, im Restaurant „Zum Prätoren“, hier, Leber Straße 122.

Tagesordnung:

1. Beschlußfassung über Änderung des Satzungsentwurf.
2. Verschiedenes.

Eventuelle Beschwerden gegen die Geschäftsführung werden in der Generalversammlung nur beantwortet, wenn diese mindestens drei Tage vor derselben im Kassenzettel schriftlich abgegeben werden.

Zum Eintritt berechtigt sind nur die mit Einladung versehenen Vertreter.

270/14
Weißensee, den 1. Februar 1909.
Der Vorstand.
der Orts-Krankenkasse für den Gemeindebezirk Weißensee.
Fuhrmann, Vorsitzender.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.**

Todes-Anzeige.

Am 6. Februar verstarb unser Mitglied, der Gastwirt

Karl Glaser
Soldiner Str. 6.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 9. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Luisenkirchhofs, Seelstraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
224/13
Der Vorstand.

**Sozialdemokratisch. Wahlverein
Rummelsburg.**

Am 4. Februar, mittags 1 1/2 Uhr, starb unser Mitglied, der Monteur

Reinhold Hilgert
Bezirk 18.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Sonntag, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause Köpcke-Str. 51, aus statt.

Rege Beteiligung erwartet
3/3
Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am 2. Februar, morgens 1/2 1/2 Uhr, plötzlich auf dem Wege zur Arbeit verstarb mein lieber Mann, unser herzenguter, treusorgender Vater, auch Bruder, Onkel und Schwager, der Eigentümer und Mechaniker

Otto Griebe
im 51. Lebensjahre verstorben ist.

Dies zeigt tiefbetrubt an im Namen der trauernden Hinterbliebenen **Anna Griebe** geb. Stiller nebst Kindern.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 7. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgenkirchhofs, Landberger Allee aus statt.

Sonabend früh verstarb mein lieber guter Mann, der Restaurateur

August Bahlmann
im 59. Lebensjahre.

Dies zeigt tiefbetrubt an
Die trauernde Witwe
Anna Bahlmann geb. Lemko

Die Beerdigung findet am Dienstag, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofs, Germannstraße, aus statt.

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeigen.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Holzleger

Ludwig Rekkitt
am 5. Februar an Brustfellentzündung gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 9. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Ferner starb unser Mitglied, der Schloffer

Willi Sieroslowski.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Montag, den 8. Februar, nachmittags 12 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des südlichen Krankenhauses im Friedrichshagen aus auf dem Central-Friedhof in Friedrichsfelde statt.

Rege Beteiligung erwartet
111/9
Die Ortsverwaltung.

**Zentral-Kranken- u. Sterbekasse
der deutschen Wagenbauer.**
Ortsverwaltung Berlin 8
(Gesundbrunnen).

Todesanzeige.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Steinmetz

Theodor Märtins
am 5. Februar, früh 5 1/2 Uhr, verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Montag, den 8. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Central-Kirchhofs, Pinguin-Allee aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung bitten
9009
Die Ortsverwaltung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meiner Frau sage ich den Kollegen und Kolleginnen der „Deutschen Marie“ sowie dem Buchbinder-Verbande herzlichsten Dank.

Otto Nagora.

9015

Parteigenossen! Macht überall auf die am Dienstag, vormittags 10 Uhr, stattfindenden Versammlungen der Arbeitslosen aufmerksam.

Am Mittwoch, den 10. ist Jahlabend in Groß-Berlin, zu welchem alle Organisierten erscheinen müssen.

Parteigenossen!

Im Einverständnis mit den Vorständen der Verbände sozialdemokratischer Wahlvereine Groß-Berlins sowie der Provinz Brandenburg beruft der unterzeichnete Ausschuss eine Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter

Groß-Berlins und der Provinz Brandenburg zu Sonntag und Montag, den 14. und 15. Februar 1909 in Saal 4 des Gewerkschaftshauses Berlin SO., Engelauer 15, ein.

Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt:

- 1. Die Rechte der Gemeinden. Referent: Genosse Hirsch.
2. Das Finanzwesen der Gemeinden. a) Etat und Steuern. Referent: Genosse Heimann. b) Die wirtschaftlichen Unternehmungen der Gemeinden. Referent: Genosse Vorgmann.
3. Unser Kommunalprogramm. Referent: Genosse Hirsch.

Wir ersuchen die Genossen, die Vorarbeiten für die Konferenz — Wahl von Delegierten, Stellung event. Anträge — baldigst zu bewirken.

Die Parteigenossen Groß-Berlins, welche zur Konferenz kommen, werden ersucht, von ihrer Delegation dem Bureau des Verbandes der Wahlvereine, Lindenstr. 69, Mitteilung zu machen. Ebenso wollen die Genossen der Provinzreise dies dem Brandenburgischen Provinzialsekretariat, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, mitteilen, damit eventuell Vorlagen und Mitteilungen zugesandt werden können sowie für Logis Sorge getragen werden kann.

Mandatsformulare sind von denselben Stellen einzufordern.

Im Anschluß an die Konferenz ist für Dienstag, den 16. Februar eine Besichtigung hervorragender städtischer Einrichtungen — Pumpstation, Rieselgut, Krankenhaus, Schlachthof — geplant. Wir ersuchen die Delegierten, bei Anmeldung mitzutheilen, ob sie an dieser Veranstaltung teilzunehmen wünschen.

Der Ausschuss der Stadtverordneten und Gemeindevertreter. J. A.: Emil Vasner.

Die Verwüstungen durch Hochwasser.

Noch immer trübselig lauten die Meldungen, die aus den verschiedensten Teilen des Reiches über das Hochwasser eintreffen. Wie gestern so sind auch heute Vernichtungen von Menschenleben zu beklagen. Allein in Thüringen auf dem Eichsfeld und im Harz zählt man bisher 21 Opfer. Der Schaden, der durch das Hochwasser angerichtet ist, sowie die dadurch erfolgten Betriebsstörungen sind noch nicht zu übersehen. Nur vereinzelt wird von einem Rückgang des Wassers berichtet. Es liegen heute folgende Meldungen vor:

Dresden, 6. Februar. Seit 8 Uhr morgens herrscht auf der böhmischen Elbe Eisgang. 80 Zentimeter starke Schollen reihen alle Wehre der im Bau befindlichen Augustusbrücke ab. Die Unterbrücke wurde gesperrt, da der zweite Schiffschleppseil weggerissen ist. Der Wasserstand beträgt jetzt 70 Zentimeter über Null. Die Bauleitung kündigt für den Abend drei Meter über Null an. Tausende beobachten das grandiose Schauspiel auf der Elbe. Kran und Lokomotive werden eilig abmontiert. Der große Kran stürzte um 10 Uhr vormittags ein und rief vier Arbeiter mit, die wunderbarerweise ohne ernstliche Verletzungen davonkamen.

Aus allen Gegenden Sachsens laufen noch fortgesetzt Unglücksnachrichten über Hochwasser ein. In Hammel-Untersiebenbrunn sind ihm zwei Erwachsene und ein Kind zum Opfer gefallen, die von einem zusammenstürzenden Hause erschlagen wurden. Bis jetzt sind in Sachsen sieben Personen in den Fluten umgekommen. Zahlreiche andere sind verletzt. Sämtliche Städte und Dörfer des Hochanlaufs und des Sechsmalaes stehen heute unter Wasser. In verschiedenen Fabriken mußte der Betrieb eingestellt werden. Fast überall sind die Schulen geschlossen, die Bahnverbindungen sind jedoch meist wieder hergestellt.

Leipzig, 6. Februar. Infolge des Hochwassers sind die nördlichen und westlichen Vororte teilweise überschwemmt. In Gohlis mußte heute früh der elektrische Straßenbahnbetrieb zum Teil eingestellt werden. Das ganze Rosenthal liegt unter Wasser. In Schleißig mußte die Feuerwehr alarmiert werden, um die Bewohner aus mehreren bedrohten Häusern in Sicherheit zu bringen. Die Wassermassen, die große Eisschollen führen, sind im Steigen begriffen. Eine spätere Meldung aus Leipzig besagt: Das Hochwasser ist hier noch immer im Steigen begriffen. In der Antoinettenstraße und in der Rödelstraße rettete heute vormittags die Feuerwehr mit Rähnen die Bewohner der unteren Stockwerke. Die auf dem Wasser treibenden Möbel wurden ebenfalls geborgen. Bisher führten mit

Rähnen den Bewohnern der oberen Stockwerke Lebensmittel zu. In den Vororten Plagwitz und Lindenau haben verschiedene Fabriken wegen des eindringenden Wassers den Betrieb eingestellt. In verschiedenen Fällen wurde die Feuerwehr zum Auspumpen zu Hilfe gerufen.

Erfurt, 6. Februar. Amtliche Meldung. Die Strecke Nordhausen-Erfurt wird heute wieder betriebsfähig.

Greiz, 6. Februar. In Niedertrößen bei Drlamünde haben die Wassermassen, der „Greizer Zeitung“ zufolge, einen Erdbeben verursacht, der auch den Friedhof berührte. Grabdenkmäler wurden umgeworfen und Gräber bloßgelegt. Die Friedhofsmauer droht einzustürzen.

Lissa, 6. Februar. Um 10 Uhr kamen plötzlich gewaltige Wasser- und Eismassen von der oberen Mulde. Die ganze Gegend ist wellenweit überflutet, die unteren Stadtteile sind bedroht. Die reichen herzoglichen Bildstände sind dezimiert.

Hannover, 6. Februar. Das Hochwasser der Leine und Ihne hat hier bereits verschiedene Verkehrsbehinderungen hervorgerufen. Einzelne Straßenbahnstrecken mußten den Betrieb einstellen. Der Verkehr mit der Nachbarstadt Linden ist teilweise gehemmt, da die Ihnebrücke, der Hauptverbindungsweg zwischen Hannover und Linden, heute vormittags von der Polizei gesperrt wurde. In Hameln hatte die Weiler heute vormittags ihren höchsten Stand erreicht und ist jetzt in langsamem Fallen begriffen. Da jedoch von Hannover-Münden erneutes Steigen des Wasserpiegels gemeldet wird, so dürfte wieder Hochwasser auf der Weiler zu befürchten sein.

Hannoversch-Münden, 6. Februar. Seit Mitternacht ist der Wasserpiegel der Weiler bis auf 1/2 Meter gestiegen. Aus vielen Häusern flüchten die Bewohner; viele sind obdachlos. Das Wasser steigt weiter.

Hannoversch-Münden, 6. Februar. Heute nachmittag ist ein Pionierkommando von 80 Mann nach dem Ueberschwemmungsgebiet bei Heiligenstadt und Uder abgegangen.

Frankfurt a. M., 6. Februar. Der Wasserstand des Mains erreichte um 11 Uhr nachts fünf Meter. Der Strom überfließt überall die Ufer. Die sächsische Verbindungsbahn stellt den Betrieb ein. Der nach Sachsenhausen führende eiserne Steg wurde für den Verkehr gesperrt.

Mainz, 6. Februar. Amtliche Meldung. Wegen Sperrung der Bahnstrecke Niederlahnstein-Oberlahnstein und Unterwaldung des einen Gleises zwischen Oberlahnstein-Blod Hohenrhein werden bis auf weiteres die D- und Schnellzüge Frankfurt-Müdesheim-Niederlahnstein-Köln über Frankfurt-Rainz-Wingerbrück-Koblenz, die Sitzzüge über Frankfurt-Wiesbaden-Rainz-Nombach-Wingerbrück-Koblenz geleitet. Der Personenzugverkehr wird durch eingleisigen Betrieb über Oberlahnstein-Blod Hohenrhein-Niederlahnstein aufrechterhalten. Zwischen Wiesbaden und Oberlahnstein sowie umgekehrt verkehren die Sitzzüge 47, 44, 55, 52, 56, 48 und die D-Züge 171 und 68 für den Lokalverkehr.

Rhein, 6. Februar. (Amtliche Meldung.) Auf der rechten Rheinseite findet der Pendelverkehr auf der Teilschleife Wilhelmshütte-Jahr nicht mehr bis Friedrich-Wilhelmshütte, sondern nur bis Veuel statt.

Reuwhied, 6. Februar. Das Wiedtal hat durch Ueberschwemmungen sehr gelitten. Die Wied hat sich, der „Reuwhieder Zeitung“ zufolge, einen Weg mitten durch das Dorf Dageroth gebahnt. Vier Häuser sind dort eingestürzt, vierzehn stehen unter Wasser. Bei Hausen sind zwei Feuerwehrleute bei den Rettungsarbeiten ertrunken. Das Rasselsteiner Eisenwerk, das über tausend Arbeiter beschäftigte, hat den Betrieb eingestellt.

Essen a. d. R., 6. Februar. (Amtliche Meldung.) Infolge Bruchs des Umsicherdeichs ist Station Gelsenkirchen-Bismarck überflutet und außer Betrieb. Der Personenverkehr wird über Oberhausen umgeleitet.

Kärnten, 6. Februar. Das Hochwasser geht stark zurück, doch sind die Ufer der inneren Stadt noch unpassierbar. Ein fünfzigjähriger Schneiderlehrling ist ertrunken. Das Haus Kleinweidenmühle 4 ist eingestürzt. In Vogtendorf bei Stronach ist der Mühlensbesitzer Buschmann ertrunken, in Hummendorf ertranken zwei Kinder. Die Hauptbahn Kärnten-Schwandorf ist durch Brückeneinsturz bei Hartmannsdorf unterbrochen.

Kärnten, 6. Februar. Aus Mittelkranken und der Oberpfalz wird starkes Fallen des Wassers gemeldet. Bei Eitersdorf wurde auf der Pegnitz eine weibliche Leiche angetrieben.

Regensburg, 6. Februar. Der Direktor der Farbenfabrik in Singing bei Regensburg, der die Sicherungsarbeiten bei der durch das Hochwasser der Laber stark gefährdeten Fabrik leitete, stürzte in die hochgehenden Wellen und wurde bis zur Donau hinausgetragen, wo er bewußtlos aufgriffen wurde. Er starb einige Stunden später. Die Donau ist seit gestern um mehr als einen halben Meter gestiegen und noch ständig im Steigen begriffen. Besonders gefährdet ist die Lage in Stadthaus und Steinach. Die Verbindung nach beiden Orten ist vollständig unterbrochen.

München, 6. Februar. Ueber den Hochwasserstand in Bayern wird von mittags 12 Uhr amtlich gemeldet: Das Hochwasser im Moingebiet — verursacht durch sehr starken Regen, der in frisch gefallenen Schnee fiel und überall gestörten Boden vorfand — hat namentlich in der Pegnitz und der Saale abnorm hohe Wasserstände erzeugt. Der immer noch, wenn auch nur schwach anhaltende Regen wird ein rasches Fallen der Wäde und Flüsse verzögern. Der Main hat nun die Wasser des Gebietes oberhalb der Regnitzmündung aufgenommen und wird rasch sehr hohe Stände erreichen. Die Flutwelle braucht von der Regnitzmündung bis Aschaffenburg etwa 60 Stunden. — Vom Donaugebiet ist zu melden, daß nur die linksseitigen Zuflüsse, Wernitz, Altmühl, Raab und Regen, Hochwasser gebracht haben, allerdings so bedeutend, daß in der Donau ab

Regensburg ziemlich hohe Stände eintreten werden. Die Zuflüsse aus dem Alpenvorlande sind fast ganz ruhig verblieben, eine abnorm hohe Wasserwelle ist daher in der Donau nicht zu befürchten.

Das Hochwasser in Oesterreich.

Wien, 6. Februar. Noch immer laufen aus Böhmen und Oberösterreich alarmierende Meldungen über das Hochwasser ein. Ueberaus ernst ist die Lage in den Gebieten von Brüx, Eger, Pilsen und Karlsbad. Es herrscht fortwährend regnerische Witterung.

Drei Männer und zwei Kinder ertrunken.

Stuttgart, 6. Februar. In Altbach bei Blochingen ist heute nachmittag dem „Schwäbischen Merkur“ zufolge, im hochgehenden Redar ein Raubin mit drei Männern von den Fluten umgerissen worden. Die Insassen sind ertrunken.

Wartkretz, 6. Februar. Im Hochwasser sind hier zwei Kinder ertrunken.

Wardburg, 6. Februar. Die neue Zahnbrücke bei Roth ist durch das Hochwasser stark beschädigt worden.

Werdorf, 6. Februar. Amtliche Meldung. Die Strecke Köln-Siegen ist zwischen den Bahnhöfen Ku und Herden durch Einsturz einer Brücke im Kilometer 50,2 und Beschädigung der Eulenbrückenbrücke im Kilometer 61,8 für den gesamten Verkehr gesperrt. Der Personenverkehr für Richtung Köln und Uebergang erfolgt ab Werdorf über Hagen.

Partei-Angelegenheiten.

Vorträge über Frauenfrage.

Am nächsten Montagabend 8 Uhr beginnen die Vorträge der Genossin Zeitin über die Frauenfrage in Kellers Salon, Kappenstraße 29.

Einige Eintrittskarten sind noch bei den Bezirksführern und im Lokal vor Beginn der Vorträge zu haben. Der Aktionsausschuß.

Achtung, Arbeitslosen-Versammlungen! In den Vororten haben die Vorsitzenden der Wahlvereine für Anmeldung der Versammlungen Sorge zu tragen. Die Einberufer.

Zur Lokalliste. In Charlottenburg veranstaltet am 13. d. M. der Arbeiterverein „Stadt auf im Taktischen Belt“ einen Rasenball; ein gleiches Fest feiert an demselben Tage der „Athletik-Sportklub Siegfried“ im Lokal „Schwarzer Adler“ (Inh. Haack in Mariendorf). Beide Lokale stehen der Arbeiterkassen zu Versammlungen nicht zur Verfügung und ersuchen wir daher, alle etwa angebotenen Billets zu obigen Vergnügungen entschieden zurückzuweisen.

Zweiter Wahlkreis. Heute, Sonntag, den 7. Februar, mittags 1 resp. 2 Uhr, in der Urania, Laudenstr. 48: Lichtbildervortrag: „Von Abbazia nach Karfu“. Die Bildkäse werden um 1 Uhr geöffnet, die Vorstellung beginnt pünktlich 2 Uhr. Die Vorstellung findet im Theater von 1 Uhr ab statt. Der Vorstand.

Charlottenburg. Wegen des am Freitag, den 12. Februar, stattfindenden Extrajahlabends fällt der ordentliche Jahlabend am Mittwoch aus. Die Genossen werden ersucht, dafür pünktlich am Freitag zu erscheinen. Ferner machen wir darauf aufmerksam, daß am Dienstag, den 9. Februar, vormittags 8 1/2 Uhr, im „Volkshaus“ eine öffentliche politische Versammlung stattfindet. Der Vorstand.

Rixdorf. Vortragstournee. Der 5. Vortragabend des Genossen Heinrich Schulz findet am Montag, den 8. Februar, 8 1/2 Uhr, bei Hoppe, großer Saal, statt. Das Thema lautet: „Das geistige Leben im vormaligen Deutschland.“ Wegen des wichtigen Themas weisen wir besonders auf diesen Vortragabend hin. Der Bildungsausschuß.

Tempelhof. Der Jahlabend findet nicht Mittwoch, sondern Freitag, den 12. Februar statt.

Erker. Mittwoch, den 10. Februar, findet die Mitgliedserversammlung des hiesigen Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Arbeitslosenzählung, 2. Wahl eines zweiten Lokal-Kommissionsmitgliedes, 3. Aufnahme neuer Mitglieder, 4. Verschiedenes.

Waldmannslust-Hermendorf. Montag, den 8. Februar, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Schweizerhaus“ in Waldmannslust eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Genosse A. Stadthagen über: „Deutschland in der Welt voran?“ referieren wird.

Weißensee. Die Hilfskräfte und alle diejenigen, welche bei der Arbeitslosenzählung helfen wollen, werden ersucht, sich morgen, Montag, den 8. Februar, pünktlich abends 8 Uhr, im „Prälator“, Lehberstr. 122, einzufinden. Bei der Wichtigkeit der Angelegenheit darf kein Genosse oder Interessent fehlen.

Rosowes. Mittwoch, den 10. Februar, findet die Versammlung des Wahlvereins im Lokal des Herrn Ernst Schmidt, abends 8 1/2 Uhr, mit folgender Tagesordnung statt: 1. Die bevorstehende Gemeindevahl. Referent: Gemeindevertreter Genosse Gruhl. 2. Aufstellung von Kandidaten. 3. Wahl von Delegierten zur Kreisgeneralversammlung. 4. Fortsetzung der Tagesordnung von der vorigen Versammlung. Gäste haben Zutritt, auch werden neue Mitglieder aufgenommen.

Friedenau. Wir machen nochmals auf die heute morgen stattfindende Flugblattverbreitung zur Gemeindevahl aufmerksam. Heute, Sonntag, nachmittags 1/2 Uhr, im „Reinschloß“ öffentliche Gemeindevahlerversammlung: „Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Gemeinde.“ Referent: Stadtverordneter Dr. Alfred Bernstein-Berlin.

Friedrichsfele. Heute, Sonntag, früh 8 Uhr, findet von den Bezirkslokalen aus eine wichtige Flugblattverbreitung statt, zu der unbedingt alle Mann zur Stelle sein müssen.

In Mariendorf ist das Lokal „Zum alten Esplanier“ (Purtschke), Chauffeeer 82, durch Beschneidung in die Hände eines Herrn Graf übergegangen. Genannter Herr hat sofort nach seiner Übernahme der Arbeiterschaft das Lokal entzogen. Wir erlauben deshalb die Parteigenossen, speziell die Kirchhofsbesucher obiges Lokal zu meiden.

Die Lokalkommission.

Berliner Nachrichten.

Schumann und Bibel.

In Preußen geschehen noch Zeichen und Wunder. Ein solches Gotteswunder ist der fromme Witz, den uns Freund Satyr auf den Arbeitstisch weht. Außer Rand und Band ist er, der liebe Kerl mit dem süßen Teufelslachen. Hat er den seltsamen Papierzettel aus der vierten Dimension geholt? Oder ist es ein bissiger Karnevalscherz? Aber nein, da steht deutlich und untrüglich mit fetten Buchstaben: „Christliche Versammlungen für Polizeibeamte“. Uff... ich kann nicht mehr, ich stide vor Lachen. Unsere herrlichen Blaukitteln mit Gesangbuch und Bibel bewaffnet, Hände faltend und Choräle plärrend... es ist zum Totzschreien! Eigentlich zwar hats Sinn. Wo in Preußen alles mit Gewalt verrommt werden soll, müssen diejenigen, so auf andere aufpassen sollen, mit gutem Beispiel vorangehen. Der schnurrige Waff, der auf diese löbliche Idee kam, muß allerhöchsten Konfessionsrat werden. Er stellt die angebrüllte Kniebeuge vom Kaiserhof in Parallele mit dem Kniefall in der Kirche und sieht in ehemaligen Rekrutenlehrern, die das ABC der Bildung mit Vöfeln gegessen haben, treffliche Volkserzieher. Ja, wenns mit Sabelhieben und Fußtritten allein getan wäre! Aber unsere lieben Schulleute, denen für gewöhnlich nur die schwarze Amtstinte um die ungeschlachten Finger oder der Strafendrock um die Ohren spricht, sollen noch weit „gebildeter“ werden. Was sie in der Jugend auf einer hinterpommerschen Dorfschule verärrt haben, sollen sie nachholen im kräftigen Mannesalter, wo andere Sterbliche schon selbstständig denken können, durch kindliche Bibelstunden. Mancher freilich wird auch da noch nichts lernen.

Doch wir wollen unseren Genossen den Mund nicht länger wässrig machen auf dieses wahrhaft klassische Dokument modernen Kirchentums. Auf der Vorderseite des gedruckten Textes wird angekündigt, wann und wo die famose Schumannsverrommung stattfindet. Nach Dienstschluss natürlich und nur in den dunklen Abendstunden. Solche verächtlichen Wege des heiligen Geistes vertragen ja auch nicht das helle Tageslicht. In Rixdorf stellt ein frommer Fridolin seine Räume zur Verfügung und in Moabit ein adliger Generalleutnant vom Stabe des Vereins christlicher junger Männer. Auch der gottesfürchtige „Klingelbolle“ leistet den sündigen Polizeiern Schrittmacherdienste zum Seelenheil, und im hohen Norden, im Gemeindehause der Schönhauser Allee 142, waltet bekanntlich das gläubige Herz des braven Erpators, Häuserinspektanten und Kriegerheimgründers Diestekamp. Das Beste jedoch ist die „Erklärung“ auf der Rückseite des frumbden Zettels. Da wird auseinandergesetzt, daß diese christlichen Versammlungen von der Behörde genehmigt und durch Plakate in den Revierwachen bekanntgegeben sind. Wohl gemerkt, in denselben Revierwachen, die so oft der Schaulay recht häßlicher Auftritte gewesen sind. Die Behörde gibt also nett und rund zu, daß ihren Beamten die geistliche Verbesserungskunde ein dringendes Erziehungsbedürfnis ist. Propaganda für irgendwelche religiöse Gemeinschaften darf nicht gemacht werden. Das ist sehr weise, sonst könnte vielleicht das halbe Schuttmannsheer zur Heilsarmee desertieren. Geld kostet der Spaß angeblich nicht, wie es vorbeugend weiter heißt. Vielmehr vereinige man sich lediglich zu dem Zweck, die Bibel gemeinsam zu betrachten und sich Aufschluß über Fragen daraus zu verschaffen, die das tägliche Leben und unsere ewige Zukunft betreffen.

Ist dieser Nachsatz nicht der blutigste Sohn auf die Methode, wie dieselben Schulleute von ihren Vorgesetzten veranlaßt werden, auf anständige Arbeiter, die singend die Straßen durchziehen und für ihr gutes Recht demonstrieren, mit blanker Waffe dreinzuschlagen? Ist es nicht eine Blasphemie sondergleichen, daß eine Polizei, die im Dienste der Menschenentrechtung steht, mit frommem Augenaufschlag ihre Angestellten zum Gebet ruft? Und da will man sich noch entrüsten über Sozialdemokraten, denen Religion Privatangelegenheit ist! Wahrlich — Berliner Schulleute mit dem auf friedliche Menschen gezückten Sabel in der Rechten und mit der Bibel in der Linken... es ist eine prächtige Satire auf das praktische Polizeileben, ein köstliches Titelbild für den „Simplizissimus“.

Heber die Viehzählung von 1908 ist jetzt für Berlin ein vorläufiges Ergebnis vom Statistischen Amt bekanntgegeben worden. Die Zählung erstreckte sich diesmal nur auf Pferde, Kinder, Schafe, Schweine, während im vorhergehenden Jahr auch Maultiere, Esel, Ziegen, Federvieh, Bienenstöcke gezählt worden waren. Unter 28910 Grundstücken waren 6856, auf denen Tiere der diesmal berücksichtigten Art gehalten wurden. Wird bezüglich der Kinder, Schafe, Schweine der Vieh- und Schlachthof ausgerechnet, so waren in Berlin 51047 Pferde, 11284 Kinder, nur 56 Schafe und 1557 Schweine vorhanden. Gegenüber dem vorhergehenden Jahr hat sich verringert die Zahl der Pferde wieder um 1530, die der Kinder um 79, der Schafe um 56, während die Zahl der Schweine sich noch um 45 erhöht hat. Auf dem Vieh- und Schlachthof wurden diesmal 1261 Kinder, 3339 Schafe, 4039 Schweine gezählt, die den oben angegebenen Zahlen des übrigen Berlin hinzuzufügen sind. Der Viehbestand des Vieh- und Schlachthofes war so mächtig, weil der Zähltag (1. Dezember) ein Dienstag war. Von den einzelnen Stadtteilen sind begreiflicherweise die äußeren am stärksten, die inneren am schwächsten an der Viehhaltung beteiligt, wobei bezüglich der Pferde von den mit Kasernen besetzten Stadtteilen abgesehen werden muß. Zur Kennzeichnung der Gegenseite, die zwischen der Innenstadt und den Außenbezirken bestehen, seien hier nur zwei Beispiele angeführt. Gezählt wurden auf dem Gesundbrunnen noch 3261 Pferde, 833 Kinder, 462 Schweine, 2 Schafe, aber in der Friedrichstadt nur noch 686 Pferde, 49 Kinder, kein Schwein, kein Schaf.

Das Realienbuch des Berliner Lehrervereins.

Auf Allerhöchsten Befehl Sr. Maj. Wilhelms II. hat der Reichsminister in den preussischen Schulen der Ausbreitung sozialistischer und kommunistischer Ideen entgegenzuwirken und durch

Pflege der Gottesfurcht und der Liebe zum Vaterlande die Grundlage für eine gesunde Auffassung auch der staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse zu legen. Nach den Ausführungsbestimmungen, die der kaiserliche Unterbefehlshaber, der Kultusminister v. Gohler, zu diesem Programm erlassen hat, soll das dadurch geschehen, daß die fast ein halbes Jahrtausend erfüllende ununterbrochene Arbeit der Hohenzollern für ihr Land und Volk besonders hervorgehoben wird, und daß sämtliche preussischen Könige in dem Unterrichte der Jugend eine hervorragende Stelle erhalten. Also nicht das soll gelehrt werden, was die wissenschaftliche Geschichtsforschung für wahr erlangt hat, sondern Verherrlichung der Hohenzollern und ihrer Trabanten, der junkerlichen Bureaucraten und Sabelhelden.

Das auch in den Berliner Gemeindeschulen in dieser Beziehung etwas Tüchtiges geleistet wird, weiß jeder, der sie besuchen mußte oder Kinder in dieselbe schickt. Seit dem 1. Oktober v. J. hat nun der Geschichtsunterricht an unseren Gemeindeschulen durch Einführung von Realienbüchern ein neues Hilfsmittel erhalten. Dabei ist einem der drei Schulbücherbezirke, in die Berlin bekanntlich geteilt ist, das vom Berliner Lehrerverein herausgegebene Realienbuch überwiesen. Daß die privaten Schulbuchfabrikanten, die ja nur im Interesse ihres Geldbeutels abhändeln, der maßgebenden Geschmacksrichtung Rechnung tragen und in der Veteihkrückerung der Hohenzollern leisten, was irgend möglich ist, damit ihr Traktatchen vor den Behörden Gnade findet, ist menschlich verständlich. Weniger verständlich ist es schon, daß eine so große Korporation wie der Berliner Lehrerverein, der doch zuweilen in liberalen Jahrmäßen segelt, ja sogar manchmal demokratisch schillert, in ihrem Realienbuch die Hohenzollernlegende mit ganz besonderem Eifer gepflegt hat. Oder sollte das vielleicht die neueste Form des modernen deutschen Realienbuchs sein? Gänzlich unverständlich bleibt uns aber, daß sich in dem erwähnten Buche Tatsachen finden, die selbst den Berliner Gemeindeschulkindern als widerförmig und falsch erscheinen müssen.

Wir möchten hier bloß ein Beispiel herausgreifen, den Abschnitt über Wilhelm II. Selbstverständnis macht nach der Meinung eines Berliner Volksschullehrers S. W. alles. Da sichert er zunächst den Frieden und stärkt die deutsche Wehrkraft. Da wahrer er Deutschlands Ehre und sorgt für die arbeitenden Klassen. Das letzte Thema wird dann mit besonderer Liebe behandelt: wir finden da wörtlich folgendes:

„Unser Kaiser hat wie sein Großvater ein warmes Herz für die arbeitenden Klassen. Am 1. Januar 1900 trat das Gesetz der Invaliditäts- und Altersversicherung in Kraft. Es gewährt dem Arbeiter, der in seinem Berufes Invalide wird, die Mittel zum Lebensunterhalt. Der 70 Jahre alte Arbeiter braucht nicht mehr zu arbeiten; er erhält eine Rente, so daß er einen sorgenfreien Lebensabend hat.“

Wenn wir nicht irren, wird in den Berliner Gemeindeschulen im Rechenunterricht auch die Invaliditäts- und Altersversicherung berührt. Es dürfte also den Verfassern nicht ganz unbekannt sein, welche feudalen Renten im Deutschen Reich gezahlt werden. Auch die heutigen Lebensmittelpreise scheinen der Berliner Lehrerschaft nicht ganz unbekannt zu sein, da sie in ihren Versammlungen und ihrer Presse oft behauptet, daß bei den jetzigen teuren Preisen mit monatlichen Gehältern von 200 bis 400 Mark nicht auszukommen sei. Daß demgegenüber eine monatliche Rente von 10—20 Mark dem Invaliden die Mittel zum Lebensunterhalt gewähren und dem alten Arbeiter einen sorgenfreien Lebensabend sichern soll, ist denn doch ein starkes Stück. Am wenigsten sollte das in einem Buche stehen, das für Berliner Arbeiterkinder bestimmt ist, die doch größtenteils schon wissen, was zum „sorgenfreien“ Leben gehört.

Die Zentralkommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte veranstaltet in kommenden Woche wiederum hygienische Vortragskurse, welche wie nachstehend aufgeführt, stattfinden. Der Zutritt zu diesen Vorträgen ist für jedermann unentgeltlich.

Am Donnerstag, den 11. Februar, sprechen in den Aulen der nachbenannten Gemeindeschulen über das Thema: „Verdauung beim Gesunden und Kranken“, Herr Dr. Ratkowski in der 247/252. Gemeindeschule, Rigaer Straße 81/82; Herr Dr. G. Dirksfeld in der 240/254. Gemeindeschule, Waldener Straße 25/26; Herr Dr. G. Sandberg in der 117/178. Gemeindeschule, Eberswalder Straße 10; Herr Dr. G. Glädsman in der 115/237. Gemeindeschule, Stalitzer Straße 55.

Am Freitag, den 12. Februar, sprechen über das Thema: „Ursachen und Verhütung der Scharlach“ Herr Dr. J. Friedberg in der 91/101. Gemeindeschule, Weienaustraße 7; Herr Dr. R. Rosen in der 81/109. Gemeindeschule, Lillier Straße 4/5; Herr Professor Dr. Th. Sommerfeld in der 118/127. Gemeindeschule, Pankstraße 8; Herr Dr. G. Wehl in der 228/279. Gemeindeschule, Pankstraße 5.

In Vogelsang-Rummelsburg in der neuen Schule, Markstraße, spricht am Dienstag, den 9. Februar, Herr Dr. G. Dirksfeld über das Thema: „Hals-, Hals- und Ohrenleiden“.

In Charlottenburg in der 12. Gemeindeschule, Sophie-Charlotten-Straße 69, spricht am Mittwoch, den 10. Februar, Herr Prof. Dr. Madenrodt über das Thema: „Frauenleiden und ihre Verhütung“. (Nur für Frauen.)

In Lichterberg, in der Gemeindeschule Kronprinzenstr. 10, spricht am Donnerstag, den 11. Februar, Herr Dr. Steiner über das Thema: „Unfälle des täglichen Lebens“.

In Pankow, in der 2. Gemeindeschule in der Gramowstraße, spricht am Donnerstag, den 11. Februar, Herr Dr. F. Mendel über das Thema: „Augenpflege in Schule und Haus“.

In Rixdorf, in der 9/10. Gemeindeschule, Kaiser-Friedrich-Straße 4, am Hermannplatz, spricht am Freitag, den 12. Februar, Herr Dr. Berger über das Thema: „Augenverletzungen“.

In Schöneberg, in der 10/11. Gemeindeschule, Feurigstraße 61/62, spricht am Dienstag, den 9. Februar, Herr Dr. G. Citron über das Thema: „Ernährungsstörungen“.

In Tempelhof, Kaiserin Augustastr. 1, bei Herrn Wunder, spricht am Freitag, den 12. Februar 1909, Herr Dr. A. Sachs über das Thema: „Knochen- und Gelenkleiden“.

In Weichensee, in der Gemeindeschule Langhansstr. 120, spricht am Freitag, den 12. Februar 1909, Herr Dr. A. Braun über das Thema: „Krampfadernleiden und Veinergüsse“.

Sämtliche Vorträge beginnen pünktlich um 8 Uhr abends.

Berliner Arbeiterverein für Ebdstoffe. Im Monat Januar nächtigten im Männerzähl 21594 Personen, wovon 10305 badeten, im Frauenzähl 4649 Personen, wovon 2348 badeten. Arbeitsnachweis wird erbeten für Männer: Biesenstr. 55/56, für Frauen: Kolberger Straße 30.

In den Aulen liegen sich beide. Zu särmischen Austritten kam es Freitagabend in einer Versammlung der Wähler der II. Klasse im 12. Kommunalwahlbezirk, wo der Stadtverordnete Häubrich kein Amt niedergelegt hat. Es sind zwei liberale Kandidaten aufgestellt worden; vom Wadlandschlag der freisinnigen Partei der Gutmacher Lucht, von dem Grundbesitzerverein der Rektor Dr. Knauer. Beide Kandidaten hielten in der Versammlung Ansprachen und beteuerten ihren Liberalismus. In der Diskussion aber kam es dann zu großen Vämigungen. Der Stadtv. Max Schulz sprach von einem Elanentwesen im Grundbesitzerverein Frankfurterbezirk, dessen Leiter, Grundbesitzer Wege, konservativer Reichstagskandidat war und sich heute „liberal“ nenne. Wenn die Grundbesitzer im 12. Bezirk noch Anspruch erheben, als liberal angesehen zu werden, so müßten sie für den Kandidaten der freisinnigen Partei, Lucht, eintreten. Es ein anderer Redner behauptete, daß der Rektor Knauer sich von den antisemitisch-konservativen Hintermännern des Grundbesitzervereins habe aufstellen lassen und der Hoffnung Ausdruck gab, daß er

zurücktreten werde, nachdem er darüber aufgeklärt ist, wer die Macher im Grundbesitzerverein sind, erhob sich großer Lärm, so daß die Rede „Raus, Raus! Jude!“ die weiteren Ausführungen des Redners unverständlich machten. Rechtsanwält Friedrichmann, der ebenfalls für Lucht eintrat, wurde von dem Vertreter des Grundbesitzervereins Frankfurterbezirk, Wege, heftig angegriffen, und als er gegen diesen sprach, niedergeworfen. — Dann wiesen einige Disziplinredner darauf hin, daß es sich im 12. Bezirk lediglich um Personfragen handle. Die Grundbesitzer seien konservativ und wollten keinen liberalen Mann wählen. Nachdem Schluß der Debatte eingetreten war, wollte ein Vertreter des freisinnigen Wahlvereins eine vorher angemeldete Erklärung abgeben, wurde aber nicht zum Worte gelassen. Mit dem Rufe: „Alle Liberalen raus!“ erhoben sich die Freisinnigen und verließen die Versammlung, welche nun den Rektor Knauer als Kandidaten nominierte.

Auf dem Wege zur Arbeit überfahren und getötet wurde gestern morgen der 21 Jahre alte Fensterputzer Friedrich Bedronek aus der Parochialstraße 29. Mit der Leiter auf der Schulter und dem Eimer in der Hand ging der junge Mann um 7 Uhr durch die Wallstraße, um die Kundschaft aufzusuchen. Als er vor dem Märkischen Kaufhaus an einem Geschäftswagen vorüberging, sah er nicht, daß aus der anderen Richtung ein Lastwagen gefahren kam. Dieser ging ihm über den Unterleib und verletzte ihn so schwer, daß er bestunungslos liegen blieb. Der Verunglückte wurde von einem Schuttmann des 27. Reviers nach der Unfallstation V am Spittelmarkt gebracht, starb aber schon auf dem Wege dorthin. Die Leiche wurde dem Schauhause überwiesen.

Rot und Arbeitslosigkeit haben den 36 Jahre alten Bauhandwerker Ferdinand Halbert aus der Lothringer-Straße in Weihensee in den Tod getrieben. Er war lange Zeit arbeitslos und da alle seine Bemühungen, wieder Beschäftigung zu erhalten, vergeblich waren, nahm er sich in der Verzweiflung das Leben; der Unglückliche erhängte sich in seiner Wohnung.

Rassenerkennung wegen Notzucht.

Eine 17 Jahre alte Arbeiterin K. aus Weihensee wurde gestern auf freiem Felde von sechs Männern vergewaltigt, so daß sie das Bewußtsein verlor. Kaum wieder zu sich gekommen, wurde sie von anderen Scharfsten, die noch dazu gekommen waren, ebenfalls mißbraucht, bis sie abermals bestunungslos wurde. In diesem Zustande wurde sie aufgefunden. Diejenigen der Inholbe, die die Mißhandelte kannte, die Arbeiter Franz Schipper und Paul Wilschke und der Trichter Felix Greber, wurden sofort verhaftet und der Berliner Kriminalpolizei zugeführt. Den anderen ist man auf der Spur, ihre Verhaftung steht bevor. Die Festgenommenen geben die Untat zu.

Die fromme Heisterin.

Ein lange gesuchter schwerer Einbrecher wurde gestern in der Ulrechtstraße in der Wohnung seiner Geliebten festgenommen. Es ist dies der Arbeiter Karl Sieble, der sich unter dem Namen Emil Schöder zwei Jahre lang verborgen gehalten hatte. Sieble war auf einen Besuch der Kriminalpolizei immer gefaßt und entschlossen, seine Freiheit teuer zu verkaufen. Auf jedem Tisch und Spinde lag ein schützender Revolver. Gestern wurde S. übermüdet, so daß er zum Gebrauch seiner Waffen nicht mehr kam. In seiner Bekleidung fand man zwei große Koffer mit den allerbesten Einbruchswerkzeugen und eine Menge Diebesbeute, darunter für 10000 Mark Wertpapiere und seltene Stoffe und Gläser. Die Wertpapiere stammen aus einem Einbruch in der Poststraße. Eine Verletzung, die sich Sieble damals, als er durch einen Koffer in ein Kontor einbrach, zuzog, und eine starke Blutspur hinterließ, ist heute noch nicht geheilt. Die Beute stammt aus einem Einbruch in der Potsdamer Straße, bei dem die Verbrecher für 8000 Mark erbeuteten. Für 1000 Mark davon noch bei der Heisterin in der Pionierstraße. Dieser hätte niemand etwas Böses zugetraut. Sie wirkte in einer Sonntagsschule mit und war auch sonst sehr „fromm“. Siebles Braut trug ein Perserjackett für etwa 1000 Mark. Wo es gestohlen ist, weiß man noch nicht.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Der heute im Königsstädtischen Kasino (Holzmarktstr. 72) stattfindende Vortrag von Frau Regine Ruben ist dem Andenken einer tapferen Frau aus der 1848er Revolutionsbewegung gewidmet. Frau Mathilde Franziska Kanneke, wie auch ihr Mann, der Artillerieoffizier Fritz Kanneke, haben in hervorragender Weise an den Kämpfen des Revolutionsjahres in Baden teilgenommen. Frau Kanneke stützte nach dem mißlungenen Aufstand nach Amerika, und hier ist sie, die eine der ersten deutschen Verfechterinnen des Frauenstimmrechts war, zu einer der bedeutendsten Erzieherinnen in der deutsch-amerikanischen Literatur geworden. Die Rezitationen werden dazu beitragen, das Bild dieser außerordentlich begabten Frau in bester Weise zu vervollständigen.

Die Drakenburger Kiewberggeschichte beschäftigt jetzt die Berliner Staatsanwaltschaft. Das Amtsgericht Oranienburg hat die Akten dem Landgericht III übergeben. Referendar v. Jägel soll wieder verhaftet werden sein. Wie noch erzählt wird, waren vor dem blutigen Ereignis die beiden anderen Referendare bei v. Jägel zum Abendessen gewesen. Bei dieser Gelegenheit hatte v. Jägel aus dem Fenster geschossen, obwohl er gebeten wurde, das Schießen zu unterlassen.

Wer ist die Tote? Am 4. Februar wurde aus dem Luisenstädtischen Kanal gegenüber dem Hauie Engelauer 15 die Leiche einer etwa 20—25 Jahre alten Frauensperson gefischt. Die Tote war etwa 1,55 bis 1,60 Meter groß und hat circa sechs Wochen im Wasser gelegen, sie hatte braunes Haar und braune Augen und war bekleidet mit langen, schwarzen Winterjackett, schwarzer Bluse mit weißem Einfaß, schwarzem Cheviotrock, mit einem weißen und einem blauen durchbrochenen Unterrock, weißen Beinkleidern, schwarzen Strümpfen, Sänftchen mit Lederspitzen, weißen wollenen Handschuhen, blauem Wirtel mit länglichem Stabtschloß und einer länglichen Double-Drochle in der Mitte mit drei Perlen. Die Leiche befindet sich im Leichenschauhause Hannoverische Straße 8. Etwasige Reliquienresten wollen sich dorthin wenden oder zu 407, 4. 59, 69, dem Polizeipräsidium Zimmer 249 Mitteilung machen.

Auf seine Frau geschossen und sie schwer verletzt hat gestern gegen 7 Uhr der Arbeiter Polorny in der Choriner Straße. Frau V. lebte mit ihrem Mann in Schieding und wohnte in der Choriner Straße, wo ihr Mann dieselbe aufwartete. Frau V. wurde nach der Unfallstation und von da nach der Klinik gebracht, während Polorny nach der Polizeiwache transportiert wurde.

Uranis. Dr. W. Gruner wird am Dienstag im Hörsaal der Urania in der Taubenschloß einen mit zahlreichen Bildern nach eigenen Entnahmen illustrierten Vortrag „Island, Bilder von einer naturwissenschaftlichen Studienreise“ halten. Weiter finden noch nachstehende Vorträge im Hörsaal statt: Mittwoch: Dr. W. Berndt: „Die Einteilung des Tierreichs“; Donnerstag: Prof. Dr. Rathgen: „Calcium- (Glasfabrikation)“; Sonnabend: Prof. Dr. V. Donath: „Wesen und Strahlen“. Im wissenschaftlichen Theater der Urania findet in dieser Woche als Abendstück die Wiederholung des neuen Vortrages von „Abazia bis Korfu“ statt mit Ausnahme von Mittwoch, an welchem Tage der 11. Vortragabend des Wissenschaftlichen Vereins ist und zwar wird sprechen Professor Dr. H. Plate: „Darwin als Mensch und Forscher und der jetzige Stand seiner Lehre“. Außerdem finden am Mittwoch und Sonnabend Nachmittagsvorstellungen zu kleinen Preisen statt und zwar am Mittwoch der Vortrag „Ueber den Premier nach Benedig“ und am Sonnabend der Vortrag „Eine Nilfahrt bis zum zweiten Katarakt“.

Im Walskalla-Variété-Theater am Weinbergsweg gastiert in diesem Monat eine russische Troupe, die Volkowolsky, die nicht nur auf dem Gebiete der russischen Tanzkunst Ansehenliches leistet, sondern sich auch als gewandte Valakalla-Spieler produziert. Die Komik ist vertreten durch die Ward Brothers als Cabareurs, The Vaifours in ihrem Akt: „Die Ausfahrt einer Milchbäuerin“, und nicht zuletzt

durch den Kommissar Restum, der durch seine Gassenhauer auch den ernstesten Zuhörer zum Lachen zwingt. Das Auge kommt durch die Phantastie La Pagana zu seinem Recht. Gut dressierte Hunde führt Immanus dar; ihnen das Tanzen so beizubringen, wie es hier von einigen Vierfüßlern gezeigt wird, mag große Mühe gekostet haben.

Im Palast-Theater an der Burgstraße wechselt ein immerhin sehenswertes Spezialitätenprogramm ab mit einem infolge seiner zahlreichen Verwechslungen viel belächelten Schwan: „Der arme Casimir“.

Feuerwehrbericht. Gestern früh um 8 1/2 Uhr kam am Belle-Allianceplatz 12 ein Kellerbrand zum Ausbruch. Gleichzeitig wurde die Wehr nach der Oranienstr. 70 alarmiert. Der 19. Zug hatte in der Leipzigerstr. 120 zu tun, wo Schmieröl, Putzwolle u. a. in einem Ausgussrohr eines Gasmotors in der dortigen elektrischen Klostation brannten. Die Feuerwehr beseitigte die Gefahr mit einer Schlauchleitung. Außerdem hatte die Wehr in der Siegmundstr. 8 zu tun.

Arbeiter-Samariter-Kolonie. Heute vormittag 11 Uhr: Vortrag des Herrn Prof. Kaiserling im Hörsaale des Pathologischen Museums der Charité, Eingang Alexander-Platz, über: „Die Methoden der medizinischen Forschungen“ mit Projektion. Gäste können eingeführt werden.

Kontag abend 9 Uhr: 1. Abteilung, Dresdenener Straße 45, spricht Zrl. Dr. Prose über: „Gefahrdrohende Krankheitszustände“. Dazwischen anschließende praktische Übungen. In demselben Lokal findet Sonntag, den 14. Februar, abends 8 Uhr, ein Lichtbildervortrag über: „Eine Reise um die Welt“ statt. Die Sitzung des Vorstandes und der dienstituenden Abteilung findet am 12. Februar der Arbeitslosenzählung wegen nicht statt.

Vorort-Nachrichten.

Lichtenberg.

Auf der Tagesordnung der am Dienstag, den 9. Februar, nachmittags 5 Uhr, stattfindenden Stadtverordnetenversammlung stehen unter anderem nicht weniger als drei Interpellationen. Als erste wird die Anfrage unserer Genossen über die Diphtheritisepidemie in der Gemeindegasse in der Dorfstraße zur Verhandlung kommen, deren Befreiung die Majorität in der letzten Versammlung verhinderte. Dann soll die Interpellation unserer Genossen über die Vergütung der Arbeiter beim Elektrizitätswerk endlich ihre Erledigung finden. Des weiteren hat ein Teil der Bürgerlichen an die Stadtverordnetenversammlung die Frage gerichtet, wie es mit dem Krankenhausbau steht. Unsere Genossen werden bei der ersten Interpellation auch den Versuch machen, den Magistrat zu veranlassen, über die Einrichtungen, die für erste Hilfeleistung bei Unglücksfällen in der Gemeinde getroffen sind, Auskunft zu geben. Da auch sonst recht bedeutungsvolle Fragen auf der Tagesordnung stehen, dürfte diese Sitzung, die eine öffentliche ist, auch für weitere Kreise Interesse haben.

Röpenitz.

Zu der am Dienstag, den 9. Februar, stattfindenden Stadtverordnetenwahl der zweiten Abteilung ist von unserer Seite Generalsekretär Otto Ridel aufgestellt worden. Wie eine im „Kaiserhof“ von den Bezirksvereinen einberufene Versammlung beweisen hat, sieht der bürgerliche Kandidat, Buchdruckereibesitzer Ernst Rubin, „Röpenitzer Tageblatt“, wohl auf dem Boden des Programms der liberalen Schöneberger Fraktion, ist im Prinzip für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht auch für Kommunen, hält es aber für die Stadt Röpenitz für unannehmbar, weil sonst 38 Sozialdemokraten gewählt werden könnten. Der zweite bürgerliche Kandidat, Herr Adolf Rohrbach, besitzt gar kein Programm. Um die Frage der Demokratie, wie er sich eventuell zu dem genannten Programm stelle, ging Herr Rohrbach herum wie die Kacke um den heißen Brei. Die Versammlung der Bezirksvereine ging aus wie das Hornberger Schützen.

Unsere Parteigenossen wollen alles aufbieten, auch bei dieser Wahl der zweiten Abteilung das bestmögliche für sich herauszuschlagen. Es werden deshalb alle in dieser Abteilung wahlberechtigten Genossen aufgefordert zur Wahl unseres Genossen Ridel am Dienstag, den 9. Februar.

Wesensee.

Aus der Gemeindevertretung. Der am 31. Dezember v. J. für die erste Abteilung gewählte Vorkämmerer Rauber wurde in sein Amt eingeführt. Die Jahresrechnung für das Jahr 1906 wurde festgestellt. Sie schließt ab in Einnahme mit 4857 738,92 M., in Ausgabe mit 3567 072,97 M., so daß ein Bestand von 1 290 665,95 M. verblieben ist. Der Etat für das Rechnungsjahr 1907 ist verschiedentlich überarbeitet, und zwar verursachte die bauliche Unterhaltung des Grundstücks Parkstr. 11/12 und des Pferde- und Wagenstalles eine Mehrausgabe von 257,10 M., durch Inanspruchnahme von Gemeindesteuern aus Vorjahren die Summe von 1238,56 M., infolge der sehr trockenen ersten Hälfte des Sommers 1907 war der Wasserverbrauch für die Straßenbepflanzung ein erheblich größerer, als veranschlagt war, ferner die Vermehrung der Straßenlaternen und die Einführung der Investlampen, sowie die vermehrte Ergänzung und Neuanpflanzung von Straßenbäumen verurteilte die Staatsüberschreitung von 5747,82 M., die Wasserrohrverlegung in der Gartenstraße und in der Viktorienstraße (Verwaltungsgebäude und Turnhalle) war im Vorausschlag nicht vorgesehen und verursachte eine Ausgabe von 2502,04 M. Sämtliche Summen wurden nach kurzer Debatte nachbewilligt. Vom Vorsteher des Fleischschauamtes wurde empfohlen, die mit der Fleischbank verbundene Kühlanlage zu vergrößern, da diese den Zwecken nicht genügt. Für einen eventuellen Neubau einer solchen Anlage und für die Feststellung der Rentabilität soll ein Gutachten eingeholt werden und werden zu diesem Zwecke 350 M. bewilligt. Der von der Gemeinde geführte Saustallungsprozess gegen die Stadt Berlin wurde vom Justizrat Würtner geführt und verlangte dieser für seine Tätigkeit den Betrag von 2657,45 M., durch Vergleich wurde diese Forderung auf 2400 M. herabgesetzt und nachbewilligt. Der Gemeindegewerksverein hatte bereits wieder ein Anliegen an die Gemeinde. Es hat sich herausgestellt, daß der Bau nicht weitergeführt werden kann, da z. B. 18 000 M. Baukosten fehlten. Eine Pringshin habe bereits 3000 M. gespendet und nun tue die Gemeinde wieder ein übriges und spende noch 5000 M. Ein zinsfreies Darlehen à fonds perdu von 50 000 M. hat die Gemeinde bereits zugesprochen. Unsere Genossen wehrten sich ganz entschieden gegen die ewige Anspannung der Mitglieder dieses Vereins, aber was half es, die meisten Herren sind Mitglieder dieses Vereins und da ist es leicht, mit den Mitteln der Allgemeinheit zu wirtschaften. Die nötigen Orden werden ja auch nicht ausbleiben.

Friedenau.

Zu turbulenten Szenen kam es in einer am Mittwoch im Restaurant „Hobenzollern“ abgehaltenen „Öffentlichen“ Wählerversammlung, zu welcher, wie in großen Lettern auf dem Plakat zu lesen war, nur Wähler der bürgerlichen Parteien Zutritt hatten. In zwei Lager getrennt standen sich die Ordnungsmänner gegenüber. Auf der einen Seite der Verein für Handel und Gewerbe und das am Orte anläufige Institutum, andererseits die Schullehrer und Gemeindegewerksamen. Die ersteren präsentierten einen Kaufmann Görs, während Lehrer und Beamten einen Oberlehrer Weber vorschlugen. Dies letztere erregte bei unseren Spielern, welche in den ergebnislosen Vereinen organisiert sind, böses Blut, da man sich das bisher innegehabte Recht der Ernennung der Kandidaten nicht freiwillig machen lassen wollte. Die Lehrer haben, wie sie selbst feierlich erklärten, jetzt entdeckt, daß auch der Lehrer in Deutschland ein freier Mann sei und seine Interessen selbst vertreten könne. Dem trat ein Herr Kunkel, Gausfaktor des Friedenauer Volkshauses entgegen, er sprach von einer Inzucht der Lehrer und Oberlehrer und bezeichnete die

Beteiligung derselben an der Volkswirtschaft als eine Mache gegen die Verlor der Direktors Hannemann von der höheren Mädchenschule. Die Gegenpartei quittierte aber diese Ausführungen mit einem furchtbaren Indignationsschrei. Die weitere Diskussion artete in eine wilde Schimpferei aus und ließen die Teilnehmer unter lautem Lärm auseinander. Bemerkenswert ist noch, daß der „unparteiische“ Vorsitzende eine Abstimmung über Aufstellung des Kandidaten verhinderte. Böse Zungen behaupten nun, daß sei darauf zurückzuführen, daß die Opposition ohne Zweifel in der Mehrheit geblieben wäre. Die Arbeiterkassette aber wird es sich zur Pflicht machen, dieser Gesellschaft den Weg ins Dorfparlament zu verlegen. Sie wird für die Wahl eines Mannes Sorge tragen, welcher rücksichtslos ihre Interessen, d. h. die Interessen der Allgemeinheit vertritt.

Groß-Nichterfeld.

Zur Arbeitslosenzählung. Der Gemeindevorstand hat die beantragte Pählung der Arbeitslosen nach dem Hauslistenystem abgelehnt. Es wird daher die Pählung seitens der Arbeiterorganisationen vorgenommen werden. Zu diesem Zwecke finden am Mittwoch, den 10. Februar, abends 8 Uhr, in Verbindung mit dem Jahlabend Versammlungen statt und zwar für den Westen in Wahren-dorfs Gesellschaftshaus, Wäsestr. 22, für den Osten im „Kaiserhof“.

Alle organisierten Arbeiter sind verpflichtet in diesen Versammlungen zu erscheinen und sich an den Arbeiten für die Pählung zu beteiligen.

Zugleich wird bekannt gegeben, daß der Jahlabend bei Lasogga in der Chausseestraße aufgehoben ist und künftig bei Wahren-dorf, Wäsestraße, stattfindet.

Wahlverein und Gewerkschaftskartell.

Neuenhagen (Ostbahn).

Gemeindevertretung — Interessenvvertretung der Grundbesitzer.

Wie wenig die Mehrzahl der Gemeindevertreter das Wohl der Gesamtheit im Auge haben, zeigte die Verhandlung über den von einem bürgerlichen Vertreter gestellten Antrag auf Einführung einer Wertzuwachssteuer. Nach der sachlichen Begründung durch den Antragsteller, wonach die Steuer doch nur einen Teil des dem Verkäufer mißlos in den Schoß gefallenen Reingewinns darstellt und zur Deckung der großen und bevorstehenden Ausgaben, wie Schulneubau usw. dringend notwendig sei, wurde der Antrag nach einigen Worten des Gemeindevorstehers, die seinen ablehnenden Standpunkt enthielten, mit 3 gegen 3 Stimmen und 5 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Es ist an der Zeit wirkliche Gemeindevertreter zu wählen, die andere Interessen als die der Haus- und Grundbesitzer vertreten.

Potsdam.

Zum Lehniner Raubmord. Der jugendliche Amtsschreiber Otto Schulze hat jetzt eingestanden, die eigene Mutter, die Postkassensfrau Schulze in Lehnin, und deren Mutter, welche sich auf Besuch in Lehnin aufhielt, erschlagen zu haben. Ebenso gibt Schulze zu, daß er das unter einem Holzstoß vorgefundene Geld entwendet und verborgen hat.

Soziales.

Der Kölner Arztstreik.

Einige bürgerliche Blätter versuchen das vom Standpunkte eines jeden, der einen Rest von Gerechtigkeitsgefühl und sozialem Empfinden sich bewahrt hat, böllig ungerechtfertigte Vorgehen der Ärzte in Köln durch Verdrehung des Tatbestandes zu entschuldigen. Demgegenüber sei nachfolgend ein objektiver Bericht des Sachverhalts wiedergegeben, den am vergangenen Sonntag in Köln vor einer überfüllten Versammlung der Vorstände und Generalversammlungsvertreter von 44 Kölner Orts-, Betriebs- und Innungsvereinen der zweite Vorsitzende des Krankenkassenverbandes des Aufsichtsbereichs Stadt Köln, Herr Brachel, über die Entwicklung der Dinge erstattete:

Nachdem die Rodesse zum Krankenversicherungsgesetz 1903 die Wünsche des Deutschen Ärztevereinsbundes nicht erfüllt hatte, beschloß dieser, den Krankenkassen seine Bedingungen auszuweichen. Die Kölner Ärzte hielten sich 1904 für berufen, in Köln die Probe zu machen. Der Verlauf des Kampfes, der mit der vertragswidrigen Einstellung der ärztlichen Tätigkeit begann und mit der gewaltsamen Einführung der vom Ärzteverein zur Bedingung gestellten sogenannten freien Arztwahl durch die Aufsichtsbehörde endete, ist bekannt. Durch die „freie Arztwahl“ wurde die vorher blühende Entwicklung der Kölner Kassen vollständig lahmgelegt, obwohl die Kassenbeiträge gewaltig erhöht, zum Teil verdoppelt wurden. Die so sehr gepriesene Selbstkontrolle der Ärzte hat vollständig versagt gegenüber dem Treiben derjenigen Ärzte, die durch Patientenfong ihr Einkommen aus der Kassenpraxis erhöhen wollten. Man kann den Führern der Ärzteorganisation den besten Willen zutrauen, aber die Verhältnisse in großen Städten wachsen über sie hinweg. Für Köln hat sich in den fünf Jahren ihrer Wirkksamkeit die freie Arztwahl als unmöglich erwiesen; ihr Verschwinden ist eine Existenzfrage für die Krankenkassen. Bei der freien Arztwahl hat sich die Mißwirtschaft, daß manche Ärzte mit allerlei, auch unlauteren Mitteln auf Kosten der Kassen die Patienten an sich lockten, stark herausgebildet.

Die Krankenkassen sind zur Einigung mit den Ärzten stets bereit gewesen; aber der Vertreter der Aufsichtsbehörde, Weigand, Dr. Buchs, legte nach sechsmonatigem Verhandeln den Vorstoß nieder mit den Worten: „Ich kann vom Standpunkt der Aufsichtsbehörde die Forderungen der Ärzte nicht befürworten; ich gerate in den von mir befürchteten Konflikt mit meinen Pflichten.“

Weiter gepflogene Verhandlungen unter dem Vorstoß eines Regierungskommissars, Regierungsrat Reinbothe, mußten abgebrochen werden, da der Ärzteverein während der Verhandlungen (11) die Sperre über die Kölner Kassen verhängte. Später unter dem Vorstoß des Gewerbegerichtspräsidenten Decker auf Veranlassung des Regierungspräsidenten erneut aufgenommene Verhandlungen scheiterten an der Erklärung der Ärzte, sie seien an die Beschlüsse der Ärzetzunge gebunden, Beschlüsse, die den Vorgesandenen der Krankenversicherung vollständig vernichten; sie bedeuten die Rückversicherung in die Zeiten vor Inkrafttreten der Krankenversicherung.

Nach während dieser Verhandlungen sammelten die Leiter der Ärzte unter Benutzung von Automobilen Unterschriften zu einem Revers, wonach die Kölner Ärzte sich ehrenwärtlich verpflichteten, auf Antrag die mit den Krankenkassen bestehenden Verträge zu brechen. Durch die so künstlich erzeugte Koalition wollte man, genau wie vor fünf Jahren, den Kassen abermals die Bedingungen aufzwingen. Nun ging der Vorstand des Krankenkassenverbandes sofort daran, mit den dazu bereiten Kölner und auswärtigen Ärzten langjährige Verträge abzuschließen. Auch ein nachdem noch von dem Kölner Oberbürgermeister Wallraf gemachter Vorschlag, einschließlich der schon engagierten, 150 Kölner Ärzte anzustellen, wurde wieder unter Hinweis auf die Beschlüsse der Ärzetzunge abgelehnt. Inzwischen hat der Krankenkassenverband bis jetzt 68 Ärzte vertraglich verpflichtet, zu denen noch einige hinzukommen werden.

Seit Jahren kämpft der Leipziger Verband der Ärzte mit Mitteln, die das Reichsgericht wiederholt mit dem Nafel, wider die guten Sitten zu verstoßen, belegt hat. Der Leipziger Verband kämpft gegen das Recht, gegen die Heiligkeit der Verträge mit unerlaubten, unmoralischen Mitteln. Der bekannte Sozialpolitiker Professor Stier-Somlo (Bonn) schreibt: „Der Leipziger Verband der Ärzte terrorisiert eine große Anzahl von Ärzten; er arbeitet mit allen Mitteln, mit denen ein Interessentenverband nur arbeiten kann. Er hat den Bann der sozialen und beruflichen Achtung zu vergeben und macht davon rücksichtslos Gebrauch.“

Auch in Köln arbeitet man jetzt schon wieder mit den verwerflichsten Mitteln. Allem aber wird die Krone aufgesetzt durch den Beschluß des Ärzteverbandes, auch die nichtversicherten Familienangehörigen der Kassenmitglieder unter seinen Umständen

zu behandeln. Dieser Beschluß ist das Werk fanatischer Kampf-macher, ein wahres Schulbeispiel rücksichtsloser, brutaler Kampfweise. Wie der Ritter von der traurigen Gestalt kämpft man gegen Personen, die mit der Sache gar nichts zu tun haben. Diese Kampfweise ist auf einem Tiefstand angelangt, der ein weiteres Sinken nicht mehr zuläßt.

Die Massenarzfrage ist für den Leipziger Ärzteverband keine Existenz-, sondern eine Machtfrage. Professor Stier-Somlo schreibt: „Ich habe der Ueberzeugung des öfteren Ausdruck gegeben, daß die wirtschaftliche Existenzfrage der Ärzte nicht in den Vordergrund der Diskussion gestellt werden darf, sondern daß es sich um die öffentlich-rechtliche Aufgabe der Krankenkassen handelt.“

Der Streik der Ärzte, die ihre Dienstleistungen gegenüber der leidenden Menschheit einstellen, erinnert an einen Menschen, der seinen Nächsten in dringender Lebensgefahr sieht und die Rettung an bestimmte egoistische Bedingungen knüpft. Aufgabe der Gesetzgebung ist es, dem frivolen Treiben des Leipziger Verbandes, der seine Forderungen um jeden Preis stellt, Einhalt zu gebieten. Leben und Gesundheit des Volkes darf nicht der Willkür einer einzelnen Berufsgruppe preisgegeben werden. Der Leipziger Verband bildet heute durch seine Kampfweise eine nationale Gefahr.

Die Forderungen der Ärzte gegen die Kranken-, die Unfall- und die Invalidenversicherung sind seit Inkrafttreten der Arbeiterversicherung immer gestiegen und haben ihren Höhepunkt noch lange nicht erreicht. Es besteht die Gefahr eines fortwährenden Kampfes, wenn nicht endlich Wandel geschaffen wird. Bei der Krankenversicherung hat in der Zeit, wo die Mitgliederbeiträge sich verdoppelt, das Arzthonorar sich verdreifacht.

Die Wünsche der Angehörigen der gesamten deutschen Arbeiterversicherung sind nach Köln gerichtet; aber die deutsche Arbeiterversicherung wird sich auf Köln verlassen können. Die Kölner Kassen werden für ihre Interessen unerschütterlich kämpfen. (Lebhafter, langanhaltender Beifall.)

In der Diskussion stellten sich sämtliche Redner auf den Standpunkt des Referenten. Ein Vorstandsmitglied, Herr Pöh, teilte mit, daß die Ärzte zunächst sogar den Plan erwogen hätten, auch seine Privatpatienten zu behandeln und so einen derartigen Notstand in Köln und Umgebung hervorzurufen, daß die Regierung in wenigen Tagen die Kassen auslieferte.

Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, die das Vorgehen des Vorstandes des Krankenkassenverbandes vollständig gutheißt und sich aufs schärfste gegen die Kampfweise der Ärzte wendet.

Gerichts-Zeitung.

Gewerkschaftsführer sind doch nicht vogelfrei!

Wir berichteten kürzlich unter der entgegengesetzten Schlagmarke über ein Verurteilendes Urteil des Amtsgerichts Oberstein an der Nahe, das am 16. Dezember 1906 in einer Privatbeleidigungsklage des Geschäftsführers Faber vom dortigen Metallarbeiterverband gegen den Fabrikanten Robert Klein (Firma Quenger und Klein) entschieden hatte, daß der Fabrikant nicht der strafbaren Beleidigung schuldig sei. Der Fabrikant Klein hatte dem Kläger zur Zeit der Obersteiner Aussperrung durch das Herumzeigen eines Briefes nachgeredet, daß er ein Mensch sei, der, wenn er Streikgelder in die Hände beläme, eines schönen Tages damit verduften würde. Der Verfasser dieses Briefes, ein Fabrikant Hasenmayer aus Forzheim, der deswegen auch vom Forzheimer Amtsgericht zu 100 M. Geldstrafe und in die Kosten verurteilt worden war, hatte in diesem Brief den Obersteiner Fabrikanten Klein auch aufgefordert, diese Dinge über den Geschäftsführer Faber in Oberstein recht bekannt werden zu lassen. Dieser Aufforderung war der Beschuldigte, ein Sohn des früheren Bürgermeisters von Oberstein, auch nachgekommen. Trotzdem aber die böse Absicht, zu beleidigen, durch die eigenen Zeugen des Beschuldigten vor dem Amtsgericht zu Oberstein bewiesen wurde, erfolgte dennoch Freisprechung unter der eigenartigen Begründung: daß dem Beschuldigten als Mitglied des Obersteiner Arbeitgeberverbandes der Schutz des § 193 zur Seite stehe. Denn mit der Verbreitung dieses an sich zweifellos beleidigenden Briefes habe er seine berechtigten Interessen als organisierter Arbeitgeber gegen den Leiter der ausgesperrten, organisierten Arbeiter wahren wollen. Gegen dies Urteil, nach dem in Zukunft jeder Verleumder nur zu behaupten braucht, daß er als Mitglied einer Unternehmerorganisation, die sich im Kampfe mit den Arbeitern befindet, berechtigtes Interesse gewahrt habe, um strafrei zu werden, legte der Kläger Berufung beim Landgericht Saarbrücken ein, die am 1. Februar dieses Jahres vor der dortigen Strafkammer I verhandelt wurde. Diese entschied nun, im Gegensatz zum Amtsgericht Oberstein, daß der Fabrikant Robert Klein der strafbaren Beleidigung schuldig sei und nach § 185 des Strafgesetzbuchs zu einer Geldstrafe von 40 Mark eventuell acht Tagen Haft und zu den Kosten verurteilt werde. Die Strafkammer ging von dem durchaus zutreffenden Grundfah aus, daß der Angeklagte Klein nur dann den Schutz des § 193 für sich in Anspruch nehmen konnte, wenn er den Teil des Briefes, der das Stützverhältnis der Arbeiterorganisation in Forzheim betraf, wo der Kläger früher tätig war, interessierten Unternehmern zeigte. Sowie er aber weiter ging und anderen Arbeitgebern und auch dem Redakteur der „Neuesten Nachrichten“ (Sprachorgan des Obersteiner Arbeitgeberverbandes) Kenntnis von den im Briefe enthaltenen Verdächtigungen und Beleidigungen gegen den Kläger gab, überschreitet er die Grenzen, die der § 193 gezogen habe. Da aber ferner aus den durch die Zeugen erwiesenen Tatsachen die Absicht zu beleidigen hervorgehe, so mußte der Angeklagte nach § 185 des Strafgesetzbuchs bestraft werden. Damit ist, was wir feinerzeit als wahrscheinlich vorausgesagt, die wohl einzig dastehende Auslegung des § 193 durch das Amtsgericht Oberstein vom Landgericht Saarbrücken korrigiert worden.

Der Tod unter dem Auto.

Vom Landgericht III in Berlin ist am 12. September v. J. der Kraftwagenführer Hermann Hoffmann wegen fahrlässiger Tötung zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er fuhr mit seinem Vier-Automobil am 8. April v. J. in mäßigem Tempo durch die Wilmannstraße in Charlottenburg. Dort wurde von drei Arbeitern ein mit Werkzeug beladener Handwagen geschoben. Als die drei das Automobil hörten, fuhr sie dicht an die Vorkante. Das Auto fuhr aber so dicht am Wagen vorbei, daß der Arbeiter Wiser von den an der Seite hängenden Häkern erfaßt wurde, hinfiel und von dem Hinterrad des Auto überfahren wurde. Der Tod trat nach kurzer Zeit ein. Der Angeklagte behauptete, er habe nicht weiter nach links ausbiegen können, da ihm ein anderes Geschirr entgegenkam. Das Gericht erwiderte die Fahrlässigkeit darin, daß er dann nicht hinter dem Handwagen gewartet hat, bis er freie Bahn hatte. Erklärend kam in Verdad, daß er als Chauffeur besondere Vorsicht hätte üben müssen. Die Revision des Angeklagten wurde am Freitag vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

Gutsverwalter und Arbeiter.

Von der Strafkammer in Gensbarg ist am 25. September vorigen Jahres der Gutsverwalter Oskar Buch wegen gefährlicher Körperverletzung zu 50 M. Geldstrafe verurteilt worden. Er war mit dem (ebenfalls verurteilten) Schweizer W., der sich geweiheit hatte, das Vieh auf die Weide zu treiben, in Streit geraten. Er ließ ihn gegen einen Baum, daß er hinfiel, und schlug ihn mit einem Stab über den Kopf. Nun wehrte sich W., indem er W. mit einem Messer nach. Notwehr ist bei W. nicht angenommen worden. Seine Revision gegen die geringe Strafe wurde am Freitag vom Reichsgericht verworfen.

Verfammlungen.

Verband der Fabrikarbeiter. Die Verwaltungsstelle Berlin dieses Verbandes hielt am Sonntag im „Englischen Garten“ ihre Generalversammlung ab. Im Vorstandsbericht führte der Bevollmächtigte C. Bruns aus, daß das vergangene Quartal, obwohl es in die tote Saison fiel, recht viel Arbeit zur Wahrung der Interessen der Mitglieder mit sich brachte. Der Redner berichtete dann über eine lange Reihe von Differenzen, die in den verschiedenen Betrieben Verhandlungen notwendig machten. Daß zu den Vorarbeiten für einen allgemeinen Tarif der Kunststeinarbeit eine Kommission gewählt wurde, hat in einer Kunststeinfabrik, Borgmann u. Co., zu Maßnahmen von Kommissionsmitgliedern geführt. Merkwürdigerweise waren es gerade Arbeiter, die zu den ältesten in der Fabrik gehörten und nun plötzlich ausfehen sollten „wegen Raummangel“, wie die Firma erklärte. Die offensichtliche Absicht der Firma, die Organisation in der Fabrik lahmzulegen, ist selbstverständlich nicht erreicht worden, vielmehr das gerade Gegenteil. Dann erwähnte der Redner u. a., daß die Porzellanfabrik von Krefeld, bisher Dresdener Straße, in eine Aktiengesellschaft übergegangen und nach Krefeld verlegt ist, womit den Arbeitern auch die feinerzeit zugebilligten zehnpromentlichen Arbeitsprämien entzogen wurden. Um so mehr sollten jetzt die Arbeiter einsehen, daß sie von dem Wohlwollen des Unternehmertums wirkliche Verbesserung ihrer elenden Lohnverhältnisse nicht zu erwarten haben. In den Berliner Lapidonwerken zu Friedenau ist es, wie schon in Nr. 28 des „Vorwärts“ mitgeteilt, am Sonnabend zu einer allgemeinen Arbeitniederlegung gekommen. Dort hat seit ungefähr sechs Monaten die Organisation immer mehr Eingang gefunden. Die Firma suchte dem zunächst durch Maßregelungen entgegenzuwirken, erreichte aber damit offenbar nur, daß die Arbeiter um so mehr die Notwendigkeit der Organisation erkannten. Als nun den Arbeitern dieser Lage Herabsetzungen der Alfordlöhne zugemutet wurden, die ihnen unmöglich annehmbar erschienen, beschloßen sie einstimmig, die Arbeit niederzulegen, und zwar im Einverständnis mit der Organisationsleitung. Hinsichtlich der inneren Verhältnisse der Organisation ist vor allem bemerkenswert, daß die Zahlstelle Adlershof sich nun, dem Beispiele der anderen Vororts-

zahlstellen folgend, ebenfalls der Verwaltung Groß-Berlin angeschlossen hat. Die allgemeine Agitation für den Verband hat trotz der ungünstigen Zeit der Wirtschaftskrise ziemlich gute Erfolge gebracht. Den ausgetretenen arbeitslosen Mitgliedern wurde im verfloßenen Quartal für weitere 14 Tage Unterstützung aus der Lokalkasse gewährt. Eine Konferenz zur Abgrenzung der Organisationsgebiete hat mit dem Lederarbeiterverband stattgefunden und zu dem Ergebnis geführt, daß der Fabrikarbeiterverband aus Zweckmäßigkeitsgründen auf die Agitation in den Lederfabriken verzichtet und Renaufnahmen von Lederfabrikarbeitern ablehnt; denen, die bereits Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes, darf selbstverständlich nichts in den Weg gelegt werden, ihrer alten Organisation treu zu bleiben. Eine andere Konferenz, mit dem Metallarbeiterverband, bei der es sich um die Gummi- und Schallplattenarbeiter handelte, hat zu keinem endgültigen Ergebnis geführt; die Frage ist den Gewerkschaftsvorständen überwiesen worden. Zwischen den Vertretern des Holzarbeiter-, des Buchbinder- und des Fabrikarbeiterverbandes fand eine Besprechung zur Herbeiführung besserer Schutzvorschriften gegen die Brandgefahren in den Zellulosewarenfabriken statt. Um wirksamen Schutz gegen die Gesundheitsgefahren in den chemischen Betrieben herbeizuführen, soll am 30. und 31. Mai d. J. in Frankfurt a. M. eine allgemeine Konferenz der Arbeiter dieser Betriebe abgehalten werden.

Die Abrechnung vom 4. Quartal, die gedruckt vorlag, schließt für die Hauptkasse mit der Bilanzsumme von 27 398,05 M. Unter den Ausgaben der Hauptkasse sind für Erwerbslosenunterstützung an arbeitslose Mitglieder 4388,90 M., an frane 6488,30 M., für Streikunterstützung 526,50 M., für Gemahregelungenunterstützung 541,70 M. An die Verbandskasse wurden 9373,81 M. gesandt. Aus der Lokalkasse, deren Bilanz mit der Summe von 25 251,66 M. abschließt, wurden u. a. 619,30 M. für Arbeitslosenunterstützung ausgegeben. Die Mitgliederzahl war am Quartalschluß 6625, unter ihnen 330 weibliche. Adlershof ist hierbei noch nicht mitgezählt, da der Uebertritt dieser Zahlstelle erst mit dem 1. Januar 1909 erfolgt ist. An den Vorstandsbericht schloß sich eine rege Diskussion, die hauptsächlich zur Besprechung von Organisations- und Agitationsangelegenheiten diente. Sodann berichtete Rensel über die Sitzungen und Beschlüsse der Gewerkschaftskommission und machte besonders auf die bevorstehende Arbeitslosenzählung am 12. und

14. Februar aufmerksam. Im Anschluß an den Bericht wies R. Rhein auf die Tätigkeit des Berliner Arbeitersekretariats hin und forderte die Anwesenden auf, dafür zu sorgen, daß die Mitglieder des Verbandes sich dieses aus Mitteln der organisierten Arbeiterkraft erhaltene Institut mehr als bisher zunutze machen. Im dritten Punkt der Tagesordnung: Anträge, wurde, einem Vorschlage der Ortsverwaltung entsprechend, beschlossen, daß den Delegierten zu den Generalversammlungen, die es wünschen, das Fahrgehalt zurückerstattet wird. Die Neuwahlen der Ortsverwaltung hatten folgendes Ergebnis: Bevollmächtigter Bruns, Kassierer Kühle, Revisoren Madaus, Wittkopf und Lampe; als Beisitzer wurden Kücker und Opi gewählt, während im übrigen für die Vorortsbezirke die dort gewählten Bezirksleiter als Beisitzer der Ortsverwaltung fungieren.

Die Lokalerfektion des Lederverbandes nahm in ihrer Versammlung am Donnerstag einen Vortrag des Genossen Weiss entgegen, der über den gelben Sumpf sprach. Der Redner zeigte, daß es Organisationen, die zwar nicht als gelb bezeichnet wurden, aber dieselbe Tendenz haben wie die heutigen gelben Vereine, in Deutschland schon so lange gibt, wie wir eine klassenbewußte Arbeiterbewegung haben, die eben durch jene von den Unternehmern ins Leben gerufenen Vereine bekämpft werden sollen. Dann bezeichnete der Redner die korrupten Erscheinungen in den heutigen gelben Vereinen, welche durch die Veröffentlichung der Lebus-Briefe vor aller Welt an den Pranger gestellt worden sind. In der Diskussion zeigte sich, daß die Lokierer ein besonderes Interesse haben, das betriebsfremde Treiben der Gelben kennen zu lernen, denn in einigen Betrieben, namentlich bei der Großen Berliner Straßenbahn, wo die Organisation der Lokierer sonst stark vertreten war, sind die Mitglieder entweder in den gelben Verein gedrückt oder gemahregelt worden.

Nachdem dieser Punkt der Tagesordnung erledigt war, nahm die Versammlung die Wahl der Agitationskommission vor. Damit die Agitation noch besser als bisher betrieben werden kann, ist Berlin in sechs Bezirke eingeteilt worden, und auf jeden Bezirk kommt ein Mitglied der Agitationskommission. Gewählt wurden für den Osten: Drendel, Westen: Mendorf, Norden: Arumnow, Nordwesten: Haase, Südosten: Pechner.

— BERLIN O — S. WEISSENBERG — BERLIN O — Gr. Frankfurter Str. 126 Größtes Spezial-Geschäft des Ostens für Damen-Kleiderstoffe.

Sonderangebot zur Einsegnung!

Table with 2 columns: 'Schwarze und weiße Kleiderstoffe' and 'Schwarze und weiße Seidenstoffe'. Lists various fabric types like Cheviot, Alpaka, Kammgarn, etc. with prices per meter.

Große Auswahl in fertigen Einsegnungskleidern, Kostümröcken und Blusen.

Täglicher Eingang von Frühjahrs-Neuheiten in Seide, Wolle und Waschstoffen. Man verlange Rabattmarken.

Man nimmt 2 Lot

Kathreiners Malzkaffee, mahlt ihn nicht zu fein, setzt ihn mit einem Liter kalten Wassers an, bringt den Kaffee zum Kochen und läßt ihn noch 3-4 Minuten auf dem Feuer. Erst dann gießt man ihn durch und hat nun den echten wohlschmeckenden Kathreiners Malzkaffee.

Rote Radler! Hervorragende Qualitäts-Zigarre! Stück 5, 7 1/2 und 10 Pf. Vertreter für Berlin und Vororte: Alfred Dieck, O. 17, Koppenstraße 72, Teleph. Amt VII 6178

Jedes Wort 10 Pfennig. Das erste Wort (setzgedruckt) 20 Pf. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (setzgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe. Gardinenhand, Groß Frankfurtstr. 9, Albrechtstr. 16135. Teppiche (Seidenstoffe) Gelegenheitskauf, Fabriklager Mauerhof, Große Frankfurterstr. 9, Albrechtstr. 16135. Teppiche (Seidenstoffe) Gelegenheitskauf, Fabriklager Mauerhof, Große Frankfurterstr. 9, Albrechtstr. 16135.

Teppiche! (Seidenstoffe) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Hagedorfer Markt 4, Bahnhof Börs. 264/11. Federbetten, Stand 11,00, groß 16,00, Gardinen, Böfche, Decken, Kleidungsstücke, Uhren, Schmuckstücke (pottblillig), Handbills Haus Krebber, Kärntnerplatz 7, 15778.

Vorwärtsleser erhalten 5 Prozent Ertragsabteil selbst bei nachstehend aufgeführten Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas, Dremantelstr. 100, Oranienplatz 16988. Gardinen, Einzelnstücke, sowie unfaubere Exemplare für halbes Wert. Blüschgardinen, 200 Fenster, Inverturnpreis 25 Prozent ermäßigt. Vorwärtsleser, beachtet vorstehende 4 Anzeigen. 16928.

Gasfischerhand!! Spargastocher! Gasbügelparalle! Gasbronzetrommel! Schaufelentwurf! Ausverkauf (pottblillig) Wohlauer, Kaisertheaterstr. 32, 16818. 100 Wohnzimmer-Teppiche, bedeciert gemischt, wenig benutzte Beateppiche, Inventur-Ausverkaufsbreis: 5,75, 7,50, 13,50 bis 27,00 Richard Wolf's Teppichlager, Dresdenstr. 8, Abonnement Rabatt und Fahrgehaltvergütung. 16808.

Herrenanzüge, Herrenpaletots, zurückgelehrt, aus feinsten Wollstoffen 18 bis 22,00 täglich, Sonntagserkauf, Deutsches Versandhaus Jägerstr. 63, 1 Treppe, 18758. Monatsanzüge und Winterpaletots, Joppen von 5 Mark sowie Joppen von 1,50, Gedrosanzüge von 12,00, Jands von 2,00, sowie für fortdulente Figuren Neue Garderobe zu namment blägen Preisen, aus Handweben erstklassige Sachen auch man am billigen bei Rak, Pulaskstr. 14. Vorwärts zum pottblilligen Handbills Haus, Kärntnerplatz 7, Bergstr. 56, Bestenverkauf! Wäscheverkauf! Gardinenauswahl! Beateppiche! Herrengarderobe! Urenverkauf! Schmuckstücke! Möbelstücke! Sportpreise! 16558.

Winterpaletots, Monatsanzüge wenig getragen, von 5 M. an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bejugangsstelle, 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Paul Jährstentel, nur Rosenbalerstr. 10, 268/11. Phlegm's Kinderwagen, Bestellen akkordbillig, Teilzahlung, Rosenbuserdamm 12a, 198/17. Humboldt'sches, Trumenstr. 58, Kaban-Strallunderstr. 10, Kärntnerplatz 7, Bestenverkauf, hochlegante, pottblillige Jacketanzüge, Gedrosanzüge, Winterpaletots, wunderbare Gardinenauswahl, Vorlären, Beateppiche, Steppdecken, entzückende Wanduhren, allerlei Schmuckstücke. Geöffnet ganzen Tag, auch Sonntag. 16868. Stoffen zu Hoer Gurois und Gleichmund Lacroix, Die wahre Gestalt des Christentums, von August Debel, Preis 75 Pf., billige Ausgabe 30 Pf., Expedition Lindenstraße 69, Laden.

